



Landtag von Baden-Württemberg

26. Sitzung

13. Wahlperiode

Karlsruhe, Donnerstag, 16. Mai 2002 • Rathaus

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 16:40 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1513	3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Wissenschaftliche Weiterbildung – Drucksache 13/211	1539
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Winckler . . .	1513	Abg. Dr. Klunzinger CDU	1539
1. Aktuelle Debatte – Die Technologieregion Karlsruhe – Bilanz und Perspektive – beantragt von der Fraktion der CDU	1513	Abg. Carla Bregenzer SPD	1540
Abg. Dr. Vetter CDU	1513	Abg. Pfister FDP/DVP	1541
Abg. Fischer SPD	1517	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	1542
Abg. Hofer FDP/DVP	1520	Staatssekretär Sieber	1543
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	1523	Beschluss	1544
Abg. Hauk CDU	1525	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Bau einer Biodieselanlage am Energiestandort Obrigheim – Drucksache 13/159	1547
Minister Dr. Frankenberg	1526	Abg. Teßmer SPD	1547, 1556
Staatssekretär Dr. Mehrländer	1529	Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	1548
2. Aktuelle Debatte – Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen – beantragt von der Fraktion der SPD	1530	Abg. Drautz FDP/DVP	1551
Abg. Drexler SPD	1530, 1538	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1552
Abg. Pauli CDU	1532	Minister Stächele	1554, 1559
Abg. Drautz FDP/DVP	1533	Abg. Hauk CDU	1558
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	1534, 1538	Beschluss	1560
Minister Dr. Schäuble	1536	5. Fragestunde – Drucksache 13/980	
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	1537	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Horst Glück FDP/DVP – Sprachkurse	1544
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1539	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	1544
		Staatssekretär Rech	1544, 1545
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	1545

<p>5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut 1545</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Behringer CDU 1545</p> <p style="padding-left: 20px;">Staatssekretär Mappus 1545</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 1545</p> <p>5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Umsetzung der EU-Richtlinie 93/43 EWG über Lebensmittelhygiene in Baden-Württemberg..... 1546</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Teßmer SPD 1546</p> <p style="padding-left: 20px;">Minister Stächele 1546</p> <p>6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverwaltungszustellungsgesetzes – Drucksache 13/968 1560</p> <p>Beschluss 1560</p> <p>7. Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung der Landesregierung zur Revision des Regionali-</p>	<p>sierungsgesetzes im Bundesrat – Drucksache 13/981</p> <p>– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO 1560</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Boris Palmer GRÜNE 1560, 1566</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Scheuermann CDU 1561, 1569</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Kaufmann SPD 1562</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 1564</p> <p style="padding-left: 20px;">Staatssekretär Mappus 1565, 1569</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Göschel SPD 1568</p> <p>Beschluss 1570</p> <p>8. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/961, 13/970, 13/982, 13/983 1570</p> <p>Beschluss 1570</p> <p>9. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/955 1570</p> <p>Beschluss 1570</p> <p>Nächste Sitzung 1570</p>
---	---

Protokoll

über die 26. Sitzung vom 16. Mai 2002

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Queitsch, Frau Abg. Weckenmann und Herrn Abg. Alfred Haas erteilt.

Dienstlich verhindert sind Herr Finanzminister Stratthaus, Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring und – heute Nachmittag – Herr Minister Dr. Frankenberg.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Winckler hat heute Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Kollege Winckler, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Technologieregion Karlsruhe – Bilanz und Perspektive – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Herr Präsident, sehr verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich hier im Karlsruher Rathaus spreche, dann denke ich daran, dass das Württemberglied mit folgendem Text anfängt: „Preisend mit viel schönen Reden . . .“ Das dürfen Sie heute von mir über den badischen Landesteil erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Grünen)

Ich will aber gleich hinzufügen, dass ich ein kurpfälzischer Badener bin, dass ich in meinem Leben gelernt habe, dass die Bewohner der anderen Landesteile – die Schwaben, die Franken, die Hohenzollern, die Vorderösterreicher, die Hohenloher, die „Seehasen“ – lebenswürdige Menschen sind und dass es eine Lust ist, in diesem Land mit all diesen Räumen zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Meine Damen und Herren, ich bin ein Badener, ein alter Badener, aber kein Altbadener. Ich möchte deswegen gleich sagen: Diese Hymne ist auch nicht ohne Kritik. Ich muss auch sagen: Wir müssen in diesem Land im Wettbe-

werb darauf aufpassen, dass das einnehmende Wesen der verschiedenen Regionen nicht überbordert.

Damit beginne ich mit meiner Technologieregion. Diese Technologieregion, meine Damen und Herren, ist ein Erfolgsmodell regionaler Verwaltung, regionaler Ordnung von gesellschaftlichen Systemen. Sie ist einmal als eine Idee aus dem Sprengel der nordbadischen Oberbürgermeister entstanden, damals entstanden aus einer Gemeinsamkeit aller Parteien als ein bewusst organisiertes Sprachrohr des badischen Raumes und als eine Organisation, die versucht, ohne Verwaltungsreform moderne Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu betreiben.

Die Idee der Technologieregion ist aus einer Begegnung entstanden, die ich in Philadelphia in den USA hatte. Dort war die regionale Zusammenarbeit folgendermaßen organisiert: Die Stadt Philadelphia war das Arbeitsamt, die Universität in Philadelphia war für die Stadtsanierung verantwortlich, und die Wirtschaft kümmerte sich um die gesamte Infrastruktur bis hin zum Straßenbau. Das heißt, dort wurden keine neuen Verwaltungen geschaffen, sondern es wurde das System einer engen Zusammenarbeit aller Disziplinen gewählt.

Meine Damen und Herren, so ist diese Technologieregion aus dem Sprengel der Oberbürgermeister entstanden. Sie ist ein Modell der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung, ein Modell der Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik, und zwar ohne Verwaltungsreform, ohne neue Regelungen, ohne neue Behörden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Darauf komme ich gleich zurück, Kollege Wintruff.

Das ist also die Technologieregion: Neun Städte, zwei Landkreise und der Regionalverband Mittlerer Oberrhein bilden eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts mit einem fünfköpfigen Vorstand. Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, dieser schönen und solide geführten Stadt, ist der Vorsitzende. Karlsruhe ist das unbestrittene Oberzentrum.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, eine Regionalkonferenz berät uns, und diese Regionalkonferenz besteht aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung.

Die Geschäftsführung obliegt der Stadt Karlsruhe, der Industrie- und Handelskammer und dem Regionalverband in

(Dr. Vetter)

Arbeitsteilung. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge, Zuschüsse und Förderbeiträge. Die Umlage beträgt übrigens 51 Cent pro Kopf der Bevölkerung im Jahr. Dies ist in meinen Augen zu wenig, um eine ordentliche Geschäftsführung zu gewährleisten. Das ist meine persönliche Meinung. Diese Umlage müsste eigentlich erhöht werden, damit wir schlagkräftiger werden.

Meine Damen und Herren, das ist also die Technologieregion Karlsruhe: keine neue Behörde, keine neue Verwaltungsebene, sondern Kompetenz- und Innovationsverbund, gegründet auf Freiwilligkeit, Interdisziplinarität und Solidarität. Es gibt also keine Behörde, sondern eine Denkfabrik, die die wichtigsten regionalen Aufgaben formuliert, Ideen produziert, im Wettbewerb der Regionen den Willen der Region formuliert und den bestehenden Gemeinderäten, Kreistagen, Regionalversammlungen diese Ideen präsentiert und dort für schnelle Entscheidungen sorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist in meinen Augen die wirkliche Notwendigkeit: nicht neue Bürokratien schaffen, sondern diese Kooperation effektiv gestalten. Das ist die neue Zusammenarbeit, keineswegs also neue Vorschriften. Auch nicht – wie das der Kollege Wintruff eben als Zwischenruf zum Ausdruck gebracht hat – ein Parlament neu schaffen, keinen Oberlandkreis, keinen Oberstadtkreis, sondern Zusammenarbeit der Exekutive mit Wirtschaft, Kultur auch über die Grenzen hinweg.

Wenn Sie so wollen, meine Damen und Herren – ich komme noch einmal darauf zurück –, so ist dies der badische Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Wintruff SPD)

Das ist der badische Weg, der sich deutlich von dem Weg der Zwischenrufer unterscheidet, nämlich dem Weg, den man hier nicht will, dem Stuttgarter Weg.

(Zurufe von der SPD)

Die Entscheidung der Landesregierung, Freiheit zu lassen, ist die richtige Entscheidung: Jeder Region ihr eigenes Modell.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es geht also, um es noch einmal deutlich zu sagen, meine Kolleginnen und Kollegen, um ein Kooperationsmodell der Exekutive. Deswegen geht die Überlegung mit so genannter demokratischer Legitimation durch ein Regionalparlament am Thema vorbei. Das ist die Frage einer Verwaltungsreform. Wir schaffen keine neue Verwaltung, sondern wir schaffen ein Kooperationsmodell der Exekutive und stützen uns auf die vorhandenen demokratischen Legitimierungen vorhandener Gremien. Die Landkreise arbeiten gut, die Städte und Gemeinden werden mit keiner Verwaltungsreform beseitigt werden. Wir haben eine gute demokratische Legitimation.

Meine Damen und Herren, das wurde in der Technologieregion Karlsruhe erreicht: Erstens werden auf 6 % der Fläche und von 9 % der Einwohner Baden-Württembergs

10,5 % des Bruttoinlandsprodukts erzeugt. Bis Anfang der Neunzigerjahre lagen wir beim Wachstum in dieser Region im Landesdurchschnitt. In den Neunzigerjahren haben wir die Bruttowertschöpfung um 155 % erhöhen können.

(Abg. Wieser CDU: Musterlände!)

Die regionale Exportquote stieg in den Achtziger- und Neunzigerjahren von 10 % auf 38,5 %.

Dank Mittelstand und weniger Großfirmen haben wir eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit und das zweithöchste Arbeitsplatzangebot aller baden-württembergischen Regionen: 370 000 Arbeitsplätze.

Wir haben 4,5 Millionen Quadratmeter plangesicherte Investitionsfläche in der Region. Erfolgreich umgesetzte regionale Projekte sind der Baden-Airpark Söllingen, die Müllentsorgung, der Nahverkehr. Übrigens ist das, was hier im Nahverkehr geschehen ist, ein europäisches Vorzeigemodell, das seinesgleichen in ganz Europa sucht. Wir haben beim Nahverkehr einen Zuwachs und allein eine Übersteigquote von 5,4 % im letzten Jahr. Diese Übersteigquote hält im Karlsruher Raum an.

In diesem Bereich gibt es – und das ist offensichtlich ein gut gehütetes Geheimnis – eine der reichsten Hochschul- und Forschungslandschaften Europas mit einer Technischen Hochschule, die übrigens von den badischen Großherzögen einmal als ein Gegenmodell gegen Frankreich und England gegründet worden ist mit deren

(Zurufe von der SPD)

theoriebezogener Ausbildung. Unsere Technische Hochschule war schon immer eine Mischung von Praxis und Theorie, also Technische Hochschule, Fachhochschule, Berufsakademie, Musikhochschule, Hochschule für Gestaltung usw., auch die Private Hochschule Bruchsal nicht zu vergessen.

In dieser Region unterrichten 3 500 Wissenschaftler 20 000 Studenten. Ein Erfolg ist auch – und das wird uns von außen immer wieder bescheinigt –, dass diese Region eine Hochtechnologieregion geworden ist: Rang 2 in Europa mit 21 % aller Beschäftigten im Hochtechnologiebereich. Unter den 97 deutschen Regionen nehmen wir Platz 4 ein.

Meine Damen und Herren, in Sachen Informatik, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik ist in dieser Region eine absolute Führerschaft gegeben. Das muss man deutlich sagen.

Die Technologiefabrik Karlsruhe ist der Schmelztiegel zahlreicher Start-up-Gründungen. Hier wurden binnen weniger Jahre 3 000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Thema dieser Region – beinahe das wichtigste – ist Wissenstransfer, Forschung und Entwicklung. Regionale Netzwerke wie die Karlsruher Informatikkooperation vernetzen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Ich will ein Beispiel dafür nennen: Die Synchrotronquelle hier in Karlsruhe ist ein ganz wichtiges Forschungsinstrument für die Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik und steht der Industrie und vor allem auch den kleinen und mittleren Unternehmen für anwendungsbezogene Experimente zur Verfügung.

(Dr. Vetter)

Im Technologiepark Karlsruhe gibt es eine der ersten Adressen für Hightechunternehmen. Im hochdominanten Dienstleistungsbereich haben wir ein unglaubliches Wachstum in dieser Region: 60 % aller Arbeitsplätze sind im Dienstleistungsbereich. Dies ist übrigens eine typisch badische Orientierung. Württemberg hat eher den Produktionsbereich. Wir sind ganz besonders stark im Dienstleistungsbereich, der ja auch ein Wachstumsbereich ist.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, einfach festzuhalten: Seit Gründung der Technologieregion Karlsruhe haben wir einen Anstieg der Zahl der Unternehmen von 28 496 auf 49 281. Ich sage dies mit dem gebührenden Stolz und der gebührenden Bescheidenheit, und trotzdem kann ich nur sagen: Es ist recht so, dass diese Region deswegen als eine der besten Gründerregionen von der EU den Award of Excellence bekommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir in dieser Region auf einer Augenhöhe mit Lyon, mit Mailand, mit Barcelona, auch mit Stuttgart. Das darf mit gebührendem Selbstbewusstsein gesagt werden.

Meine Damen und Herren, wenn es stimmt, was vor wenigen Tagen die Londoner Barclays Bank veröffentlichte, dass die deutschen Städte die größten Wohlstandsproduzenten pro Kopf der Bevölkerung in Europa sind, und wenn es stimmt, dass Karlsruhe nach Frankfurt mit 70 465 € pro Kopf und Jahr auf Platz 2 liegt – vor Paris, München, Düsseldorf, Stuttgart –, und wenn es stimmt, dass Mannheim auf Platz 11 liegt, dann kann man sogar in Baden-Württemberg stolz sein und vom Klagen Abstand nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Barclays fügt im Übrigen noch etwas hinzu, was wir uns auch hinter die Ohren schreiben sollten: Barclays sagt, dass Deutschland im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien davon profitiert, dass der Wohlstand breit gestreut und nicht in einer Zentrale konzentriert ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Bravo!)

Die dezentrale Organisation Baden-Württembergs ist also ein hervorragendes Modell. Wir sind also auch im globalen Maßstab eine Spitzenregion mit überdurchschnittlichem Wachstum, die Selbstbewusstsein haben darf und weitere Förderung verdient. Wir brauchen uns vor niemandem zu fürchten und brauchen auch nicht die Erbsenzählerei einzugehen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern wir brauchen Ideen, Projekte, Kooperationen. Nicht die Standorte von Behörden schaffen Wohlstand,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

sondern die Verbindung von Geist, Produktion und bürgerschaftlichem Engagement.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sage immer und bekenne mich auch dazu: Wenn ich Verwaltungsreform angehe, dann will ich ein Unternehmen daraus machen und keine rückwärts gewandte Bürokratie.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Dr. Inge Gräßle CDU)

Ein gut geführtes Unternehmen, meine Damen und Herren, jammert nicht vor sich hin, sondern arbeitet, geht Wettbewerb ein und versucht, zu gewinnen. Im Übrigen: Wenn in Karlsruhe manchmal geklagt wird – von Organisationen, die mehr die Vergangenheit sehen – und in Stuttgart über Benachteiligungen geklagt wird, wenn also die Landesregierung oftmals von beiden angegriffen wird, dann muss die Landespolitik ganz gut sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, man muss aber auch sehen, dass die Empfindsamkeiten, die in diesen Diskussionen immer wieder aufbrechen, natürlich Ursachen haben, und die Ursachen liegen natürlich auch in diesem Landesteil in einer Mentalität und in einem Nachdenken darüber, dass Baden in den letzten 150 Jahren ein Verlierer war. Wir waren diejenigen, die durch einen überzogenen Nationalismus, durch die Kriege, durch die Aufmarschgebiete benachteiligt wurden. Wir sind in den Rückstand geraten.

Früher war diese Achse einmal die Achse der Industrialisierung, der frühen Industrialisierung. Hier sind über den Rhein die Schiffe aus England mit den modernsten Maschinen gelandet. Hier waren übrigens auch Daimler, Benz, Drais und Hertz und alle diese wichtigen Menschen in der Technik ganz vorn. Daimler hat im Übrigen in der Karlsruher Maschinenfabrik gelernt, wie man Motoren baut.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe dort gearbeitet!)

– Und Kollege Wieser hat dort gearbeitet; deswegen ist das ja schon hervorragend.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, man muss dies alles sehen. Trotzdem sage ich aber noch einmal: Man darf nicht in die Erbsenzählerei verfallen, sondern man muss mit kritischem badischen Blick sehen, was geschehen ist. Ich kann nur sagen: Ich stelle fest, dass in den Neunzigerjahren hier im Bereich Karlsruhe in den Relationen genauso viel und genauso kräftig gebaut wurde wie im Stuttgarter Bereich, dass wir im Hochschulbereich überproportionale Unterstützung vom Land erhalten, dass wir in vielen Bereichen, beispielsweise im Kunst- und Kulturbereich, kräftige Summen erhalten und dass dies durchaus auch einmal so gesagt werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen gilt für mich, jetzt auf die Herausforderungen einer modernen Region zu sehen, und die Herausforderungen, meine Damen und Herren, liegen ganz woanders als in Verwaltungsreformen und dem Aufbau von Bürokratien.

(Dr. Vetter)

Die Herausforderungen liegen darin: Es geht in der Zukunft noch mehr um den Wettbewerb der Regionen, um schnelle Entscheidungen, um Abbau von überflüssigen Regelungen, um Entbürokratisierung. Dazu brauchen wir diese Zusammenarbeit: interdisziplinär, flexibel, Netzwerke und Cluster.

Die Organisation einer modernen Region muss nicht groß, aber schnell sein, nicht kopflastig, sondern dezentral und bürgernah, nicht verwaltend, sondern problemlösend, und nicht einheitlich, sondern vielfältig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal die Statistiken an, wo in unserem Land Wachstum ist und wo etwas geschieht. Die Wachstumsregionen sind die Regionen, in denen Bildung, Wissenschaft und Forschung sitzen und mit der Kommunal- und Landespolitik kooperieren, und nicht dort, wo die meisten Beamten und Behörden sitzen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Erfolg ist dort, wo sich das Wirtschaftskapital der Betriebe mit dem Geistkapital von Wissenschaft und Forschung sowie dem Bürgerpotenzial der Selbstverwaltung verbindet. Das ist das Erfolgsrezept.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deswegen geht es um den Wettbewerb der besten Ideen, die gut vorbereitet durch eine kooperativ arbeitende Kommunalpolitik in die Landespolitik eingeführt werden. Wer einig ist, sich klare Ziele setzt und mit Konzeptionen für regionale Grundentscheidungen aufwartet, wird auch in Stuttgart gehört. Mein Bild ist deswegen ein junges, frisches Unternehmen, in dem Jahresziele für Grundsatzaufgaben der Regionen vereinbart werden, das für schnelle und effektive Entscheidungen der Verwaltungen und für entsprechende Entscheidungen in vorhandenen demokratisch legitimierten Gremien sorgt, ein Unternehmen, das einen ständigen Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung organisiert mit Marketing, Imagekampagnen, Medienarbeit und Pflege von Auslandsbeziehungen.

Was sind unsere konkreten Ziele? Unsere größte Stärke ist die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Diese muss daran gemessen werden, wie viele Wissenschaftler Firmen und Arbeitsplätze gründen. Das ist das Thema dieser Region. Meine Betriebe sind Ausgründungen, Spin-offs aus den Universitäten und Fachhochschulen. Meine Leute in den Betrieben draußen sind diejenigen, die Verbindungen mit der Wissenschaft aufrecht erhalten.

Dieses Thema ist wichtig, und daher brauchen wir eine Verbindung von Kompetenzzentrum für Existenzgründer mit Risikokapital, mit Ideenbörsen, mit den Forschenden; die Existenzgründer brauchen professionelle Beratung.

Die Technologieregion muss sich als Denkfabrik, als Ideenproduzent, als Kommunikationsebene verstehen und nicht als Oberverwaltungseinheit.

Das Thema bei uns heißt zum Beispiel KEIM – „Karlsruher Existenzgründungs-Impuls“ – mit 130 Existenzgrün-

dungen. Das ist das Erfolgsthema und nicht die Zahl der Subventionen: 130 Existenzgründungen. Oder das Kompetenzzentrum für Finanzierung und Beratung. Das sind gute Beispiele für das, was gebraucht wird. Neun weitere Gründungszentren und 14 Gewerbeparks helfen in der Technologieregion den Existenzgründern.

Dazu gehört die optimierte Organisation des Technologietransfers aus Wissenschaft und Forschung besonders zum Mittelstand, meine Damen und Herren. Um die Großbetriebe, die Großindustrie kümmert sich der Kanzler genug; wir kümmern uns um den Mittelstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich höre da viel Gutes, meine Damen und Herren, ich höre aber auch viele Klagen. Deutschland hat hier noch erhebliche Probleme. Wir haben einmal in einer Untersuchung festgestellt, dass Deutschland in der Welt Nummer 3 ist bei den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, aber bei der Umsetzung dieser Erfindungen stehen wir auf Platz 28. Meine Damen und Herren, Deutschland steht auf Platz 3 bei den Aufwendungen, aber auf Platz 28 bei der Umsetzung! Daher brauchen wir das Forum Zukunft als Technologietransferagentur für kleine und mittlere Unternehmen, brauchen wir die Sensibilisierung für die Verwertung von Innovationen durch Fortbildung und durch Anreize, zum Beispiel auch durch Gewinnbeteiligungsanreize.

Drittens, meine Damen und Herren, wollen wir die Chance voll ergreifen, alte Grenzen durchlässiger zu machen, die Grenzen zum Nachbarland und zum Elsass. Die PAMINA, unsere Organisation hier, sollte eigentlich nicht nur das INTERREG verwalten und sollte nicht nur den Karlsruher Vertrag mit Leben erfüllen, sondern sollte meines Erachtens auch die Vision einer grenzüberschreitenden Region im Auge behalten.

Das, meine Damen und Herren, sind die konkreten Konzepte:

Erstens: Es soll mit dem Aufbau weiterer Kompetenzzentren begonnen werden, über die für wichtige Zukunftstechnologien und Schlüsselbranchen der Region die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen netzwerkartig verbunden werden mit dem Ziel umfassender Kooperation.

Zweitens: Wir wollen in der Region ein Standort für ein Science-Center werden, ähnlich wie Freiburg oder der Rhein-Neckar-Raum. Dort soll sowohl für Unternehmen als auch für breite Schichten der Bevölkerung die Innovation zum Hauptthema gemacht werden.

Ich erinnere mich, dass wir uns in meiner Jugendzeit in meiner Heimatstadt Mannheim ein Schulprofil ausgewählt haben, das naturwissenschaftlich konzipiert war. Wir sollten in einer naturwissenschaftlich organisierten Stadt bewusst stark gemacht werden in Physik und Chemie. Das hat mir sehr gefallen, bis auf den heutigen Tag: Science-Center.

Bei der Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas erfahren wir und brauchen wir die weitere Unterstützung des Landes. Die Bundesgartenschau 2015 soll hier eingerichtet werden.

(Dr. Vetter)

Über die Förderung der neuen Messe, meine Damen und Herren, gibt es eine breite Diskussion. Ich will in diese Diskussion jetzt insoweit einmal eine persönliche Bemerkung einschalten: Sie alle wissen, dass unsere Messe in Karlsruhe im Bau ist. Sie alle wissen, dass ich kritische Bemerkungen zum neuesten Nachschlag für die Stuttgarter Messe gemacht habe und dass ich damit nicht einverstanden war. Sie alle wissen auch, dass wir in der Zwischenzeit über 25-%-Forderungen diskutieren. Meine Bitte ist, nicht nur über 25 % nachzudenken, sondern darüber, die Binnenstruktur der Messe mit Nahverkehr und mit Straßenanbindungen aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zu fördern.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich bitte, dies als Kompromissmodell zu bedenken: nicht über absolute Forderungen zu reden, sondern über dieses Modell der Binnenfinanzierung der Infrastruktur dieser neuen Messe. Dann kann dieses Thema aus dem Streit genommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Überragend wichtig ist für uns die Infrastruktur des Verkehrs hier an der Kreuzung Europas: A 8, A 5, der Anschluss Söllingen. Meine Damen und Herren, die Magistrale von Paris nach Budapest, der Bau der zweiten Rheinbrücke Kehl, die Anbindung an den TGV – wir brauchen keine Europareden mehr zu halten, wenn dies nicht kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir brauchen nicht darüber zu reden, meine Damen und Herren, dass wir eine Osterweiterung haben wollen, wenn dies nicht kommt. Deswegen setzen wir unsere Hoffnung darauf, dass nach der Bundestagswahl hier wichtige Entscheidungen für die Priorisierung dieses für die Infrastruktur des gesamten Landes überragend wichtigen Konzepts kommen.

Deswegen gehöre ich auch zu den Unterstützern des Projekts Stuttgart 21, das den falschen Namen hat. Denn Stuttgart 21 ist die Verbindungslinie von Paris über Karlsruhe nach Budapest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir auch hier in der Region die ständige Verbesserung der Infrastruktur, die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs über die Rheingrenze hinweg, in den Zügen von Rheinland-Pfalz in das Elsass hinein. Deswegen brauchen wir die Nordtangente in Karlsruhe. Das ist überragend wichtig, weil sie die Verlängerung der B 10 in den pfälzischen Raum hinüber ist.

Diese Region leidet darunter, dass es immer Grenzen gab, die Grenzen zum Nachbarland, die Grenzen zum Elsass. Die Überwindung dieser Grenzen ist entscheidend wichtig.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt lebt jeder Standort nicht nur vom Ökonomischen, nicht nur vom Geld, sondern auch von Lebensart, von Kunst und Kultur sowie von gelebten Werten.

Bei den Ansiedlungsgesprächen, die ich noch als Oberbürgermeister führte, war nicht die Gewerbesteuerhöhe das Entscheidende, sondern die Frage, wie viel Kunst, wie viel Theater, wie viel Konzerte, wie viel Kulturveranstaltungen hier sind. Wie ist die Wettersituation, die nach der Wetterkarte im Südwesten, dem Kalifornien Deutschlands, immer besser ist? Das waren genauso entscheidende Fragen, meine Damen und Herren, wie die Frage nach der Gewerbesteuerhöhe.

Deswegen: Die Fülle an Theatern, an Museen, die Gastronomie, die Umwelt: Das sind unglaubliche Pfunde. Kultur ist so wichtig wie Wissenschaft und Ökonomie. Hierzu hat der kulturpolitische Sprecher wohl das Richtige gesagt.

Meine Damen und Herren, ich schließe mit den Worten:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Baden-Württemberg ist ein gutes Land, dessen Vielfalt seine Stärke ist. Die Technologieregion Karlsruhe wiederum ist ein sehr, sehr gutes Stück

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

in diesem guten Land Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fischer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Vetter hat eben eine lange Rede gehalten und Ausführungen zur allgemeinen Politik gemacht. Ich habe mich während seines Beitrags oft gefragt: Wo ist der Schwerpunkt Technologieregion? Die Ziele, die Sie am Schluss gesetzt haben, und das, was Sie gefordert haben, Kollege Vetter, kann für alle Regionen gelten. Das unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber das Thema der Aktuellen Debatte lautet: „Die Technologieregion Karlsruhe – Bilanz und Perspektive“. Da muss ich schon etwas Wasser in den Wein gießen. Das hat entgegen dem, was Sie hier immer angeführt haben, nichts mit Neidhammelei und nichts mit Erbsenzählerei zu tun. Das sind vielmehr Fakten, die ich in meinem Redebeitrag darzulegen versuche.

Herr Ministerpräsident, Herr Landtagspräsident, in den letzten Tagen wurde Karlsruhe überall hervorragend, positiv dargestellt.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Das möchte ich unterstützen, lieber Kollege Wieser.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

(Fischer)

Vielleicht warten Sie mit Ihren Zwischenrufen so lange, bis sie angebracht sind.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich möchte das unterstützen. Nur: Jemand wie ich, der hier an dieser Stelle 16 Jahre lang als Stadtrat gesessen hat, der hier bis letztes Jahr Fraktionsgeschäftsführer war, weiß, dass einiges anders aussieht als das, was hier an schönen Worten und schönen Sätzen dargelegt wird.

Ich möchte zunächst mit den positiven Gesichtspunkten beginnen. Da kann ich viel von dem unterstreichen, was Kollege Vetter dargelegt hat. Wir werden nie die Qualität der Universität, wir werden nie die Qualität der Fachhochschulen in Karlsruhe und in der Region in Zweifel stellen. Diese Qualität ist positiv, und sie werden wir weiterhin unterstützen. Das, was sich hieraus entwickelt, wird für die Region, aber auch für das Land Baden-Württemberg insgesamt ein Vorteil sein und positiv zu bewerten sein. Da gibt es keine Grenzen. Denn das, was hier entwickelt wird, wird nicht in der Region Karlsruhe und nicht im Land Baden-Württemberg aufhören, sondern das hat weitere Folgen. Das muss man dabei ganz klar sehen. Ich darf an die vielen Erfolge erinnern, die sowohl die einzelnen Institute als auch die Professoren durch Verleihung von Preisen erreicht haben. Das spricht für sich.

Ich rede über das Forschungszentrum – auch das haben Sie angesprochen –, das ursprünglich einmal ausschließlich für Atom- und Kernenergie zuständig war. Es genießt heute in der Welt einen hervorragenden Ruf, was die Forschung insgesamt betrifft. Die Nanotechnologie ist etwas, was diese Forschungseinrichtung in Karlsruhe mit ihrem Ruf auf viele Jahre hinaus in der Welt verankern wird.

Wir haben hier Schwerpunkte zu verzeichnen: Fraunhofer-Institut, Siemens, Cyber-Park. Auch die Technologiefabrik, die eine Gründung in Karlsruhe war, hat über viele Jahre hinweg sehr positive Signale gesetzt, wie man eine Technologiefabrik gründen kann, die schließlich zum Technologiepark Karlsruhe führten. Ich bestätige auch, dass aus diesen Gründungsinitiativen viele Tausende von Arbeitsplätzen entstanden sind. Das sollte man als Vorzeigeobjekt für die Region, aber auch für Karlsruhe zugrunde legen.

Ich darf daran erinnern, dass die Stadt große Vorleistungen erbracht hat, was die Bereitstellung von Grundstücken angeht, und dies nicht zu Preisen, die marktüblich sind, sondern mit Subventionen, sodass die Preise erheblich unter den marktüblichen Preisen lagen.

Ich will gemeinsame Aufgaben der Stadt und der Region in den Vordergrund stellen. Herr Kollege Vetter, Sie haben die Konversion in Söllingen angesprochen. Die Konversion in Söllingen – das möchte ich behaupten – wäre ohne die Initiative der Stadt Karlsruhe in dieser Form nicht möglich gewesen. Ich darf daran erinnern, dass die städtische Wohnungsgesellschaft die Vermarktung der 250 Wohnungen, die dort vorhanden waren, maßgeblich betrieben und damit auch zum Erhalt der Wohnungen beigetragen hat. Sie hat den Wohnraum aber auch zur Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt.

Der ganze Sportstättenbereich, der Gewerbebereich, der auf der Großfläche in Söllingen vorhanden war, haben sich positiv entwickelt. Das war eine Gemeinschaftsarbeit. Dessen sollten sich die Stadt und die Region, die diese Aufgabe übernommen haben, bewusst sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Müllentsorgung angesprochen. Ich glaube, die Region Karlsruhe ist hier zusammen mit der Stadt Vorreiter gewesen und ist einen wichtigen Weg gegangen, wie man eine vernünftige Müllentsorgung ohne Aufpflanzung betreiben kann. Ich nenne den Begriff Thermoselect, der durch diese Entwicklungsphase teilweise vielleicht sehr stark in Misskredit geraten ist. Aber wir sind hier in neue Technologien eingestiegen und haben einen Verbund mit der Stadt, mit dem südlichen und dem nördlichen Landkreis geschlossen, was ebenfalls eine ganz wichtige Querschnittsaufgabe ist und nach vorn weist.

ÖPNV: Wir dürfen wohl sagen, dass Karlsruhe und die Region das Mekka des ÖPNV – auf jeden Fall europaweit – sind. Wenn wir hier über 200 Millionen Fahrgäste im Jahr befördern, sind das Aufgaben, die zum einen zur Schonung der Umwelt auf jeden Fall sehr wichtig sind. Es sind aber auch Aufgaben in einem Bereich, in dem sich die Frage stellt, wie man einen vernünftigen öffentlichen Nahverkehr betreiben kann. Davon könnten sich viele, die das in Deutschland tun, eine Scheibe abschneiden, und sie könnten sehen, wie man eine solche Aufgabe kostengünstig und vernünftig wahrnimmt.

Der öffentliche Nahverkehr wird nie ohne Zuschüsse zu betreiben sein; das ist uns allen klar. Trotz alledem haben wir hier bewiesen, dass man Menschen von der Straße auf die Schiene bekommt, wenn man vernünftige Taktzeiten anbietet. Hier ist die Region Karlsruhe federführend in Deutschland, federführend in Europa. Das darf man ohne weiteres sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich darf aber auch anfügen, dass allein die Stadt Karlsruhe etwa 40 Millionen DM im Jahr für den öffentlichen Nahverkehr bereitstellt, und zwar aus Steuergeldern bzw. aus der Gegenrechnung bei den Stadtwerken und den Verkehrsbetrieben. Wir schlagen eine Brücke im öffentlichen Nahverkehr. Auch das sollten wir hier in der Region betrachten; hier waren wir auch Vorreiter. Der öffentliche Nahverkehr reicht heute bis nach Lauterburg im Elsass. Das sind durchaus Schritte, die wir in der Region eingeleitet haben und die in Zusammenschlüssen stattgefunden haben. Ich werde am Schluss, Herr Kollege Vetter, noch einmal auf Ihre Vision von der Entstehung der Region eingehen, weil wir einen anderen Weg für besser halten.

Wir waren gestern Abend zu Gast im Zentrum für Kunst und Medientechnologie. Das ZKM wird vom Herrn Ministerpräsidenten und von vielen anderen immer als eine tolle Gabe des Landes für die Stadt Karlsruhe gepriesen. Ich sage eindeutig: Wir stehen zum ZKM. Wir sind froh und stolz, dass wir hier in der Region und in Karlsruhe das ZKM haben. Aber ich darf erwähnen, dass auch das eine Gemeinschaftsleistung war. Wir sollten immer wiederho-

(Fischer)

len, dass das nicht nur eine Gabe des Landes für die Stadt Karlsruhe war. Vielmehr war dieses Kulturdenkmal ein ehemaliges Fabrikgebäude. Auch die Stadt Karlsruhe hat hier – nachdem Herr Vetter mit Zahlen argumentiert hat, möchte ich das auch tun – 163 Millionen DM an Investitionskosten aufgebracht. Die Stadt Karlsruhe trägt genauso wie das Land jährliche Folgekosten von 9 Millionen DM – ich spreche in diesem Fall noch von D-Mark. Auch das ist also eine Leistung, die der Stadt und der Region zugute kommt. Das sind alles Beispiele, die ich positiv darstelle.

Zum Schluss, weil hier auch von Kultureinrichtungen die Rede war: Wir sind froh, dass wir das Staatstheater haben. Es ist für die Region wichtig, eben auch, um gewisse Leute nach Karlsruhe und in die Region zu bekommen. Wir haben aber auch in der Region insgesamt hervorragende Kleinkunst. Sie muss unterstützt werden; auch das ist wichtig.

Das waren positive Beispiele, die ich vorgetragen habe. Zu ihnen stehen wir auch, und dabei weiß ich mich mit dem Land, der Region und der Stadt in der Verantwortung.

Aber nun darf ich auch ein paar negative Beispiele anführen.

(Abg. Pfisterer CDU: Muss das sein?)

– Ja, ich weiß, Herr Pfisterer, dass Ihnen das vielleicht nicht passt. Zu „Bilanz und Perspektive“, mit der die Aktuelle Debatte überschrieben ist, gehören auch negative Punkte in der Region, wenn sie aufgetreten sind. Diese darf ich Ihnen vortragen.

Es wurde die Messe angesprochen. Herr Vetter, aus diesem Thema haben Sie sich relativ leicht herausgeschlichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich darf schon sagen: Die Regionalmesse Karlsruhe war ein Projekt, das auch die Region mit sehr großen Aufwendungen mitgetragen hat. Wir haben gesehen, dass die Kosten nicht in der Höhe einzuhalten sind, wie sie ursprünglich berechnet war. Das Land Baden-Württemberg hat die Stadt beauftragt, ein Gutachten auch über die Qualität und über die Frage erstellen zu lassen, ob es sich überhaupt um eine Regionalmesse handelt. Dieses Gutachten ist für die Region sehr positiv ausgefallen. Es kam zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um eine Regionalmesse, sondern um eine überregionale Messe handelt.

Dann stehen die Kosten zur Diskussion. Das Land verabschiedet sich daraus und leistet keinen höheren Zuschuss. Das muss ich schon sagen: Ich wundere mich, wenn Herr Minister Döring, der heute nicht anwesend ist, und der Kollege Oettinger als –

(Zuruf von der CDU)

– Ich bemängle ja nicht, dass er nicht anwesend ist. Ich sage nur, er kann sich jetzt gegen diesen Vorwurf nicht wehren.

Ich wundere mich also, dass Herr Minister Döring und Kollege Oettinger als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion vor Wochen nach Karlsruhe gegangen sind

und sagten: „Wir werden es richten. Wir werden dafür eintreten, dass die Karlsruher Messe höhere Zuschüsse erhält.“ Das ist nicht eine Karlsruher Messe, sondern eine Messe für die Region. Wie ist dann bei den Haushaltsberatungen entschieden worden? Sie wissen alle: Meine Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen den vernünftigen Antrag gestellt – nicht nur für die Messe Karlsruhe, sondern für die Regionalmessen insgesamt –, dass eine höhere Bezuschussung –

(Abg. Dr. Birk CDU: Unseriös!)

– Der Antrag war nicht unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag war überhaupt nicht unseriös, Kollege Birk. Ich sage Ihnen auch, warum er nicht unseriös war. Unseriös ist das, was Sie in den Haushalt eingestellt haben, nämlich rund 200 Millionen € für die Messe Stuttgart, die sich überhaupt noch nicht im Bau befindet – im Gegensatz zu der Messe hier, die im Bau ist. Das ist unseriös.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind weiter bei der Bilanz und den negativen Punkten. Ich erinnere dabei noch an die Bankenfusion. Auch hier hat die SPD-Landtagsfraktion vor der Art dieser Fusion gewarnt, weil sie ihr nicht weit genug ging. Für Karlsruhe hat die Bankenfusion nur negative Auswirkungen gehabt. Wir haben unter dem Strich 70 Arbeitsplätze verloren. Wir haben außerdem die gesamte Gewerbesteuer verloren, die aus dieser Bank heraus an die Stadt Karlsruhe geflossen ist. Das sind unter dem Strich 7 bis 8 Millionen DM im Jahr. Wenn Sie das über zwei, drei, vier Jahre hochrechnen, können Sie das multiplizieren und schließlich sagen, was dabei herauskommt. Wenn dann der Herr Ministerpräsident bei der Beratung im Landtag der Stadt Karlsruhe empfiehlt, sie solle einen Brief an den Stuttgarter Oberbürgermeister schreiben und die Stuttgarter bitten, einen Teil der Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer an Karlsruhe zurückzugeben, dann ist das schon –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage einmal: Welche Stadt würde das tun? Der Brief, der aus Stuttgart gekommen ist, fiel dementsprechend aus. Stuttgart hat das natürlich abgelehnt.

Das ist die Bilanz der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Rundfunkfusion: Auch das, was die Rundfunkfusion bedeutet, was sie für den Standort Baden-Baden bedeutet, wurde in der letzten Legislaturperiode alles eindeutig als positiv dargestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie einen Besuch in Baden-Baden, um zu sehen, was nach der Rundfunkfusion herausgekommen ist: eindeutig Arbeitsplatzverluste in Baden-Baden. Da kann niemand sagen, das sei eine positive Bilanz.

(Zurufe)

– Das stimmt.

(Fischer)

Jetzt noch etwas zum Kollegen Vetter. Es gibt 20 Kilometer von hier entfernt, in der Region, die Landesanstalt für Schweinezucht Forchheim.

(Zurufe und Unruhe)

– Lieber Herr Kollege Hauk, ich weiß, dass das wehtut. Lieber Herr Kollege Hauk, dass das vordergründig nichts mit Technologie zu tun hat, weiß ich. Das müssen Sie mir nicht sagen. Aber wir machen eine Bilanz, und dazu gehört, dass man für einen relativ hohen Aufwand, für etwa 50 Millionen DM, vor vielen, vielen Jahren die Verlagerung der Landesanstalt nach Boxberg beschlossen hat; das hat auch der Kollege Vetter in seiner Zeit als Kabinettsmitglied bis zum Schluss mitgetragen. Herr Kollege Vetter, Sie waren dann nur noch Abgeordneter – das sage ich nicht negativ –, als Sie sich dann wieder hier in der Öffentlichkeit dafür stark gemacht haben, dass dieser Beschluss verändert wird und die Anstalt in Forchheim bleibt. Das sind Aussagen, die populistisch sind, weil keine Kraft dahinter steht, das so zu verändern. In Forchheim wäre diese Anlage für 10 Millionen DM zu erhalten, man gibt aber 50 Millionen DM aus, um irgendwann einmal die Verlagerung durchzuführen.

Jetzt noch etwas zum Negativen. Der Karlsruher Gemeinderat unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters, der jetzt hier in diesem Raum zugegen ist, hat 1998 eine Reise zum Herrn Ministerpräsidenten unternommen, um nach einem vorab zugestellten Brief über Probleme, die hier in der Region durch Fusionsveränderungen entstanden sind, ein Gespräch zu führen. Da ging es um die Badische Bank, die L-Bank, die Bakola, die Gebäudeversicherungsanstalt, die Außenstelle des Landesamts, das Flurordnungsamt, die Staatliche Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Augustenberg, das Landesvermessungsamt, das Staatliche Hochbauamt, die Forstdirektion, um Veränderungen in der Oberfinanzdirektion, um das Naturkundemuseum und die Alte Münze. Das ist ein Schriftstück gewesen, das der Gemeinderat über alle Fraktionen hinweg als Negativbilanz dem Herrn Ministerpräsidenten übermittelt hat. Darüber wurde verhandelt. Das sind keine Erfindungen eines SPD-Abgeordneten, der jetzt zufällig hier in Karlsruhe ist, sondern das sind Tatsachen, die über Jahre hinweg eingetreten sind.

Wenn wir über die Stärkung von Regionen reden, müssen diese Beispiele einfach genannt werden. Ich habe sie deshalb genannt, um zu sagen: Wenn es dem Land Baden-Württemberg gut gehen soll, wie dies auch der Kollege Vetter behauptet hat, dann soll es allen Regionen gut gehen. Deshalb muss die Landesregierung wohlweislich überlegen, wenn sie Änderungen durchführt: Wie werden sie durchgeführt? Wo gibt es auch Ausgleich für die Verluste, die eintreten? Dann ist das eine vernünftige Politik.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zusammenfassend sagen, lieber Kollege Vetter: Die Entstehungsgeschichte über die Technologieregion Karlsruhe, wie Sie sie dargelegt haben, stimmt. Wir als SPD haben aber eine andere Meinung. Wir sind der Meinung, solche Aufgaben sollten nicht in freiwilligen Zusammenschlüssen wahrgenommen werden, sondern durch legitimierte Mehrheiten in Parlamenten. Es

ist nicht so, dass wir die Region Stuttgart als das Wahre für Karlsruhe ansehen,

(Zurufe und Unruhe)

aber der Weg ist richtig, und die SPD-Landtagsfraktion wird dazu im Laufe dieser Legislaturperiode noch weitere Vorschläge machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wird Vorschläge einbringen, um hier zu legitimierten Veränderungen zu kommen.

Es kann nicht sein, dass solche Entscheidungen, sage ich einmal, von vier oder fünf Leuten getroffen werden. Solange die sich verstehen, ist das positiv. Wenn sie sich aber nicht mehr verstehen, ist es rückwärts gewandt. Das muss man ganz klar sagen. Dann ist es nicht zum Vorteil dieser Regionen.

Ich beende damit einmal meinen Vorausblick bzw. meine Bilanz. Eventuell gibt es noch Redemöglichkeiten in einer zweiten Runde. Ich stehe genauso wie meine Fraktion zu der Technologieregion Karlsruhe. Wir stehen zu dem Standort Karlsruhe, aber es muss erlaubt sein, auch Entwicklungen, die nicht so eingetreten sind wie vorgesehen bzw. die negativ verlaufen sind, in einer solchen Debatte aufzuzeigen. Sie hätten diese Debatte heute ja nicht beantragen müssen, dann hätte man nicht so argumentieren können.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion hatte ursprünglich ebenfalls vor, die Technologieregion Karlsruhe zum Thema einer Aktuellen Debatte zu machen. Wir haben davon Abstand genommen. Denn erstens ist keiner in unseren Reihen, der zu diesem Thema einen so festlichen Vortrag halten kann wie der Kollege Vetter,

(Beifall bei der FDP/DVP – Lebhafter Beifall bei der CDU)

und zweitens, Herr Kollege Fischer, kann Wirtschaftsminister Dr. Döring an dieser Plenarsitzung leider nicht teilnehmen, weil er mit einer Wirtschaftsdelegation im Interesse des Landes in Saudi-Arabien ist, übrigens auch – das wird Ihr Verständnis dafür erleichtern, wie ich Sie kenne – mit Karlsruher Unternehmern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, könnte ich mir vorstellen, dass es manch einem in Karlsruhe lieber wäre, wenn das Thema „Region Karlsruhe“ anstatt einmal in 50 Jahren in einer Festsitzung in Karlsruhe gelegentlich auch in allen anderen Jahren in Stuttgart behandelt würde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Es wäre in der Tat zu wenig für die Aktualität einer Debatte, wenn sie nur vom Tagungsort abhängig wäre.

Besondere Aktualität erfährt das Thema aber durch das Landesjubiläum „50 Jahre Baden-Württemberg“. Ich will das nicht austappen, aber wenn wir auf die vergangenen fünf Jahrzehnte zurückblicken, wissen wir, dass die Entscheidung der Gründer für eine dezentrale Struktur des Landes einer der maßgeblichen Gründe für die Erfolgsstory dieses Bundeslandes gewesen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damals waren es die vier Regierungspräsidien, die diese ausgewogene dezentrale Struktur ermöglicht haben, und sie sind es bis in die jüngste Zeit. Im Zuge der Globalisierung, im Zuge des Zusammenwachsens der europäischen Mitgliedsstaaten sehen wir, dass die Regionalentwicklung immer mehr zum zentralen Thema auch der Dezentralität wird. Die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen entsprechen immer weniger den administrativen Grenzziehungen. Immer mehr wird es erforderlich sein, die regionale Entwicklung voranzutreiben. Das sehen wir insbesondere hier – das ist schon wirklich „Preisend mit viel schönen Reden“ gesagt worden – in der Technologieregion Karlsruhe. Es freut mich, dass unser Koalitionspartner das Thema „Regionale Entwicklung“ ebenfalls mehr und mehr so sieht, wie wir ja am heutigen Debattenthema erkennen. Im Übrigen möchte ich einfach einmal sagen: Es war auch notwendig, dass man darüber debattiert, denn in all den Festansprachen zum 50-Jahr-Jubiläum ist mir dieser regionale Ansatz bisher eigentlich etwas zu kurz gekommen.

Eine weitere große Aufwertung erhält das Thema Regionalentwicklung auch durch das, worüber wir gestern diskutiert haben, nämlich durch den EU-Verfassungskonvent. Wenn wir dort mit vollem Recht Subsidiarität verlangen, ein Europa der Regionen, Rückübertragung von Zuständigkeiten auf den Bund, jedenfalls teilweise, und erwarten, dass das – sonst macht es ja keinen Sinn – auch an die Länder weitergegeben wird, müssen wir, denke ich, diesen Subsidiaritätsgrundsatz und dieses Prinzip selbstverständlich auch im Lande praktizieren, das heißt, so gut es geht Aufgaben auf Kommunen und Regionen übertragen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums wünschen uns viele den Mut, den Weg für örtliche und regionale Versuche freizugeben. Das Land braucht nicht alles gleich zu machen. In der Vielfalt liegt die Stärke.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Technologieregion Karlsruhe – das wurde vorhin deutlich, man muss nicht alles wiederholen – ist für die Zukunft bestens gerüstet und mit ihren Partnern auf einem guten, sicheren Weg, auf einem guten, sicheren Kurs in Richtung Europa. Das Denken und Handeln im europäischen Geist waren in Karlsruhe schon immer Tradition und waren hier zu Hause. Ich erwähne die Nähe zu Frankreich und die hervorragenden internationalen Verkehrsverbindungen. Natürlich müssen wir uns mit aller Kraft für die Magistrale für Europa einsetzen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

diese direkte Hochgeschwindigkeitsstrecke von – Sie wissen es – Paris über Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart und München bis nach Wien und Budapest. Das ist eine ganz wichtige Sache. Der Rheinhafen kommt hinzu. Drei Autobahnen finden hier ihren Schnittpunkt. Der Baden-Airport entwickelt sich. Das sind hervorragende Voraussetzungen für eine entsprechende regionale Entwicklung.

Herr Kollege Vetter, Sie haben das sehr richtig und eindringlich, finde ich, dargestellt: All das, was den badischen Landesteil nach dem Ersten Weltkrieg benachteiligt hat – ich sage es einmal ganz verkürzt –, die Randlage, die Grenzlage, wird durch diese regionale Zusammenarbeit und über die europäische Integration zu einer Quelle zusätzlicher Prosperität in diesem Raum.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denken Sie daran: Heute Morgen kam die Nachricht, das „Legoland“ in Günzburg sei der zentralste Punkt, denn dort seien 16 Millionen Menschen erreichbar. Ich weise darauf hin: Von diesem Raum Karlsruhe aus sind in bis zu drei Stunden Entfernung 40 Millionen Menschen zu erreichen – so zentral ist diese Region.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb wurde diese PAMINA-Region zu Recht auch mit dem Prädikat „Region of Excellence“ ausgezeichnet. Ich finde es wichtig, dass man das auch weitertreibt. Der Versuch, dies von einer losen Kooperation doch in einen grenzüberschreitenden Zweckverband zu bringen, ist schwierig, aber wir müssen ihn mit vollen Kräften unterstützen.

Der Technologieregion Karlsruhe ist es gelungen – das gelingt nicht jeder Region, denn alle sind Bioregionen, alle machen oft das Gleiche –, ein Alleinstellungsmerkmal der Technologiestärke zu erreichen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

ein Erkennungsmerkmal, ein unverwechselbares Profil zu schaffen. Darauf muss man in der Tat aufbauen.

Vorhin wurde der „Karlsruher Existenzgründungs-Impuls“, KEIM, erwähnt. Zusammen mit dem ähnlich gelagerten Projekt PUSH in der Region Stuttgart ist er von der Europäischen Kommission zum zweiten Mal mit dem Award of Excellence for Innovative Regions ausgezeichnet worden. Das klingt hochtrabend, ist aber auch eine tolle Sache.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich könnte, meine Damen und Herren, noch viele Superlative aufzählen. Allein das wäre aber auch eine Überstrapazierung des Verzichts auf Redezeitbeschränkungen. Übrigens konnten wir gestern in der ausgelegten „Karlsruher Wirtschaftswoche“ wunderbar nachlesen, was für Superlative es da gibt, natürlich in erster Linie in der Hochschullandschaft: die Universität in Karlsruhe als die älteste technische Universität in Deutschland mit der größten Informatik-Fakultät in Deutschland. Nehmen Sie die FH Karlsruhe, die größte FH in Deutschland. Man kann weitermachen. Die Technologiefabrik war das erste Technologiezentrum

(Hofer)

und Vorbild für viele andere, und sie funktioniert hervorragend. Man braucht eine gewisse Zeit, bis so etwas funktioniert. Man kann dazu nur gratulieren. Ich nenne weiter: größte Forscherdichte, größter Cluster der Unternehmens-Software. Und, Herr Vetter, mich hat besonders gefreut, dass Sie auf das Ranking der Bruttowertschöpfung hingewiesen haben: im Grunde genommen zweiter Platz in Europa. Aber was Herr Fischer noch viel wichtiger ist: zweiter und sechster Platz für Stuttgart. Ich gratuliere den Karlsruhern, dass es ihnen besser geht als den Stuttgartern,

(Beifall bei der FDP/DVP)

wobei ich Herrn Vetter nicht so verstanden habe, dass er bei der Auflistung dessen, was hier so glänzend ist, gemeint hätte, es bedürfe ab sofort keiner Landeshilfe mehr. Wir werden sie auch weiterhin in die Region fließen lassen, das kann ich Ihnen für meine Fraktion zusichern. Wir haben extra eine Abgeordnete – Frau Berroth – benannt, die speziell für diese Region zuständig ist. Wir unterhalten uns auch in der Region darüber.

Richtigerweise ist diese Unterstützung in erster Linie Forschungsunterstützung, denn das ist das Alleinstellungsmerkmal. 300 Millionen DM wurden seit 1996 für institutionelle Förderung bereitgestellt, und 180 Millionen DM davon für anwendungsorientierte Forschung. Das ist der richtige Weg. Natürlich war es auch richtig, die Mittel für INTERREG, PAMINA-Region, aufzustocken.

Wir wollen auch erreichen – das wurde überhaupt noch nicht erwähnt –, was glücklicherweise auch der Beschlusslage entspricht: Karlsruhe soll im Landesentwicklungsplan wie eine europäische Metropolregion behandelt und ausgewiesen werden, ganz klar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich möchte dazu, weil man das im Vorfeld irritierenderweise ein bisschen anders kolportiert hat, nur sagen: Die Region Stuttgart hat sich mit diesem Prädikat nicht selbst bezeichnet, wie manche meinen. Dieses Prädikat, diese Bezeichnung steht nicht einmal zur Disposition des Landes. Das ist eine Raumordnungsbezeichnung des Bundes. Fünf Metropolregionen wurden ausgewiesen, und wir sind froh, dass Stuttgart darunter ist. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir zwei weitere große Räume haben. Wir haben gesagt: „Städte-landschaft am Oberrhein“ heißt heute: „Europäischer Verdichtungsraum Oberrhein“, und so wird es selbstverständlich auch im Landesentwicklungsplan heißen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch auf das Thema Wettbewerb eingehen. Dass die Region Karlsruhe die allerbesten Wettbewerbsbedingungen hat, wird niemand bestreiten. Sie sind ihr nicht von außen gegeben worden, sondern die Region hat sie sich selbst erarbeitet. Herzlichen Glückwunsch!

Aber – das muss man genauso sagen –: Zum Wettbewerb gehört auch Konkurrenz. Wettbewerb ohne Konkurrenz ist nicht möglich. Karlsruhe kann dabei ganz selbstbewusst sein. Lähmend und kontraproduktiv jedoch wäre ein ständiges gegenseitiges Aufrechnen und Verrechnen von Lan-

desleistungen. Das ist lähmend und hat mit Wettbewerb überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Die Zahl derer, die das nicht mehr hören können und wollen, wird zunehmend größer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, damit Sie sehen, dass wir noch nicht ganz über den Berg sind, hier ein beinahe skurriles Beispiel: Im Landesentwicklungsplan haben wir – sozusagen um des lieben Friedens willen – Stuttgart nicht mehr als Landesmitte bezeichnet. Ich habe gesagt: Das ist völlig egal. Was in der Mitte liegt, liegt in der Mitte, egal, ob man es nun so bezeichnet oder nicht. Genauso liegt Karlsruhe in der Mitte Europas, an der Schnittstelle zwischen Deutschland und Frankreich, und hat dort seine großartige Position.

Die Regionen können und müssen vom Land, von uns, vom Parlament und von der Regierung die gleiche Zuwendung verlangen. Man kann nicht dem einen größere Zuneigung zuteil werden lassen als dem anderen. Das bedeutet aber nicht, dass in jeder Region alles gleich gemacht wird. Dann wäre Dezentralität nämlich Schwäche und nicht Stärke.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit komme ich zum Thema Landesmesse; das klammere ich gar nicht aus. Meine Damen und Herren, man kann zu Kostenentwicklung, Kostensteigerung und Nachfinanzierung der Landesmesse in Stuttgart kritische Anmerkungen machen; ich habe das für meine Fraktion übrigens auch getan. Wenn wir solche Gelder aber in die Hand nehmen, um unter den Top Ten in der Bundesrepublik voll mithalten zu können, dann kann es in diesem Land nur eine Landesmesse geben. Das sage ich hier ohne Umschweife.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das heißt nicht, dass wir nicht genauso das Orchester der Regionalmessen – auch die, die wie diejenige in Karlsruhe bereits internationalen Anstrich haben und sich in einer völlig neuen Dimension bewegen – sehen müssen. Übrigens gibt es in Baden noch andere wichtige Messestandorte. Einer, der immer vernachlässigt wird, ist Sinsheim – das sage ich einmal an dieser Stelle. Es ist ganz klar: Da müssen wir etwas tun und finanzieren. Wir müssen hier mehr als das Durchschnittliche geben; das ist überhaupt keine Frage.

Sie haben angesprochen, man sollte viel weniger von der Messförderung als vom GVFG sprechen. Das halte ich für einen hochinteressanten Ansatz. Aber dieser Ansatz muss dann auch wirklich landesweit so ausgestaltet sein. Wenn ich von Verkehrsförderung rede, kann ich mit den Regionalisierungsmitteln nicht in anderen Regionen – ich meine die Region Stuttgart – völlig atypisch verfahren. Das geht nicht; man muss es dann wirklich gleichmäßig tun.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Hofer)

Letzter Punkt: Karlsruhe ist nicht nur ein gutes Modell europäischer Möglichkeiten, sondern damit logischerweise auch baden-württembergischer Möglichkeiten, insbesondere was das System regionaler Reformmodelle angeht. Karlsruhe – das wurde sehr richtig gesagt – setzt im Gegensatz zu Stuttgart allein auf Vernetzung, Kooperation und Freiwilligkeit. Das Modell geht von einer viel geringeren Institutionalisierung aus; es ist nichts verordnet oder vom Gesetzgeber vorgegeben. Hier setzt man allein auf die Initiative regionaler Kräfte und auf die Unterstützung des Landes.

Meine Damen und Herren, ich bin seit Bestehen des Verbands Region Stuttgart von Anfang an als Fraktionsvorsitzender dort tätig. In aller Befangenheit sage ich Ihnen: Auch dort ist hervorragende Arbeit geleistet worden. Ich habe aber nie damit hinter dem Berg gehalten, dass für mich – ich sage es einmal vorsichtig – noch lange nicht entschieden ist, ob das Karlsruher Reformmodell nicht das viel modernere ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In der Wirtschaft ist es viel moderner, zu vernetzen und zu integrieren. Warum sollte das nicht auch in der regionalen Zusammenarbeit so sein? Auch regionale Grenzen „stimmen“ nicht immer, sondern müssen projekt- und aufgabenbezogen sein. Wenn Sie den Verkehr regeln, haben Sie ein anderes Einzugsgebiet, als wenn Sie zum Beispiel den Tourismus oder die Abfallwirtschaft regeln. Dort ist projektbezogene, aufgabenbezogene Vernetzung meines Erachtens ein hervorragender Ansatzpunkt.

Zweitens: Natürlich vermeidet die Region Karlsruhe das, was die regionale Entwicklung ansonsten insgesamt lähmt, nämlich die zwingende, schnelle Durchführung einer Verwaltungsreform – indem man gar keine neue Verwaltungsebene schafft, auch nicht im Ansatz.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich bin schon der Meinung, dass wir um eine Verwaltungsreform nicht herumkommen werden. Aber eine regionale Entwicklung, die auf Gedeih und Verderb, Zug um Zug mit dieser schwierigen Aufgabe verbunden ist, hemmt die Regionalentwicklung selbst. Insofern muss ich sagen: Ich wünsche im Namen meiner Fraktion der Regionalpolitik hier in Karlsruhe und der hiesigen Entwicklung aus vollem Herzen viel Glück und sage ihr volle Unterstützung zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Karlsruher Abgeordnete möchte ich am Anfang anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des Landes einfach sagen: Das Land Baden-Württemberg hat sich bewährt. Wer heute noch einem badischen Separatismus das Wort redet, gehört zu den Ewiggestrigen. Baden-Württemberg braucht selbstverständlich auch eine starke Hauptstadt. Der Kopf unseres Landes, die Hauptstadt, muss je-

doch auf starken Schultern ruhen. Die starken Schultern sind die Regionen in Baden-Württemberg, in ihrer ganzen kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt. Dazu gehört insbesondere auch die Region Karlsruhe als eine der stärksten Regionen in unserem Bundesland.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Die Stadt Karlsruhe ist das Herz der hiesigen Technologieregion. Die Region Karlsruhe ist nicht nur wirtschaftlich stark, sondern auch schön und liebenswert. Hier kommen in idealer Weise Natur und Kultur, technische Innovation und auch wirtschaftlicher Erfolg zusammen. Sie merken, meine Damen und Herren, auch für mich ist es wichtig, klar herauszustellen, was wir an unserer Region schätzen und wofür wir diese Region würdigen.

Herr Fischer hat es bereits gesagt, Herr Vetter hat es ebenfalls angesprochen: In der Region Karlsruhe haben wir einen hervorragenden öffentlichen Nahverkehr. Der ÖPNV in Karlsruhe ist ein Vorzeigemodell

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr wahr!)

für ganz Europa. Die Stadt Straßburg hat sich bei der Einrichtung ihres Verkehrsverbunds am öffentlichen Nahverkehr in Karlsruhe orientiert. Deshalb sage ich, Herr Abg. Vetter, es kann nicht sein, dass wir hier nun erneut das Thema Straßenplanung angehen und, nachdem wir in Karlsruhe intelligente Lösungen im Verkehrswesen gefunden und entwickelt haben, gleichzeitig noch eine Nordtangente bauen wollen. Der Flächenverbrauch, den wir in Baden-Württemberg haben, entspricht 25 Fußballfeldern am Tag. Dieser Flächenverbrauch findet überall statt und würde auch hier noch weiter voranschreiten, wenn wir in Karlsruhe die Nordtangente bauen würden. Wir als Grüne lehnen dies ab und sagen: Wir brauchen intelligente Verkehrslösungen auch in der Technologieregion Karlsruhe.

(Beifall bei den Grünen)

Es wurde schon angesprochen, dass wir in der Technologieregion Karlsruhe eine Bruttowertschöpfung haben, die weit über dem Durchschnitt in Baden-Württemberg liegt. Auch europaweit nehmen wir damit eine Spitzenposition ein. Der Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt hier bei 376 von 1 000 Einwohnern – auch das übersteigt den Durchschnitt in Baden-Württemberg. Schließlich wurde die Technologiefabrik in Karlsruhe angesprochen. In 17 Jahren wurden hier 3 000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Herr Kollege Vetter hat den europäischen Förderpreis für innovative Regionen angesprochen. Für uns in der Technologieregion ist es wirklich sehr bedeutsam, dass nicht nur Stuttgart, sondern auch Karlsruhe einen Förderpreis als innovative Region bekommen hat. Es waren nur 15 europäische Städte, die diesen Förderpreis erhalten haben. Im Internet ist nachzulesen, dass die Technologieregion Karlsruhe diesen Förderpreis für die höchste Effizienz und für die höchste Konzentration an Forschern und Studierenden auf engstem Raum bekommen hat. Die höchste Forscherdichte und damit auch die höchste Effizienz, das größte Entwick-

(Renate Rastätter)

lungspotenzial liegt hier in der Technologieregion Karlsruhe.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Wofür hat Stuttgart diesen Preis bekommen? Stuttgart erhielt ihn als eine der stärksten Hightechregionen in Europa und als eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Wenn man dies nun in Rechnung stellt, muss man sagen: In Baden-Württemberg gibt es zwei gleichwertige Regionen. Karlsruhe braucht sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Wir müssen dagegen sehr viel mehr mit unseren Pfunden wuchern. Meine Devise lautet deshalb – und dies schon lange –: Nicht jammern, sondern trommeln!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der
FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut!)

Wir können mit großem Selbstbewusstsein auf die Landesregierung in Stuttgart zugehen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Heiterkeit)

und können vor allem eine angemessene Förderung erwarten. Wir brauchen nicht zu betteln, sondern können in Stuttgart auf einer angemessenen Förderung bestehen.

Ich sage dazu: Aus unserer Sicht gibt es keine wirklich aktive Strukturpolitik in diesem Land.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Nun werden natürlich Mittel verteilt, und ich bin sicher, dass der Herr Ministerpräsident, wenn er hierzu etwas sagt, uns stundenlang Statistiken vortragen würde, wie gerecht die Fördermittel in ganz Baden-Württemberg verteilt sind. Aber dies ist nicht das Thema. Zu einer gezielten Strukturförderung gehört auch eine gezielte Strukturpolitik, die sich an den Besonderheiten der jeweiligen Region orientiert.

Wir kritisieren hier insbesondere, dass es einen Unterschied im Status der Projekte gibt, die gefördert werden. Wir Grüne kritisieren als Einzige im Land Stuttgart 21 als ein Milliardengrab. Wir kritisieren, dass hier Mittel eingesetzt werden für ein Prestigeobjekt, das wenig bringt,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

und dass diese Mittel nicht anderweitig für eine aktive Strukturpolitik im Land zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich denke daran, wie es bei den Haushaltsberatungen zugeht, als über die Fördermittel für die Messe Stuttgart gesprochen wurde. Ohne dass mit der Wimper gezuckt wurde, wurde mit größter Selbstverständlichkeit der Förderbeitrag für die Messe Stuttgart von 120 Millionen € auf 240 Millionen € erhöht – und das in einem Haushalt, der extrem eng war, in einem Haushalt, in dem um jede Mark für die Bildung gefeilscht werden musste. Ich muss hinzufügen: Als es darum ging, auch Mittel bereitzustellen für die dringend notwendige Kinderbetreuung, für Ganztagschu-

len in Baden-Württemberg, für Ethikunterricht, als es um wichtige elementare Zukunftsaufgaben dieses Landes ging, wurden in diesem Haushalt, ohne mit der Wimper zu zucken, zusätzliche 120 Millionen € für die Stuttgarter Messe bereitgestellt. Dies ist aus unserer Sicht eine Fehlentscheidung und keine gute Strukturpolitik für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Gleichzeitig muss ich auch sagen: Diese Mittel sind auch insofern nicht gerechtfertigt, als es keine Landesmesse gibt. Das ist eine ganz verquere Argumentation. Denn hier handelt es sich um die Messe Stuttgart und nicht um eine Landesmesse. Die Messe Stuttgart ist auch eine Regionalmesse, und insofern ist es auch nicht gerechtfertigt, gegenüber den anderen Regionalmessen einen solchen Unterschied zu machen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Karlsruhe wird mit 15 % Landeszuschuss abgespeist; das sind 22,5 Millionen €. Solange für die Messe Stuttgart in diesem riesigen Umfang Mittel bereitgestellt werden, müssen wir darauf bestehen, dass die Messe Karlsruhe mit 25 % gefördert wird. Solange das so ist, unterstütze ich das Anliegen der Stadt Karlsruhe, 37,5 Millionen € für die Messe zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Meine Damen und Herren, wir können auch gerne darüber diskutieren – dazu ist meine Fraktion selbstverständlich bereit –, inwieweit es überhaupt konsequent und richtig ist, das Messewesen bei den derzeitigen Haushaltslagen mit derart gigantischen Summen zu fördern, und inwieweit nicht auch die Wirtschaft stärker in die Pflicht genommen werden muss,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

weil wir auch Mittel für andere wichtige Zukunftsaufgaben des Landes brauchen. Aber solange Sie sich einer solchen Diskussion verweigern, bestehe ich darauf, dass die Messen vor Ort stärker gefördert werden müssen als bisher.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist eine große Bandbreite!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich in dieser ersten Runde darauf beschränken, diese Bilanz zu ziehen, und möchte in der zweiten Runde noch kurz auf die Perspektiven aus grüner Sicht eingehen.

(Abg. Drexler SPD: Wir machen doch keine zweite Runde!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt macht der Hauk eine zweite Runde! Der hat schon über eine halbe Stunde geschwätzt!)

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei, drei Themen reizen natürlich schon ein Stück weit zum Widerspruch.

Herr Kollege Fischer, wenn Sie bei den Messen – um damit anzufangen – endlich einmal mit der Mär aufhören würden, die SPD sei hier der Heilsbringer der Nation! Ich will nur eines sagen: Wir haben im Zuge der Diskussion „Förderung der Regionalmessen“ ursprünglich einen von allen akzeptierten Fördersatz von 10 % gehabt

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

und haben dann im Lichte der Diskussion auch der Landesmesse diesen Fördersatz für alle einheitlich auf 15 % angehoben. Da waren Sie nicht an Bord, sehr geehrter Herr Kollege Fischer. Wo waren Sie zu dem Zeitpunkt?

(Abg. Drexler SPD: Wo? Wo?)

Sie haben den letzten Haushalt angesprochen, und Sie wollten dann noch einen Nachschlag haben, erwähnen aber nicht die Vorgeschichte, um die es dabei ging.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Frau Kollegin Rastätter, wenn Sie auf die Messe Stuttgart hinweisen, dann trifft das einen Teil der Wahrheit, aber nur einen Teil. Denn bei der Messe Stuttgart – das mögen Sie nicht mittragen wollen, das ist okay – handelt es sich eben um die definierte Landesmesse, was auch von der Größenordnung her in Ordnung und normal ist. Das hat im Übrigen auch im Grundsatz niemand bestritten. Wenn wir ein einiges, vielfältiges Baden-Württemberg wollen, dann brauchen wir auch den Mut, uns in einigen bestimmten Bereichen einheitlich nach außen darzustellen und das auch in der nötigen Größenordnung zu tun,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

die sich eben von der regionalen Profilierung ein Stück weit abhebt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb sage ich klipp und klar: Wir bekennen uns in der CDU-Fraktion zur Landesmesse auf den Fildern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir bekennen uns genauso zur regionalen Profilierung draußen in den Regionen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Denn das ist die Stärke Baden-Württembergs, ohne die wir in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gar nicht weitergekommen wären.

(Abg. Göschel SPD: Ohne Geld! – Abg. Drexler SPD: Der gibt nichts!)

Herr Kollege Fischer, Sie haben dann versucht, Wasser in den Wein zu gießen, indem Sie Gewerbesteuerentwicklungen nach Fusionen und dergleichen angesprochen haben. Ich nenne als ein weiteres Ergebnis einer, wie ich meine, gelungenen Fusionspolitik die Energie Baden-Württem-

berg mit Sitz in Karlsruhe, mit Gewerbesteuer für Karlsruhe.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

Ich will das nur der Vollständigkeit halber erwähnen, damit auch da mit der Mär ein Stück weit aufgeräumt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine verehrten Damen und Herren, die Kollegin Rastätter hat sich gegen die Karlsruher Nordtangente – es ist ja bei den Grünen nichts Neues, dass man sich gegen alles, was Verkehrsinfrastruktur heißt, ausspricht –

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und gegen Stuttgart 21 ausgesprochen. Aber ich vermute, Frau Kollegin Rastätter, Sie werden gegen die Magistrale von Paris über den mittleren Oberrhein nach Stuttgart und München und weiter bis Budapest nichts haben. Das vermute ich einmal von Ihnen als zumindest angebliche Bahnfreundin. Wer aber eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur haben will, muss diese Schieneninfrastruktur dort ertüchtigen, wo sie Schwachstellen hat. Der Kopfbahnhof in Stuttgart ist halt die Schwachstelle für den Schienenfernverkehr in Baden-Württemberg. Deshalb muss diese Schwachstelle beseitigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer leistungsfähige, schnelle Verbindungen in diesem Land von Süd nach Nord und von Ost nach West will, der muss bereit sein, dort zu investieren, wo es Schwachstellen gibt, weil dies – und das sage ich als Nicht-Stuttgarter, als Badener – dem gesamten Land dient und nützt und nicht nur einer Region oder einer Stadt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Hauk CDU: Aber gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

(Abg. Blenke CDU: Das gibt keinen Applaus!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht nicht um Applaus, Herr Blenke.

Herr Kollege Hauk, ist Ihnen bekannt, dass für Züge aus dem Raum Baden das Projekt Stuttgart 21 einen erheblichen Engpass darstellt, weil die Zufahrt über Zuffenhausen nur zweigleisig ist im Unterschied zu jetzt, wo sie viergleisig ausgeprägt ist, und dass insofern die Gefahr besteht, dass gerade die von Ihnen zitierte Magistrale ganz erheblich beeinträchtigt wird, dass also der Engpass jetzt noch gar nicht vorhanden ist und erst durch Ihr Projekt Stuttgart 21 geschaffen wird? Ist Ihnen das bekannt?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Palmer, der Engpass besteht eindeutig nicht bei den Zubringerwegen, sondern er besteht im Kopfbahnhof,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau so ist es!)

(Hauk)

und mit einer verringerten Bahngleiszahl in Stuttgart haben wir automatisch auch die Engpässe in diesem Bereich beseitigt. Wir brauchen derzeit eine Vierspurigkeit, weil die Züge in Stuttgart wenden müssen. Das ist doch der Grund dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun! Keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Dr. Vetter hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, wie sich die Technologieregion Karlsruhe entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Er hat das Thema Bruttowertschöpfung genannt. Man könnte andere Beispiele – Dienstleistungsanteile etc. – mit anführen. Worauf es ankommt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch Folgendes: Dass es in Baden-Württemberg alle Möglichkeiten des Wettbewerbs und der Profilierung gibt, ist doch das Entscheidende. Das ist das, was dieses Land Baden-Württemberg im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern, auch zu dem manchmal sogar überschätzten Nachbarn Bayern, so stark macht. In Baden-Württemberg gibt es, von Baden 1848/49 ausgehend, ein freiheitliches Gedankengut, das den Wettbewerb mit einschließt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir lassen den Regionen und den Kommunen vor Ort die Freiheit, sich zu entwickeln, und unterstützen sie dort, wo sie es nötig haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Herr Kollege Fischer, Sie haben sich zum Schluss ein Stück weit selber entlarvt, als Sie sagten: „Die ganzen Dinge muss man ja dann kontrollieren. Das muss man wieder herunterzonen. Die Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten wollen wir vereinheitlichen, zum Beispiel durch ein entsprechendes Regionalparlament oder wie auch immer.“

(Abg. Fischer SPD: Das ist ja gar nicht wahr!)

Herr Kollege Fischer, Sie haben den Ansatz nicht verstanden. Sie können ihn nicht verstehen, weil die SPD schon immer eine zentralistisch orientierte Partei war

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

und weil Sie sich gar nicht vorstellen können, dass sich Menschen subsidiär organisieren

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

und dass man Wettbewerb auch als Chance begreifen kann. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die vergangenen drei Jahre rot-grüner Bundespolitik haben das bestätigt, weil Sie alles, was an Initiativen da ist, im

Keim ersticken und jeglichen Wettbewerb verhindern wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb sage ich ganz bewusst: Wir haben in Baden-Württemberg einen anderen Weg gewählt, ich persönlich mit schwerem Herzen in der Region Stuttgart, weil ich sagen muss, die Region Stuttgart hätte auch in freiwilliger Kooperation alle Möglichkeiten gehabt. Sie hat sie nicht genutzt. Um dem Land nicht zu schaden, haben wir in Stuttgart einen anderen Weg gewählt, nämlich den Verband der Region Stuttgart. Aber wir haben bewusst allen anderen Regionen alle Möglichkeiten offen gelassen.

(Abg. Drexler SPD: Nicht alle!)

Das halte ich auch für richtig, weil wir dort, wo die Dinge funktionieren – beispielsweise hier am mittleren Oberrhein, in der Region Unterer Neckar, im Nordschwarzwald –, keinen Staatsdirigismus und keine Bürokratie brauchen,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

sondern wir brauchen die gute nachbarschaftliche Kooperation, das Zusammenspiel, damit sich dieses Land Baden-Württemberg weiterentwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist – ich sage es noch einmal zusammenfassend – der grundlegende Unterschied zu Ihren politischen Einstellungen: Die CDU in Baden-Württemberg in den vergangenen 50 Jahren, davon 49 Jahre in Regierungsverantwortung, steht für Freiheit und Wettbewerb, und Sie stehen für Dirigismus und Gleichmacherei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Zurufe der Abg. Capezzuto und Ursula Haußmann SPD – Abg. Zeller SPD: So ein Geschwätz!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wissenschaftsminister Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Technologieregion Karlsruhe gehört unter den Technologieregionen zu den Spitzenregionen im europäischen Raum. Es ist das Ranking der Barclay's Bank erwähnt worden, das heißt die Wertschöpfung pro Einwohner, nach der Karlsruhe an zweiter Stelle der europäischen Metropolen steht. Man muss sehen, dass Frankfurt nur deshalb vor Karlsruhe liegt, weil es ein Banken- und Flughafenstandort ist. Man könnte sagen, Karlsruhe erwirtschaftet die Spitzenstellung durch die Technologie, Frankfurt hat sie eher geborgt. Karlsruhe ist also in der Tat die europäische Spitzentechnologiestadt,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und dies wesentlich auf Basis der in dieser Stadt und in dieser Region vorhandenen Hochschulen und Forschungs-

(Minister Dr. Frankenberger)

einrichtungen, die vom Land nachhaltig gefördert und begründet worden sind.

Ein großer Vorteil der Technologieregion Karlsruhe ist – darauf hat Herr Dr. Vetter hingewiesen – die Vernetzung zwischen den Akteuren: zwischen den Hochschulen, zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Kommunen. Dies ist eine ideale Organisationsform von Public Private Partnership, die mehr leistet als verordnete Partnerschaft.

Darüber hinaus hat Karlsruhe ein hervorragendes Profil im Technologietransfer, einem Technologietransfer, der einerseits institutionell bedingt ist und andererseits über die Köpfe, das heißt über die hervorragenden Ausbildungsqualitäten der Karlsruher Hochschulen, geht. Dies ist eine Vernetzung, die über den Raum Karlsruhe hinausgeht. Es ist eine Vernetzung, die in das Rhein-Neckar-Dreieck mit den Standorten Heidelberg und Mannheim hineinreicht, aber auch eine Vernetzung mit den französischen und schweizerischen Forschungseinrichtungen, etwa im Rahmen der Kooperation der oberrheinischen Universitäten.

Der Technologietransfer wird in seinem Erfolg besonders deutlich durch den schon genannten European Award of Excellence for Innovative Regions. Dies ist ein Award, der für die innovativen jungen Unternehmen vergeben worden ist. Nach einer Studie des ZEW, des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, gehört Karlsruhe hierbei zu einer der stärksten Regionen in Deutschland, und dies im Wesentlichen aufgrund der technisch ausgerichteten Hochschulen in der Region. Es gibt eine ganz klare Beziehung zwischen Hochschulausrichtung, Hochschulstärke und Unternehmensgründungen in Regionen.

Wenn man sich den Regierungsbezirk Karlsruhe in seinen Strukturdaten ansieht, muss man feststellen, dass 60 % der FuE-Ressourcen von Baden-Württemberg im Regierungsbezirk Karlsruhe liegen. Noch deutlicher wird die Spitzenstellung der Region Karlsruhe bei den FuE-Ressourcen der Hochschulen. Denn für den Hochschulsektor liegen hier am mittleren Oberrhein 80 % der FuE-Ressourcen von Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Andere Regionen haben übrigens nie beklagt, dass hier 80 % der FuE-Ressourcen liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben sechs Hochschulen in der Stadt und in der Region: die Universität und ehemalige Technische Hochschule, die wir als älteste Technische Hochschule in Deutschland ansehen, die Pädagogische Hochschule, die Fachhochschule, die ebenfalls sehr stark technisch ausgerichtet ist. Aber mit der Musik- und Kunsthochschule und mit der Hochschule für Gestaltung zeigt sich auch, dass dies nicht nur eine Technologiestadt und Technologieregion, sondern auch eine Region von Kunst, Kultur und Bildung ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Einschließlich der Studierenden an der sehr erfolgreichen Berufsakademie gibt es hier 26 000 Studierende. Für sie wenden wir 230 Millionen € im Jahr auf. Das sind 13 % der Gesamtausgaben für die Hochschulen von Baden-Württemberg bei einem Bevölkerungsanteil von 10 %. Das heißt, die Region wird in ihren Hochschulen überdurchschnittlich durch das Land gefördert.

Das Herzstück der Hochschullandschaft dieser Stadt und dieser Region sind die ingenieurwissenschaftlich und informatisch ausgerichteten Fakultäten und Fachbereiche der Universität und der Fachhochschulen. Um das Hightechpotenzial der Universität deutlich zu machen, will ich nur einige Institute nennen: das Institut für Werkzeugmaschinen- und Betriebstechnik, das Institut für Rechneranwendung in Planung und Konstruktion oder das Institut für Thermische Strömungsmaschinen. Das Letztgenannte war das Institut von Herrn Kollegen Wittig, der jetzt Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt geworden ist. Dass er das geworden ist, zeigt, dass mit diesem Institut hier eigentlich das Spitzeninstitut in Deutschland liegt. In diesem Institut geht es etwa um Triebwerke für Flugzeuge.

Genauso stark ist der Bereich Automation und Robotik an der Universität, dazu etwa die Bereiche Maschinenbau, Energietechnik und bei der Energietechnik etwa die Brennstoffzellentechnik. Im Bereich der Informatik sind es die Entwicklungen humanoider Roboter, mit denen dieses Institut eine Spitzenstellung in Deutschland erreicht hat.

An Drittmitteln werben die Hochschulen dieser Region pro Jahr zwischen 100 Millionen DM und 130 Millionen DM, also zwischen 50 Millionen € und 65 Millionen €, ein. Auch das ist eine Spitzenstellung. Dies sehen wir dann an der leistungsbezogenen Mittelverteilung an die Hochschulen, aus der Karlsruhe in besonderem Maße profitiert.

Wir haben als Land wegen des hohen Bedarfs an Informatikabsolventen und wegen der starken Stellung von Karlsruhe im Bereich der Informatik hier noch einmal nachhaltig in die Informationstechnologie der Hochschulen investiert. Die Fakultät für Informatik der Universität Karlsruhe liegt bei den Rankings regelmäßig auf Platz 1, sei es in der „Computerwoche“, im „Stern“ oder im „Focus“.

Wir haben mehrere neue C-4-Professuren für vorgezogene Berufungen an der Fakultät geschaffen. Die Fakultät profitiert wesentlich vom Informatikausbauprogramm, zu dem auch die Universität 50 % der Mittel beiträgt. Und wir haben einen neuen Lehrstuhl für einen neuen Bachelor-Studiengang – darüber haben wir ja gestern gesprochen –, nämlich für Informationswirtschaft, an der Universität Karlsruhe geschaffen.

Die starke Stellung dieser Universität und der Technologieforschung wird auch dadurch belegt, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der ersten Tranche der Einrichtung von Forschungszentren – das sind neue Förderungsstrukturen, die noch über den Sonderforschungsbereichen anzusiedeln sind – das Forschungszentrum Nanotechnologie an der Universität hier in Karlsruhe errichtet hat. Dort geht es um funktionelle Nanostrukturen. Dieses Zentrum wird von der Universität und vom Land mit über 10 Millio-

(Minister Dr. Frankenberger)

nen € über vier Jahre zusätzlich zu den DFG-Mitteln gefördert. Das zeigt auch, wie wichtig die Infrastruktur ist und wie wichtig die Mittel sind, die wir geben, um Mittel – etwa von der Deutschen Forschungsgemeinschaft – einzuwerben. Das zeigt auch, wie wichtig eine vernünftige Struktur- und Entwicklungsplanung für die Hochschulen ist, um solche Schwerpunkte zu fördern.

Daneben gibt es hier an der Universität sieben Graduiertenkollegs, sechs Forschergruppen der DFG und zehn Sonderforschungsbereiche. Dies ist bisher mit ca. 85 Millionen DM gefördert worden.

Die Erfolge im Wettbewerb mit anderen deutschen Forschungseinrichtungen belegen für die Universität, für die Technische Hochschule ihre Spitzenstellung in Deutschland. Wir sind froh, dass wir mit Stuttgart und Karlsruhe zwei spitzen Technische Hochschulen im Land haben, auf denen die Wirtschaft dieses Landes basieren kann.

Die Fachhochschule Karlsruhe ist übrigens die größte Fachhochschule Baden-Württembergs. Diese Fachhochschule ist ein sehr wichtiger Akteur. Sie hat ein Zentrum für Innovation und Transfer für die Bereiche angewandte Informatik, intelligente Messsysteme, Sensortechnologie, Bau-, Umwelt- und Verfahrenstechnik errichtet. Dies ist ein exzellenter Transferbereich, und sie bietet eine exzellente Ausbildungsqualität. Wir fördern die Informatik an der Fachhochschule ebenfalls im 2. Informatikausbauprogramm.

Karlsruhe ist nicht nur durch die Hochschulen stark, sondern auch durch die außeruniversitären praxisorientierten Forschungseinrichtungen. Dazu gehört das Forschungszentrum Karlsruhe. Es ist das größte in Baden-Württemberg und eines der größten Forschungsinstitute in Deutschland überhaupt. Dazu gehört auch das Forschungszentrum Informatik. Dies belegt noch einmal, dass Karlsruhe eigentlich der Spitzenstandort für Informationstechnologie in Wissenschaft und Forschung in Deutschland ist. Hier befinden sich auch drei Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und ein Energieforschungsinstitut der EdF in Kooperation mit der Universität, das in Verbindung mit der Privatisierung der Elektrizitätsversorgung als eine Gegenleistung der EdF hier errichtet worden ist.

Der Technologietransfer ist ein wesentlicher Erfolgsgarant für die vielen Unternehmensneugründungen, die hier in Karlsruhe stattgefunden haben. Es gibt eine vorbildliche Initiative des Technologietransfers, die KEIM genannt wird. Diese ist vom BMBF nachdrücklich gefördert worden und ist eine vorbildliche Einrichtung eines Netzwerks zwischen den Hochschulen und den Unternehmen. Aus dieser Initiative KEIM haben sich 130 junge Unternehmen mit heute ca. 800 Beschäftigten ausgegründet. Das ist eine hervorragende Bilanz.

Karlsruhe ist auch der Sitz des Technologie- und Lizenzbüros für alle baden-württembergischen Hochschulen. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Patent- und Lizenzberatung der Hochschulen verbessert wird und dass die Patente und Lizenzen vor allem besser vermarktet werden, auch zum finanziellen Vorteil der Hochschulen. Karlsruhe war schon vorher ein Zentrum als Verwertungseinrichtung

und vorbildlich in der Schaffung dieser Verwertungseinrichtungen.

Wichtig für den Standort Karlsruhe ist nicht nur die Forschung. Wichtig sind auch Ausbildung und Lehre. Denn aus den Köpfen heraus entsteht das zukünftige Potenzial für diese Technologieregion. In der Modernisierung des Studienangebots, also etwa der Einrichtung von Bachelor- und Master-Studiengängen, erhielt die Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität einen Preis des Stifterverbands, weil sie hier von allen deutschen geisteswissenschaftlichen Fakultäten am weitesten ist.

Für die Lehre und für die Forschung an den Hochschulen konnten in jüngster Zeit vier Stiftungsprofessuren neu errichtet werden, darunter etwa die Stiftungsprofessur Entrepreneurship, die das Ausgründungsklima – das Klima, neue Unternehmen zu schaffen – und den Unternehmergeist für die Absolventen der Hochschulen schafft. Dies alles geschieht in Public Private Partnership. Ich glaube, dass dies besser ist, als wenn wir hier verordnete Strukturen geschaffen hätten. Denn gerade auch der Lehrstuhl Entrepreneurship mit seiner Besetzung zeigt, wie sehr sich privates Engagement positiv auf die Gründungskultur, auf die Unternehmensgründungen und damit auf die Wirtschaftskraft der Region auswirkt.

Auch die Fachhochschule in Karlsruhe hat inzwischen mit zwölf Bachelor-Studiengängen bewiesen, dass sie in der Modernisierung des Studienangebots weit vorn liegt.

An der Berufsakademie haben wir in der letzten Zeit ca. 300 neue Studienplätze geschaffen, vor allem in den Bereichen Wirtschaftsingenieurwesen, Technik, Wirtschaft, Informatik und Medien. Dazu kommen neue Spitzenlastkurse, weil die Nachfrage nach Studienplätzen an der Berufsakademie nach wie vor steigt. Auch dies zeigt die enge Verbindung zwischen den Hochschuleinrichtungen und der Wirtschaft hier in der Region Karlsruhe.

Karlsruhe ist auch ein besonders positives Beispiel für die Innovation der Lehre im Hinblick auf die neuen Medien. Nirgendwo sonst gibt es einen so starken Einsatz neuer informationstechnischer Medien in der Lehre und der Weiterbildung. Karlsruhe ist der Standort des Projekts ViKar. Das hat nichts mit Theologie zu tun, sondern mit virtueller Lehre und stellt ein Beispiel für den Einsatz der neuen virtuellen Medien in der Weiterbildung und im Fernstudium dar.

Aber Karlsruhe ist nicht nur ein Standort von Wissenschaft und Forschung – und zwar wahrscheinlich der exzellenteste Standort in Europa –, sondern es ist auch ein Kulturstandort. Kultur ist ein wesentlicher weicher Faktor gerade für einen Wissenschaftsstandort. Dies belegt die Pädagogische Hochschule mit ihrem Europalehramt. Denn ein Wissenschaftsstandort von heute, ein Technologiestandort, der an der Spitze in Europa steht, muss ein mehrsprachiger Standort sein. Dafür müssen auch die Lehrer entsprechend ausgebildet werden, wozu die hiesige Pädagogische Hochschule ganz wesentlich beiträgt.

Kultur und Wirtschaft sind in Karlsruhe auf das Engste verbunden. Im Bereich der Kultur arbeiten hier 2,8 % der Beschäftigten. Das ist mehr als im Bau- oder Bankensek-

(Minister Dr. Frankenberger)

tor. Der Karlsruher Kulturamtsleiter Dr. Heck hat ausgeführt: „Die starke Position von Karlsruhe in der Standortkonkurrenz wird durch ein interessantes Kulturangebot ebenso gestützt wie durch einen Gleisanschluss.“ Man könnte aus Mannheimer Sicht sagen: Für Mannheim gilt das Gleiche, aber in umgekehrter Reihenfolge.

Die kulturelle Infrastruktur ist wesentlich für den Standort und für die Attraktivität des Standorts. Das Land fördert das Badische Staatstheater mit ca. 23 Millionen € pro Jahr. Sie haben gestern das Zentrum für Kunst und Medientechnologie kennen lernen können, sofern Sie es noch nicht gekannt haben. Wir haben die Zuschüsse für dieses Zentrum gemeinsam mit der Stadt für 2002 bis 2006 um jeweils 2 Millionen € auf 20 Millionen € erhöht. Weitere 33 Millionen € pro Jahr fließen in folgende Karlsruher Kultureinrichtungen: in die Badische Landesbibliothek, die Musikhochschule, die Kunstakademie, die Hochschule für Gestaltung, das Naturkundemuseum, die Staatliche Kunsthalle und das Badische Landesmuseum. Sie sehen, dass hier die volle Breite der Kultureinrichtungen der badischen Hauptstadt erhalten geblieben ist und weiter nachhaltig gefördert wird. Dazu kommen Sonderförderungen, zum Beispiel für die große Landesausstellung „Spätmittelalter am Oberrhein“ oder die Europäischen Kulturtage.

Karlsruhe ist eine Spitzentechnologieregion. Karlsruhe ist aber auch eine Kunst-, Kultur- und Bildungsstadt. Karlsruhe ist dies durch die Eigeninitiative der Bürger, durch Public Private Partnership, durch die Tradition in Karlsruhe, auch durch die demokratische Tradition. Aber die Region und die Stadt sind es auch durch die hohen Investitionen des Landes Baden-Württemberg in diese Stadt und in diese Region. Wir, die Landesregierung, stehen zu diesen hohen Investitionen und werden diese Spitzentechnologieregion in Europa weiter nachhaltig fördern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Kurz!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist mir eine Aufforderung. Aber Sie kennen mich ja. Ich rede immer kurz und zur Sache und, soweit es geht, präzise.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das kann man erst am Schluss sagen!)

Ich werde mich auf die Perspektiven für die Technologieregion Karlsruhe konzentrieren. In dem knochenharten Wettbewerb der Regionen in unserem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit ist es wichtig, dass sich die jeweilige Region auf ihr Alleinstellungsmerkmal konzentriert, es ausbaut und dieses auch herausstellt. Das Alleinstellungsmerkmal der Technologieregion Karlsruhe steckt schon in der Bezeichnung. Es ist eben die hervorragende Technologie in all ihren Bereichen. Alle Vorredner haben das gesagt, und auch auf die Ausführungen von Herrn Minister Frankenberger möchte ich mich da beziehen.

Es geht darum – das ist jetzt wichtig –, dass dieses Alleinstellungsmerkmal auch herausgestellt wird. Ich finde, es ist ein Vorteil – Herr Abg. Hofer hat auch darauf hingewiesen –, dass diese regionale Einigkeit hier in der Region, diese – ich will es einmal so sagen – demonstrative regionale Einigkeit ein Standortvorteil ist, und insbesondere, dass das nicht verordnet ist. Das ist für mich ein urliberaler Ansatz. Ich beobachte auch voller Spannung, ob das nicht besser ist als etwas, das immer von oben verordnet ist. Das zog sich ja auch wie ein roter Faden durch Ihre Ausführungen, Herr Abg. Dr. Vetter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich habe mich auch umgehört. Mir haben schon einige Marketingexperten gesagt, dass das Regionalmarketing der Region noch verbessert werden kann, und zwar nach dem Motto: Tue Gutes und rede auch darüber.

Ich glaube, dass hier auch etwas unter einem Gesichtspunkt, der in der Debatte noch nicht angesprochen worden ist, getan werden muss. Es ist ja auch wichtig, dass die Region hoch qualifizierte Arbeitskräfte nicht nur ausbildet, sondern auch hier hält.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Es muss vielleicht noch stärker herausgestellt werden, wie wichtig und gut diese Region ist, damit die Arbeitskräfte auch hier bleiben.

Zu den Aktivitäten des Landes, insbesondere des Wirtschaftsministeriums: Wir werden die anteilige Förderung des Forschungszentrums Karlsruhe mit immerhin jährlich rund 25 Millionen € fortsetzen. Die Bedeutung dieses Zentrums hat der Minister herausgestellt. Wir werden auch – wir tun es ja – den Neubau des ICT in Pfinztal, das auch ein sehr wichtiges Institut ist, das ich hier einmal lobend erwähnen möchte, fortführen.

Es gibt – jetzt bin ich wieder bei den Arbeitsplätzen und den Arbeitskräften – eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen KEIM und dem Gründerverbund im Cyber-Forum. Da werden ja Existenzgründungen vorbereitet. Auch das ist hervorragend; das ist bereits gesagt worden. Wir fördern das. Wir fördern nicht KEIM, aber wir fördern den Gründerverbund im Cyber-Forum in der zweiten Modellphase, die bis August des Jahres 2002 läuft, mit immerhin 376 000 €. Wir haben beschlossen, auch die dritte Modellphase, die im September dieses Jahres beginnt und bis August 2004 gehen wird, mit 288 000 € zu fördern, und hoffen, dass dann der Gründerverbund im Cyber-Forum so weit ist, dass er auch auf eigenen Füßen gehen kann. Das ist auch ein ganz wichtiges Instrument zur Weiterentwicklung der Technologieregion Karlsruhe.

Zu den Perspektiven gehört natürlich auch die neue Messe Karlsruhe. Es stehen noch – damit wir die Fakten haben – die Entscheidung des Ministerrats und auch die Entscheidung des Wirtschaftsausschusses des Landtags zu den Messen Karlsruhe, Sinsheim und Friedrichshafen aus. Fakt ist, dass schon vor zwei Jahren eine gutachterliche Untersuchung, die übrigens das WM in Auftrag gegeben hatte, zu dem Ergebnis kam, dass die Messe Karlsruhe überwie-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

gend überregionale, zum Teil sogar internationale Bedeutung, wenn man in Richtung Frankreich schaut, hat, sodass hier ein erhöhter Fördersatz von 15 % infrage kommen sollte. Damals lag nämlich der Regelfördersatz noch bei 10 %. Nun geht es um Mehrkosten. Wie gesagt, vorbehaltlich der Entscheidungen des Ministerrats und des Wirtschaftsausschusses sollen auch diese Mehrkosten mit 15 % gefördert werden. Ich kann – wie gesagt, vorbehaltlich der Entscheidung – sagen, dass von dieser zweiten Runde, der Erhöhungsrunde für die drei genannten Messen, 70 % der Messe Karlsruhe zugute kommen sollen. Von einer Herabstufung kann also überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Frau Abg. Rastätter, ich darf nur auf Folgendes hinweisen: Das Gesetz, das der Landtag beschlossen hat, heißt „Gesetz für eine Landesmesse“ und nicht „Gesetz für eine Messe Stuttgart“. In diesem Gesetz ist vom Landtag der neue Baubedarf festgestellt worden.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Noch ein Hinweis: Wegen der Bedeutung der Infrastruktureinrichtung für das gesamte Land ist die Landesregierung mit 50 % hier eingestiegen. Es ist also nicht miteinander zu vergleichen.

Herr Abg. Fischer, das Hauptziel der Bankenfusion und der Rundfunkfusion war, die Schlagkraft gegenüber den anderen Wettbewerbern in Deutschland zu stärken. Das ist gelungen. Wenn diese Fusionen nicht gekommen wären, wäre doch die Gefahr, dass die einzelnen Institute im Wettbewerb zurückfallen und damit viel mehr Arbeitskräfte verloren gehen, viel größer als jetzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Hauptziel der Fusion war Synthese und Stärkung der Wettbewerbskraft. Darum geht es doch.

Ein Hinweis zum Baden-Airport: Zwei Drittel der Finanzierung stammen vom Flughafen Stuttgart. Zur Konversion: Das Umwelt- und Verkehrsministerium gibt 25 Millionen DM, und das Wirtschaftsministerium gibt Zinszuschüsse – nur um noch einmal herauszustellen, was wir dort tun.

Als letzter Punkt zur Perspektive: Die Technologieregion Karlsruhe liegt mitten in Europa, mitten im Europäischen Binnenmarkt. Auch das ist ein Standortvorteil, ein Wettbewerbsvorteil. Deswegen ist die Zusammenarbeit im PAMINA-Raum sehr gut. Deswegen ist auch die Oberreinkonferenz gut. Deswegen ist auch gut, dass es hier ein Netzwerk der Wirtschaftsförderungen von neun europäischen Städten gibt, das bis Russland und bis Finnland reicht. Ich kann das als Wirtschaftspolitiker nur unterstützen. Das sind alles Perspektiven, die, wie ich meine, für die Technologieregion Karlsruhe sehr gut sind.

Das, was gestern schon in der Debatte über Europa gesagt worden ist, ist richtig: Unser Land ist nur so stark wie die Summe seiner Regionen. Die Technologieregion Karlsruhe ist ein ganz wichtiger Part unter diesen Regionen und spielt

eine sehr wichtige Rolle. Das Land weiß das und wird seiner Verantwortung auch gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Hervorragend!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung, ebenfalls eine Aktuelle Debatte, auf:

Aktuelle Debatte – Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider ist der Herr Ministerpräsident gerade hinausgegangen. Ich hoffe, dass er nachher an der Debatte teilnimmt. Vor zwei Tagen hat er angemahnt, den Jugendschutz nicht zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen zu machen. Wir hätten uns diese Aussage des Herrn Ministerpräsidenten schon vor einigen Monaten gewünscht, als die Auseinandersetzung über das Waffengesetz in diesem Land von Teilen der Landesregierung und von Teilen der CDU-Fraktion sehr unfair bis polemisch geführt worden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Staatssekretär im Innenministerium Rech hat auf dem Landesschützentag gesagt

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– ich komme schon auf die Spielhallen, Herr Kollege; für einen Zahnarzt ist es schwierig, das zu verstehen, aber es hat etwas mit Jugendschutz zu tun –:

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Waffenrechts ist trotz einiger Nachbesserungen immer noch unbefriedigend und lässt die berechtigten Interessen der legalen Waffenbesitzer wie Sportschützen, Waffensammler oder Jäger außer Acht.

Das war vor Erfurt.

Oder: Der Landtagsabgeordnete Zimmermann, Mitglied der CDU-Fraktion,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

sagte, der Gesetzentwurf sei eine Zumutung für die legalen Waffenbesitzer wie Jäger oder Sportschützen und die Waffenwirtschaft. Das war vor Erfurt.

Oder: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz:

Wir werden auch künftig sorgsam darauf achten, dass Sportschützen, Jäger und Waffensammler nicht zu Opfern rot-grüner Ideologieattacken werden.

(Drexler)

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. La-sotta CDU)

– Da klatschen Sie auch noch. Folgen Sie doch dem Rat des Herrn Ministerpräsidenten, es nicht zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung zu machen. Sie haben nach Erfurt alles abgeräumt. Und jetzt frage ich Sie: Warum wollen Sie in Gottes Namen die Spielhallenöffnungszeiten von bis 22 Uhr auf bis 24 Uhr verlängern? Warum?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Da sind Heranwachsende drin. Wir wissen, dass nicht einmal Kontrollen zur Einhaltung der Altersgrenze von 18 Jahren stattfinden. Gehen Sie doch einmal in solche Spielhallen hinein!

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. der Abg. Dr. Birk CDU und Dr. Noll FDP/DVP)

– Ach ja, dann verbessern Sie die Kontrolle. Wir waren in solchen Spielhallen. Das, was Sie hier erzählen, ist doch alles illusorisch. Auf der einen Seite stehen Glücksspielautomaten, und auf der anderen Seite stehen Schieß- und Bal-lerautomaten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Mit der FDP/DVP rede ich gerade gar nicht, sondern mit der CDU.

Nun bin ich davon ausgegangen, dass nach Erfurt zwischen beiden großen Volksparteien klar war, dass wir die Darstellung der Gewalt, die Killerspielautomaten, zurückdrängen müssen. Das ist unser gemeinsames Ergebnis nach Erfurt. Und Sie verlängern die Spielzeiten!

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat beim Festakt zum Landes-jubiläum Folgendes gesagt:

Wo immer Gewalt als natürliches Verhalten täglich dutzendumfänglich gezeigt wird, wird die Schwelle zur Ge-waltanwendung gesenkt.

Da geben wir dem Herrn Ministerpräsidenten Recht. Warum werden trotzdem die Öffnungszeiten verlängert?

„Es gibt keine Strategie, dass so etwas nicht passiert“, sagt Frau Schavan nach einem Zeitungsbericht. Da geben wir Frau Schavan Recht. Nur, meine Damen und Herren des Kabinetts: Warum werden dann tatsächlich bestimmte Ver-haltensweisen, die aufgrund dieser Spiele hervorkommen, durch eine Verlängerung der Spielzeiten noch gefördert? Warum gibt die Landesregierung von Baden-Württemberg gegenüber der Öffentlichkeit nach Erfurt das völlig falsche Signal, dass man in Baden-Württemberg mehr als bisher mit diesen Killerspielautomaten spielen kann? Das ist doch ein völlig falsches Signal.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich habe mir in den letzten paar Tagen die Mühe gemacht, in solche Spielhallen zu gehen. Das sollten Sie auch einmal machen.

(Abg. Oettinger CDU: Nordrhein-Westfalen!)

Dabei ist mir aufgefallen, dass die Spielhallen selbst teil-weise auf die Ereignisse in Erfurt reagiert und ihre Killerspielautomaten vorübergehend aus dem Sortiment genom-men haben. Daraus schließe ich, dass die Spielhallenbesitzer selbst den Zusammenhang zwischen möglicherweise labilen Jugendlichen und Heranwachsenden und dem, was geschieht, gesehen haben. Nur wissen wir alle nicht, ob das nicht nach einer gewissen Zeit, wenn die Ereignisse von Erfurt lange zurückliegen, wieder kommt. Aber genau so wird es sein; denn dort wurde ja Geld investiert, liebe Kol-leginnen und Kollegen.

Nun muss ich zur FDP/DVP Folgendes sagen: Es soll eine Anhörung durchgeführt werden. Ihr Fraktionsvorsitzender hat in einer Rundfunksendung deutlich gemacht, wie er das sieht: Die Koalitionspartner sind sich einig, es geht ins Ka-binett, dann wird eine Anhörung durchgeführt. Nach dieser Anhörung, nach vier Wochen kann die Verordnung noch vor der Sommerpause in Kraft treten. Das heißt, offensicht-lich spielt die Anhörung überhaupt keine Rolle. Man führt eine Anhörung durch und ist sich jetzt schon sicher, dass die Verordnung mit der Verlängerung der Öffnungszeiten in Kraft treten wird. Eine ganze Reihe von Organisationen wurden gar nicht zur Anhörung angeschrieben. Dies gilt zum Beispiel für den Landesjugendring, obwohl es ver-nünftig wäre, von diesem eine Stellungnahme zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Döring ist jetzt lei-der nicht da. Aber man muss Ihnen von der FDP/DVP das schon vorhalten. Herr Döring hat als Wirtschaftsminister am 9. April Folgendes gesagt:

Wir begrüßen die Änderung der Sperrzeitenregelung im Interesse der Spielhallenbesitzer und hoffen, dass dadurch die Spielhallen stärker frequentiert werden und mehr Umsatz gemacht werden kann.

– Mit Killerspielautomaten und anderen Spielautomaten!

(Lebhafte Unruhe)

Was ist denn das für eine Vorstellung nach den Ereignissen von Erfurt, die Debatte in dieser Art und Weise zu führen!

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Herr Kollege Oettinger, wegen einer Erhöhung des Brut-tosozialprodukts um 1 Promille eröffnen Sie die Chance, dass über 18-Jährige mehr in dieser Geschichte machen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Das ist nicht scheinheilig, überhaupt nicht scheinheilig.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Scheinheilig ist, wenn man Sprüche nach außen macht, aber die Konsequenzen in der praktischen Politik nicht zieht. Das ist scheinheilig!

(Drexler)

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Wir sind nicht in Nordrhein-Westfalen, wir sind in Baden-Württemberg. Ich bin auch nicht für Nordrhein-Westfalen zuständig.

(Zurufe von der CDU)

Der einzige Minister, der offensichtlich das C im Parteinamen noch verinnerlicht, ist Minister Repnik. Der sagt nämlich in der Öffentlichkeit und gegenüber der Zeitung ganz deutlich, dass er den längeren Öffnungszeiten der Spielhallen sehr skeptisch gegenüberstehe. Er macht sich auch Sorgen um die jungen Heranwachsenden im Alter von 18 bis 27 Jahren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir tun das auch.

Herr Ministerpräsident, nach den Ereignissen von Erfurt muss man doch einfach sagen: Es passt nicht ins Bild, die Öffnungszeiten zu verlängern. Nach meiner Meinung müssten Sie hervortreten und sagen, dass für Sie in absehbarer Zeit eine Verlängerung der Öffnungszeiten von bis 22 Uhr auf bis 24 Uhr nicht in Betracht kommt. Dann wäre das kein Thema mehr.

Auf der einen Seite ein Bündnis gegen Gewalt auszurufen – wofür wir auch sind –, den Familien zu sagen, sie sollten sich darum kümmern, dass die Jugendlichen zu Hause keine Gewaltspiele durchführten, während der Staat auf der anderen Seite die Spielhallen bis 24 Uhr öffnet: Das ist die falsche Konsequenz der Politik!

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Lebhaftige Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pauli.

(Lebhafte Unruhe)

– Damit alle es hören und nicht nur sehen: Das Wort erhält Herr Abg. Pauli!

Abg. Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben soeben erlebt, wie in einer Aktuellen Debatte aus einer Mücke ein Elefant „gedrexelt“ wurde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Tatsache ist, dass die Gefahren, die Sie, Herr Drexler, angerissen haben, nicht vor dem Hintergrund der Öffnungszeiten gedeihen, sondern in erschreckender Weise durch Computer- und Videospiele per Internet, die rund um die Uhr Kindern und Jugendlichen zugänglich sind, und zwar ohne irgendwelche Sperrzeitenverkürzung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Sie, Herr Drexler, können das in den „Stuttgarter Nachrichten“ von heute nachlesen. Da wird berichtet von extremistischen, menschenverachtenden Killerspielen. Das ist eine Herausforderung, der wir als Politiker uns stellen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Es kann nicht sein, dass mit virtuellen Waffen auf Menschen geschossen wird, dass Blut spritzt, Schreie der Sterbenden zu hören sind, beim Häuserkampf alles umfällt, was sich bewegt. Und die Behörden sind dabei oft machtlos.

(Zurufe von der SPD)

Das ist die Herausforderung für uns.

Zu den Öffnungszeiten der Spielhallen steht die Tatsache fest, dass sie vor ein paar Jahren, Anfang der Neunzigerjahre, auf Wunsch unseres damaligen kleineren Koalitionspartners verändert worden sind.

(Abg. Drexler SPD: SPD!)

Wir stellen heute nüchtern fest: Da hat sich nichts dramatisch verändert, weder wirtschaftlich noch in der Suchtgeschichte, noch in der gesellschaftlichen Entwicklung usw.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Tatsache ist: Jetzt liegt uns wieder ein Verordnungsentwurf vor, der sich allerdings, wie Sie betont haben, immer noch im Anhörungsverfahren befindet. Ich rate Ihnen, zunächst einmal das Anhörungsverfahren abzuwarten, es abzuschließen, anstatt sich hier vorschnell aufzublasen.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn?)

Tatsache ist: Kein einziger Jugendlicher wird von dieser Verordnung tangiert oder gefährdet.

(Zurufe von der SPD)

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben nämlich zu solchen Spielhallen überhaupt keinen Zutritt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Wo leben Sie denn? Im Keller? Kommen Sie nie aus dem Keller heraus? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu, bevor Sie das so aufbauen.

(Lebhafte Unruhe)

Tatsache ist: Das Landeskabinett kann bei Öffnungszeiten mitreden, aber über das, was in den Spielhallen steht – Killerspiele usw. –, entscheidet der Bund mit. Das ist ein ganz anderes Haus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

– Herr Drexler, Sie haben vorhin das Wort „scheinheilig“ benutzt. Herr Drexler, Sie gehen mit diesem Wort sehr fahrlässig um.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Tatsache ist, dass die SPD – –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Pauli)

– Herr Drexler, wenn Sie in Ihrer Rolle als Vertreter von Frau Vogt hier überfordert sind, halten Sie sich bitte etwas zurück.

Die SPD in anderen Bundesländern hat kein Problem mit den von Ihnen so dramatisch aufgeblasenen Öffnungszeiten. In Nordrhein-Westfalen liegt die Sperrzeit der Spielhallen von 1 Uhr bis 6 Uhr morgens.

(Abg. Drexler SPD: Na und?)

In Schleswig-Holstein, wo die SPD noch regiert, sind die Sperrzeiten von 1 Uhr bis 6 Uhr morgens.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In Hessen, wo Sie bis vor ein paar Jahren noch an der Regierung waren, ist die Sperrzeit von 5 Uhr bis 6 Uhr morgens.

(Abg. Drexler SPD: Na und? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich rate Ihnen, zunächst einmal das Ergebnis der Anhörung abzuwarten. Als Parlamentarier erwarte ich danach von Mitgliedern der Landesregierung, dass sachgerecht, rational über das Ergebnis der Anhörung und dann über den Entwurf beraten und entschieden wird.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich rate den Kollegen der SPD, auch wenn jetzt wieder die Wahlkampfzeit heißer wird, nicht populistisch mit Emotionen und Ängsten der Menschen zu spielen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie kein Thema haben, Herr Drexler, das sich für eine Aktuelle Debatte eignet, dann sollten Sie es nicht erzwingen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Lebhafte Unruhe – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ich kann beginnen, wenn sich Herr Capezzuto beruhigt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Es zeigt sich, dass wir heute über ein emotionales Thema diskutieren. Es zeigt sich aber auch, dass die SPD-Fraktion eine unehrliche Diskussion entfacht hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Hierzu muss man eines klar sehen: Für die Sperrzeiten ist das Land zuständig, für die Spieleordnung, die regelt, was

in Spielhallen möglich ist, ist aber der Bund zuständig. Das muss einmal ganz klar gesagt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Hier muss die SPD im Bund handeln. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Für die Vergnügungsteuern ist die Kommunalpolitik zuständig. In der Kommune kann darüber selbst entschieden werden.

Ich möchte meine Rede in zwei Teile gliedern.

Erstens: Thema „Nach den Ereignissen von Erfurt“.

Meine Damen und Herren, wir müssen unbedingt Gewalt verherrlichende Spiele verbieten. Das muss für Spielhallen genauso gelten wie für das Internet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie heute die „Stuttgarter Nachrichten“ gelesen hätten, wüssten Sie, dass jemand behämmert sein muss, der wegen Gewalt verherrlichender Spiele in eine Spielbank gehen würde, obwohl er das im Internet zum Billigtarif zu Hause in aller Ruhe machen kann.

(Abg. Drexler SPD: Spielbank ist doch nicht das Thema! – Unruhe)

– Entschuldigung, in eine Spielhalle.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, haben Sie sich noch nie versprochen? Ich habe natürlich Spielhalle gemeint.

Hier muss man eines einmal klar sehen: Hier besteht Handlungsbedarf. Ich hoffe, dass die Bundesregierung reagiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich muss Ihnen eines sagen: In Heilbronn – auch eine kleinere Großstadt in Baden-Württemberg – hat die CDU-Fraktion mit der Fraktion der FDP/DVP im letzten Sommer gemeinsam einen Antrag eingebracht, aufgrund dessen die Gebühr für Gewaltspielgeräte auf 400 € im Monat angehoben wurde. Dadurch ist Heilbronn killerspielautomatenfreie Zone geworden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stuttgart ist dem gefolgt. Hier sieht es inzwischen genauso aus. Ich fordere die Kommunen auf, hier nachzuziehen, wenn die Bundesregierung nicht tätig wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Mein zweites Thema betrifft die Spielsucht. Über Spielsucht gibt es zahlreiche Gutachten, mit denen man sich auseinandersetzen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Drautz)

– Frau Haußmann, ich muss Ihnen eines sagen: Die große Koalition aus CDU und SPD verlängerte die Sperrzeit, so dass die privaten Spielhallen kürzer öffneten. In derselben Legislaturperiode hat sie aber eine neue Spielbank eröffnet. Wo ist da die Moral? Dies ist doch eine echte Doppelmoral.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Den Privaten verbietet man es, und der Staat selbst macht es.

Es ist natürlich nicht generell in der SPD so. Ich möchte hier nur einmal den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Herrn Clement, zitieren. Herr Clement sagt, ein paar Spielchen seien für die meisten doch nur harmlose Unterhaltung. Ich zitiere weiter: Für die meisten sei das Spielen ein Ausgleich für die Belastungen am Arbeitsplatz.

(Heiterkeit bei der CDU)

Und es kommt noch toller.

(Abg. Drexler SPD: Ist das Ihre Auffassung? – Lebhaftige Unruhe)

– Entschuldigung! Bitte nicht so aufregen! Bitte bei der SPD nicht so aufregen!

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Clement sagt weiter, zudem würden Spielstätten in Zeiten vermehrter Freizeit zur sozialen Institution. So Clement!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Ist das Ihre Auffassung?)

– Herr Drexler, ich sage Ihnen offen: Als Liberaler möchte ich nicht einmal so weit gehen, wie das Clement tut.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, ich sage Ihnen noch etwas: Ich bin ein begeisterter Billardspieler. Wenn ich abends nach einer Veranstaltung noch Billard spielen will und feststelle, dass ab 22 Uhr die Spielhallen geschlossen sind, dann kotzt mich das an.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Drexler, Billardspielen hat nichts mit Glücksspiel zu tun. Wenn Sie im Hinblick auf diese Debatte einmalig eine Spielhalle besucht haben, ist das ein Sonderfall. Aber wenn man ab und zu Billard spielt, sieht man ja, was in Spielhallen los ist. Die FDP/DVP-Fraktion hätte gerne liberalisiertere Spielhallenöffnungszeiten,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

weil die SPD in Rheinland-Pfalz mit der FDP eine viel liberalere Lösung erarbeitet hat, als wir das hier in Baden-Württemberg haben, wo man nur den falschen Weg der Eine-Legislatur-Koalition geändert hat. Wir werden nur das zurücknehmen, was Sie in der großen Koalition seinerzeit

verändert haben. Weil unser Koalitionspartner und auch unser lieber Ministerpräsident

(Heiterkeit)

keine großen Fans von Spielhallen sind, werden wir nur den alten Zustand von früher wieder darstellen. Wegen der Möglichkeiten im Internet können Sie Ihre gestrigen Diskussionen, Ihre alten, verkrusteten Meinungen nicht mehr weiterführen,

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

denn Gewaltspiel kann man aus Spielhallen verbannen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Spielhallen eignet sich ja für eine Diskussion über ganz verschiedene Bereiche.

(Zuruf: Aber nicht von Erfurt her!)

Man kann das Thema Spielhallen natürlich als Vertreter für den ganzen Bereich der Gewalt sehen: Gewalt verherrlichende Spiele. Man kann es unter der Fragestellung sehen, wie Jugendliche oder junge Heranwachsende mit Computerspielen umgehen. Man kann in der Tat sagen, dass die Gefährdung auch aus dem Internet kommt. Das heißt, da ist die Diskussion eine andere. Da geht es darum, zu fragen: Wie verschafft man Jugendlichen Medienkompetenz? Da hat tatsächlich die Bundesregierung auch eine große Aufgabe, und die Bundesregierung hat darauf reagiert, indem sie die Bundeszentrale für – nicht die BZGA, sondern die Bundeszentrale für –

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Weitere Zurufe)

– Danke! – Die Bundeszentrale für politische Bildung ist im Augenblick dabei, da neue Richtlinien zu finden.

Das zum einen. Deshalb sind Spielhallen natürlich ein Thema dafür.

Das andere ist der Umgang mit gewalttätigen Jugendlichen. Das ist auch das ganze Thema, welches mit Erfurt zu tun hat. Das, denke ich, eignet sich nicht als Aufhänger für eine Aktuelle Debatte, sondern das ist eine Diskussion, die man woanders führen muss. Es ist aber ein Thema: Wie gehen wir mit gewalttätigen Jugendlichen um? Oder vor allem: Warum werden Jugendliche gewalttätig? Warum passiert so etwas, was in Erfurt passiert ist?

Das Dritte ist das Thema „Sperrzeitenverkürzung für Spielhallen“. Das ist das Thema, für das ich stehe, weil die Sperrzeitenverkürzung bei den Spielhallen auch mit dem Thema Spielsucht zu tun hat.

Wenn Herr Drautz gern nach 22 Uhr Billard spielen geht, ist das überhaupt kein Problem. Es gibt genug Kneipen und

(Brigitte Lösch)

Gaststätten, in denen Sie, Herr Drautz, bis nachts um drei Billard spielen können.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Unruhe)

Nach Auffassung der Landesregierung kann von einer wesentlichen Veränderung der Rahmenbedingungen hinsichtlich der Sperrzeiten für Spielhallen nicht gesprochen werden.

Dieser Satz stammt aus der Stellungnahme der Landesregierung zu einem Antrag von Abgeordneten der Fraktion der FDP/DVP von vor genau zwei Jahren.

Was hat sich nun verändert? Was ist passiert, dass die Landesregierung an diesem Urteil nicht mehr festhält? Da frage ich mich, ob es tatsächlich sein kann, dass sich hier die FDP/DVP als Lobbyvertreter des Dachverbands der Automatenaufsteller erweist und dass wirtschaftspolitische Interessen vor ordnungs- und sozialpolitischen Interessen stehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn das so wäre, dann fände ich: Das können nicht die richtigen Argumente sein.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass es unsere Aufgabe ist, für private Wirtschaftsinteressen zu stehen. Meine Aufgabe ist es tatsächlich, für soziale und ordnungspolitische Aufgaben zu stehen, und mein Interesse gilt dem Schutz der Jugendlichen und der jungen Heranwachsenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Verkürzung der Öffnungszeiten bei Spielhallen ist, wie Sie richtig gesagt haben – das haben Sie auch richtig nachgelesen –, 1993 erfolgt, insbesondere auch auf Empfehlung der kommunalen Landesverbände, vor allem der kleinen Gemeinden und Kommunen, die sehr große Probleme haben, und zwar nicht nur mit den Spielhallen, sondern auch mit dem ganzen Umfeld der Spielhallen. Auch der Städte- tag hat sich jetzt geäußert, und zwar insofern, als Herr Stehle zur Absicht der Landesregierung, die Sperrzeiten zu verkürzen, geäußert hat, dass sich das nicht mit einer zielgerichteten Politik zur Verhinderung der Spielsucht vertrage.

Alle Experten seit 1993 – letztes Jahr und auch in diesem Jahr – waren sich einig, dass die damalige Vorverlegung der Sperrzeit auf 22 Uhr ein geeignetes Mittel ist, um die Spielsucht bei jungen Heranwachsenden einzudämmen.

Es gibt tatsächlich Zahlen, die einen Zusammenhang herstellen zwischen Spielhallen und Spielsucht. Die Beratungsstellen haben eine Zunahme der Zahl junger Menschen, die unter Spielsucht leiden, um 5,7 % festgestellt. Die größte Gruppe der Spielsüchtigen ist nicht das Klientel, das in Spielbanken geht, oder das Klientel, welches Billard spielt, sondern das sind tatsächlich die jungen Menschen, die Automatenspieler sind und für die gilt: Je später der Abend, desto risikoreicher das Spielverhalten.

Das habe ich in einem Telefonat mit einer Suchtberatungsstelle feststellen können, die auf Spielsüchtige spezialisiert ist, und ich würde Ihnen raten, nicht nur ein- oder zweimal in Ihrem Leben in eine Spielhalle zu gehen, sondern auch einmal mit einer Beratungsstelle zu telefonieren oder eine solche aufzusuchen. Denn dann bekommen Sie mit, welche Auswirkungen Spielhallen tatsächlich haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit großem Erstaunen habe ich in der jetzigen Diskussion verfolgt, dass tatsächlich geplant ist, die Öffnungszeiten wieder zu verlängern. Wenn ich mir die Diskussion über den Doppelhaushalt noch einmal in Erinnerung rufe, in der es auch um Sucht ging, erinnere ich mich, dass die Landesregierung gesagt hat, sie wolle als Unterstützung für die Suchtarbeit in Baden-Württemberg ein Signal setzen und initiiere dazu zehn zusätzliche Beratungsstellen. Daher kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass man jetzt mit den Spielhallenbetreibern gemeinsame Sache macht.

Das ist kontraproduktiv. Jede Verlängerung der Sperrzeiten ist kontraproduktiv für den ganzen Bereich der Prävention und der Prophylaxe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

– Kollege Drautz.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drautz, ich bitte Sie, Ihre Zwischenfrage zu stellen.

Abg. Drautz FDP/DVP: Habe ich Sie gerade richtig verstanden, Frau Kollegin, dass Sie gesagt haben, jede Verlängerung der Sperrzeiten wäre kontraproduktiv für den Jugendschutz?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich habe gesagt: Jede zeitliche Ausweitung des Angebots führt zu einem vermehrten Konsum und führt zu einer vermehrten Gefährdung von jungen Heranwachsenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das habe ich gesagt. Das haben Sie richtig verstanden.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Drautz FDP/DVP)

Mir ist schon klar, dass heranwachsende Jugendliche ab 18 nicht auf einmal anders sind als Jugendliche unter 18. Außerdem ist die Gefährdung bei jungen Heranwachsenden auch mit 20 nicht außer Acht zu lassen.

Wie verhält sich das Land denn prinzipiell im Bereich der Spielsucht? Das eine sind natürlich die Spielhallen, und das andere sind tatsächlich auch die Spielbanken. Wir haben bei den Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt, die Spielbankabgabe auch zu nutzen, um Hilfsangebote für Spielsüchtige finanziell zu fördern, um Therapieangebote für Spielsüchtige umzusetzen oder vermehrt im Bereich der Prophylaxe tätig zu werden. Das wäre möglich, und zwar durch eine Änderung des Spielbankengesetzes und des Staatshaushaltsgesetzes.

(Brigitte Lösch)

Vor ein paar Tagen haben wir auf eine Anfrage eine Antwort bekommen, in der die Landesregierung wieder ganz deutlich darauf hingewiesen hat, dass sie nicht vor habe, die Spielbankabgabe zukünftig für Zwecke der Suchtprophylaxe zu benutzen. Deshalb frage ich: Hat das Land tatsächlich ein Angebot, ein Konzept, wie man mit Spielsucht umgeht?

Das heißt für mich zum einen: Ändern Sie bitte Ihre Meinung im Bereich Spielbankabgabe! Mittel aus den Spielbanken müssen zukünftig vermehrt in den Bereich der Suchtberatung für Spielsüchtige einfließen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum anderen muss man alles unterlassen, was die Spielsucht weiter fördert. Dazu gehören auch verlängerte Öffnungszeiten bei Spielhallen. Deshalb ist es kontraproduktiv, und deshalb sage ich: Hände weg von dieser Änderung der Gaststättenverordnung, Hände weg von einer Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen von 22 Uhr auf 24 Uhr! Das bringt überhaupt nichts. Es hat sich nichts verändert gegenüber den Entscheidungen der Landesregierung von 1993.

Und wie gesagt: Ich glaube nicht, dass es unsere Aufgabe ist, wirtschaftspolitische Interessen von Automatenaufstellern zu vertreten, sondern unser Interesse gilt dem Schutz der Jugendlichen und dem Schutz der jungen Heranwachsenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Drexler, ich habe befürchtet, dass Sie der Versuchung nicht widerstehen können, einen Zusammenhang zwischen Erfurt und der Verlängerung der Öffnungszeiten für Spielhallen herzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich bitte Sie herzlich, dies nicht weiter zu tun. Das ist mit Blick auf das furchtbare Geschehen in Erfurt und auch angesichts der entsetzlich großen Zahl der Opfer völlig unangemessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen alle – da nehme ich keinen aus – auch der Versuchung widerstehen, aus solch schlimmen Vorfällen Honig für irgendwelche Wahlkämpfe saugen zu wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meines Wissens liegt noch kein offizieller Bericht über das entsetzliche Geschehen in Erfurt vor. Aber nach allem, was ich bisher den Medien entnehmen konnte – mit der gebotenen Vorsicht, wie ich ausdrücklich hinzufügen will –, war es offensichtlich so, dass die Behörden in Thüringen das geltende Waffengesetz nicht richtig angewandt haben. Denn für den Erwerb und den Besitz von Schusswaffen muss man ein Bedürfnis nachweisen können. Ein Sportschütze, wie der junge Mann ja war, der dieses Furchtbare

getan hat, hat logischerweise nur ein Bedürfnis für den Erwerb und den Besitz solcher Waffen, die er zur Ausübung seines Sports braucht. Er hat aber nach allem, was wir bisher wissen, anscheinend andere Waffen erworben, meine Damen und Herren. Hier wurde vermutlich das geltende Waffengesetz falsch angewandt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann ist ja dieser Automatismus zu beobachten, dass nach solchen schrecklichen Geschehnissen immer der Ruf nach einer Gesetzesverschärfung kommt. Ich nehme auch da keine Seite aus. Auch ich habe bei früheren schlimmen Vorgängen gesagt, wir müssten das Gesetz verschärfen. Ich bin auch davon überzeugt: Aufgrund der Eigendynamik, die die Diskussion entwickelt hat, wird es zu gewissen Verschärfungen des jetzt vom Bundestag beschlossenen Regierungsentwurfs von Rot-Grün kommen.

Aber auch da rate ich: Wir müssen dabei die Kirche im Dorf lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich will auch eines hinzufügen: Wir sollten alle gemeinsam, Kollege Drexler, jetzt nicht die Schützenvereine und Schützenverbände in ein falsches Licht, ein Zwielicht rücken,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern wir müssen anerkennen, dass die Schützenvereine und -verbände vor und auch nach den Ereignissen in Erfurt wertvolle ehrenamtliche Arbeit geleistet haben und weiterhin leisten und junge Menschen auf eine sehr disziplinierte Weise an das sportliche Schießen heranführen, und das verdient Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was die Verlängerung der Öffnungszeiten der Spielhallen angeht: Frau Kollegin Lösch, Sie sind vielleicht noch nicht so lange im Landtag und wissen das nicht. Aber es ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass nicht ich der Erfinder dieses Gedankens bin. Aber ich muss mich natürlich auch mit anderen Argumenten auseinandersetzen, und da ist ja vorhin auch schon vieles gesagt worden.

Kurz zusammengefasst: Spielbanken, staatliche Spielbanken – dort findet ja in ganz anderer Intensität auch das Kleine Spiel statt –, haben bis 4 Uhr oder gar bis 5 Uhr geöffnet.

(Zuruf: Die dürfen!)

Dann habe ich das Gegenargument gebracht: Es gibt in Baden-Württemberg aber nur drei staatliche Spielbanken: Stuttgart, Konstanz und Baden-Baden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dann hält man mir wiederum entgegen, Frau Kollegin Lösch – das ist auch gesagt worden –: In vielen Gaststätten befinden sich ja auch solche Spielautomaten, und diese Gaststätten sind selbstverständlich länger als bis 22 Uhr geöffnet.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Minister Dr. Schäuble)

Im Übrigen ist, wenn Sie immer von Jugendschutz sprechen, schon darauf hinzuweisen – damit dies klar ist –: Spielhallen dürfen nur von Volljährigen, aber nicht von Minderjährigen betreten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Einfach mit Nordrhein-Westfalen – Ich habe dem Vortrag des Kollegen Drautz nichts hinzuzufügen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass zahlreiche Bundesländer, und zwar gerade die großen und bedeutenden – Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen –, längere Öffnungszeiten für Spielhallen haben, als dies nach der von uns angestrebten Veränderung der Fall ist. Das muss man doch auch hinzufügen und zur Kenntnis nehmen.

Nach Erfurt ist richtigerweise noch ein anderer Gesichtspunkt ins Blickfeld geraten. Vor Erfurt wurde beim Thema „Verlängerung der Öffnungszeiten“ immer nur über Glücksspiel und Spielsucht diskutiert, Kollege Drexler. Jetzt kommt das Thema „Schießautomaten und Killerspiele“ auf. Solche Automaten, solche schlimmen und widerwärtigen Killerspiele sind in der Tat auch in Spielhallen vorzufinden – trotz der richtigen Aussagen, die der Kollege Drautz vorhin getroffen hat.

Aber da muss man eines hinzufügen – das habe ich mir von der Polizei erklären lassen –: Vor etwa 10, 15 Jahren war für Menschen, auch für junge Menschen, die „Attraktivität“, sich in Spielhallen mit Killerspielautomaten die Zeit zu vertreiben, wesentlich größer als heute. Durch die Entwicklung der Technik hat sich ein großer Wandel vollzogen, indem junge Menschen heute – das ist ja gesagt worden – in viel stärkerem Maß über einen Computer und einen Internetanschluss verfügen. In Turnhallen zum Beispiel finden mit mitgebrachten Computern regelrechte Wettkämpfe statt. So ist heute die Wirklichkeit. Das muss man auch hinzufügen.

Im Übrigen muss noch einmal gesagt werden: Minderjährige dürfen Spielhallen nicht betreten. Ich nehme das Argument, dass die geltende Rechtslage dies so festlegt, schon sehr ernst. Eines ist auch klar: Das muss – und das wird es auch – kontrolliert werden. Natürlich kann die Polizei immer nur Stichproben machen. Aber, Herr Kollege Drexler – da bin ich auch mit Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer vom Wirtschaftsministerium einig, denn das Wirtschaftsministerium führt ja die Aufsicht über die Spielhallen –, wir werden beim Thema Kontrollen gegenüber dem Automatenaufstellerverband und gegenüber den nachgeordneten Behörden klarstellen: Wenn die Polizei bei ihren Stichproben einen Jugendlichen erwischt, dann gibt es für den Betreiber beim ersten Mal eine gelbe Karte. Aber beim zweiten Mal geht es an die Konzession.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde: Wir müssen doch das geltende Recht durchsetzen.

Im Übrigen – das ist auch gesagt worden –: Die Bundesregierung ist derzeit dabei – das unterstützen wir alle –, die

Darstellung von Gewalt insgesamt auf allen Ebenen stärker einzudämmen. Das ist der richtige Ansatz. In dieser Hinsicht müssen wir vorankommen, und dabei unterstütze ich die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es geht – nebenbei bemerkt, Frau Kollegin Haußmann – nicht um die Frage der Spielhallen als solche. Die meisten Argumente, die Sie vorgetragen haben, richten sich ja nicht gegen Öffnungszeiten, sondern gegen Spielhallen als solche. Darüber hat aber das Land nicht zu entscheiden. Es geht um einen kleinen Streitwert, nämlich um die Frage, ob die Spielhallen zwei Stunden länger geöffnet bleiben können. Ich bitte einfach darum, sich bei einem solch kleinen Streitwert nicht von den wirklichen Problemen ablenken zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das wirkliche Problem besteht darin, die Gewaltdarstellung stärker einzudämmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Drexler, ich muss noch einmal auf Ihre Rede eingehen. Ich gratuliere Ihnen zunächst einmal ganz herzlich zu der Rhetorik, die Sie hier gebracht haben. Das war wirklich eine wortgewaltige Rede. Allerdings hatte die Rhetorik ein deutliches Prä vor einer sauberen inhaltlichen Aufarbeitung.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie werfen Inhalt und Öffnungszeiten in einen Topf. Dazu benützen Sie noch – nehmen Sie es mir nicht übel – in unseriöser Weise das Geschehen von Erfurt und den Umgang mit Waffen. Der Innenminister hat hierzu, glaube ich, schon das Richtige gesagt.

Meine Damen und Herren, ich räume ein, dass ich persönlich aus vielen Gründen gegenüber Spielhallen eine sehr skeptische Einstellung habe. Aber bei dem Problem, über das wir heute beraten, geht es um zwei Stunden. Das eigentliche Problem sind nicht diese zwei Stunden. Vielmehr geht es um den Inhalt. Dort müssen wir ansetzen. Das lässt sich zunächst einmal gesetzlich regeln, und dafür ist der Bund zuständig. Solange der Bund nichts tut, haben die Kommunen die Möglichkeit – das wurde heute auch schon gesagt –, die Preise für die Killerspielautomaten so zu erhöhen, dass sie sich nicht mehr lohnen. Diese Gewaltspiele, diese Killerspiele wollen wir nicht haben. Dort muss angesetzt werden, dass diese Spiele verschwinden.

Herr Drexler, was die Waffen angeht, so bin ich gern bereit, mit Ihnen eine separate Diskussion zu führen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was der Herr Innenminister gesagt hat, kann man ja sehr stark nachvollziehen. Nur, Herr Kollege Schäuble: Sie haben uns immer noch nicht klar gemacht, warum Sie die Öffnungszeiten eigentlich verlängern wollen. Weil das in Nordrhein-Westfalen so ist, weil das in Hessen und in Bayern so ist? Wenn wir auch in der Kinderbetreuung all das machen würden, was diese Länder haben! Folgen Sie anderen Ländern doch auch einmal auf anderen Gebieten und nicht nur auf einem! Das ist doch kein Argument.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Wenn wir das, was andere Bundesländer vormachen, nachmachen sollen, können wir den Landtag wirklich abschaffen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Sie haben gesagt, man müsse die Gewalt stärker eindämmen. Da haben Sie uns alle auf Ihrer Seite. Aber Gewalt stärker eindämmen heißt, dass wir dies dann insgesamt in allen Bereichen tun müssen. Wenn Sie Ihren Grundsatz „Gewalt stärker eindämmen“, den Sie vorhin angeführt haben, ernst nehmen, können Sie die Öffnungszeiten der Spielhallen nicht um zwei Stunden pro Tag verlängern, weil dort in gewissem Maß auch Gewalt dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Warum tun Sie es dann jetzt? Warum warten Sie zum Beispiel nicht ab, bis die Killerspielautomaten herauskommen?

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Warum machen Sie nicht klar, dass Sie zum Beispiel die und die Geräte nicht wollen? Über all das können wir diskutieren. Darüber wird auf Bundesebene ja auch diskutiert. Aber warum wollen Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Öffnungszeiten verlängern?

Jetzt komme ich zum Thema Spielsucht. Herr Kollege Drautz, in den Spielhallen, die wir uns angesehen haben, gab es überhaupt kein Billardspiel. Bringen Sie das nicht durcheinander. Die Spielhallen hatten überhaupt kein Billardspiel. Sie haben das auch ein bisschen lustig dargestellt. Wenn Sie sich wirklich mit dem Thema Spielsucht beschäftigen, dann nehmen Sie einmal zur Kenntnis, was das Diakonische Werk, das Beratungsstellen hat, und was die Städte und Gemeinden zu der Verlängerung der Öffnungszeiten sagen. Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen, können Sie die Öffnungszeiten nicht verlängern, auch nicht um zwei Stunden.

(Beifall bei der SPD)

Das sind insgesamt immerhin 750 Stunden pro Jahr.

Also, ich frage Sie noch einmal: Warum? Für die Verlängerung der Öffnungszeiten gibt es überhaupt keinen Grund – außer den Forderungen der Automatenhersteller mit ihrer starken Lobby. Ansonsten gibt es für Baden-Württemberg zurzeit keinen Grund, die Öffnungszeiten der reinen Spiel-

hallen um zwei Stunden zu verlängern – auch nicht nach dieser Debatte.

Der Kollege von der CDU hat zum Ausdruck gebracht: „Warten wir einmal ab, bis die Anhörung beendet ist.“ Der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP hat Anfang April schon klar und deutlich darauf hingewiesen: „Die Verordnung kommt. Die Anhörung wird durchgeführt, und dann kommt die Verordnung.“ Ich sehe immer noch keinen Grund, warum man die Öffnungszeiten jetzt verlängern muss. Wenn Sie uns keinen Grund liefern, werden wir massiv gegen diese Verlängerung eintreten.

Herr Drautz, Ihre Fraktion müsste dann den Antrag stellen, die Beratungsstellen gegen die Spielsucht erheblich aufzustocken und sie möglichst gleich neben die Spielhallen anzusiedeln. Dann wäre der Kreis geschlossen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte genau dort anknüpfen, wo Herr Drexler aufgehört hat. Mir ist bei den ganzen Ausführungen nicht klar geworden, worin tatsächlich der Grund dafür besteht, die Öffnungszeiten um zwei Stunden zu verlängern.

Ich war gestern in Karlsruhe unterwegs, um mir Spielhallen anzusehen.

(Oh-Rufe von der CDU – Zurufe von der CDU)

Erstaunlich war, dass alle Spielhallen bis 24 Uhr geöffnet haben. Das heißt, meine Damen und Herren, die Kommunen haben schon jetzt die Möglichkeit, Sondergenehmigungen zu erteilen, dass Spielhallen bis 24 Uhr geöffnet bleiben dürfen. Worin besteht also Ihr Problem?

(Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Hofer: Wer hat denn die Debatte beantragt?)

Von daher frage ich: Was ist der Grund, weshalb man die Öffnungszeiten für Spielhallen um zwei Stunden verlängern will? Ich sehe keinen Grund dafür. Die Kommunen können dies, wenn sie es wollen.

Das andere, um noch einmal auf diesen Punkt zurückzukommen: Mir geht es bei dieser Diskussion nicht um Gewaltvideospiele. Mir geht es darum, Herr Innenminister, dass die Sperrzeit um zwei Stunden verkürzt wird. Mir geht es auch darum, zu erfahren, was sich an den Aussagen, die vor zwei Jahren getroffen wurden, verändert hat. Im Jahr 2000 schrieben Sie noch, es gebe überhaupt keinen Grund, diese Rahmenbedingungen zu verändern. Sowohl das Sozialministerium als auch das Innenministerium haben dies bestätigt. Ich sehe nicht, dass sich irgendetwas verändert hätte, was es notwendig machen würde, die Gaststättenverordnung in dieser Hinsicht zu verändern. Es tut mir wirklich Leid.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

(Unruhe)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Fakten sind alle genannt worden.

(Zurufe von der SPD)

Das Thema Gewalt hat mit der Sperrzeitverkürzung im Grunde überhaupt nichts zu tun. Denn Sie können das Thema Gewalt – der Kollege Drautz hat das wunderbar dargestellt – über Bundesrichtlinien und auf kommunaler Ebene selbstverständlich in den Griff bekommen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich habe mich nur deswegen noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie die Frage gestellt haben: Welchen Grund gibt es überhaupt? Ich finde es unanständig, dass Sie den Eindruck erwecken, aus Lobbyismusgründen werde hier etwas gemacht, was die Gewalt fördere.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Jetzt nenne ich Ihnen die Antwort. Dabei schaue ich Herrn Kretschmann an. Liebe Frau Lösch, Ihr Kollege Kretschmann ist, glaube ich, der Älteste in Ihrer Fraktion. Er hat aber gesagt, ihm riesele immer noch nicht der Zement aus der Hose.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat nichts mit dem Alter zu tun!)

– Das hat insofern etwas mit dem Alter zu tun, als wir uns einig sind, dass Spielhallen nur von Erwachsenen besucht werden dürfen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ab 18. Wollten manche von der SPD das Mindestalter für den Besuch von Diskotheken übrigens nicht auf 16 Jahre senken? In Diskotheken soll es auch Ecstasy und andere geben. Das will ich jetzt gar nicht thematisieren.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber die Realität bei verantwortungsbewussten jungen Menschen ist nach meiner Kenntnis inzwischen, dass sie vor 22 Uhr eigentlich gar nicht mehr aus dem Haus gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Das ist die Antwort auf Ihre Frage, welchen Grund es für eine Veränderung gibt. Das liegt einfach an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Früher lag man um 22 Uhr im Bett. Heute fängt für die erwachsenen jungen Leute das Ausgehen eigentlich erst um 22 Uhr an.

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Unruhe)

– Vielleicht sind die Mitglieder Ihrer Fraktion doch schon zu alt, um das so zu sehen. Aber ich glaube, ich sehe Sie auch immer nach 22 Uhr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine letzte Bemerkung zum Thema Spielsucht, das ich sehr ernst nehme.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Dazu sage ich jetzt nur noch eines: Wenn man im öffentlich kontrollierbaren Bereich Spiele zulässt, ist mir das allemal lieber, als wenn das komplett in den nicht kontrollierbaren Bereich abgeleitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Ein allerletzter Satz als Liberaler: Wenn ich all das, was im Leben an irgendeiner Stelle für jemanden zur Sucht führen könnte, verbieten wollte – Alkohol, Zigaretten, Arbeit, Sex, was auch immer –, was wäre das für eine trübe Welt?!

(Beifall bei der FDP/DVP – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Wissenschaftliche Weiterbildung – Drucksache 13/211

Das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Punkt keine Redezeit festgelegt.

Wem von der CDU-Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Klunzinger, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von den Niederungen der Spielhallen zu den Höhen der wissenschaftlichen Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, es ist eine allseits bekannte Tatsache, dass sich die so genannte Halbwertszeit des Wissens dramatisch verkürzt hat und umgekehrt die Summe des verfügbaren Wissens explodiert. Die Konsequenzen daraus sind allseits erkannt. Sie führen zur Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, und die Weiterbildung wird immer wichtiger.

Daraus folgt: Die Erstausbildung muss eine Reduktion auf das Kernwissen erfahren und sich auf die Erweiterung von Schlüsselqualifikationen, auf den Erwerb überfachlicher Kompetenzen und den Erwerb methodischer Fähigkeiten konzentrieren, und umgekehrt ist die Konsequenz daraus, dass die Weiterbildung die Wissensinhalte erneuern, fortentwickeln und aktualisieren muss.

Daraus ergeben sich naturgemäß und in erster Linie auch erhebliche Konsequenzen für den Hochschulsektor. Im Zuge der Novellierung der Hochschulgesetze im Rahmen der dritten Stufe der Hochschulreform ist die Weiterbildung als dritte Kernaufgabe in den Kompetenzbereich der Hochschulen gelangt, und das ist auch gut so.

Mit unserem Antrag wollen wir die Bedeutung der wissenschaftlichen Weiterbildung für unser Land unterstreichen,

(Dr. Klunzinger)

und zwar in der Erkenntnis, dass wir ein rohstoffarmes Land sind und über keine Bodenschätze verfügen. Unser Gold liegt nicht im Boden vergraben, sondern es ist in den Köpfen unserer Menschen. Hier kommt Wissenschaft, Forschung und Entwicklung die allerhöchste Bedeutung zu.

Es geht nun darum, dieses Potenzial, das wir in Baden-Württemberg haben – wir sind ja immerhin das hochschulreichste Land der Bundesrepublik –, stärker zu nutzen und dieses Humankapital der weiteren Entwicklung zuzuführen.

Zunächst gilt unser Dank dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst dafür, dass es eine umfassende Darstellung über die Aktivitäten und Möglichkeiten in diesem Bereich gegeben hat, und auch dafür, dass es die hohe Bedeutung und den hohen Stellenwert dieses Politiksektors bejaht. Die nachzulesenden Ansätze sind viel versprechend, aber sie genügen noch nicht, sie stehen noch am Anfang und bedürfen noch eines weiteren Weges.

Die Stellungnahme der Landesregierung zeigt auch, dass unsere Hochschulen von den gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen, hie und da vielleicht noch etwas zaghaft. Deshalb muss hier unsere Ermunterung Platz greifen, die Hochschulen aufzurufen, dieses Potenzial noch stärker auszuschöpfen, etwa durch die dargestellten Maßnahmen auf dem Online-Sektor. Hier ist ja in jedem Bereich der Gesellschaft sozusagen ein Quantensprung zu vermerken. Hier ist mit dem Aufbaustudiengang „Master Online“ oder mit dem Weiterbildungsprojekt „Campus Online“ ein erster Schritt getan. Vieles ist gut, manches könnte noch besser sein, und sicher ist nichts so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte.

Kernaufgabe im Hochschulbereich ist die Weiterbildung zwar geworden, aber wer mit offenen Augen durch die Hochschulen läuft, weiß, dass neben Forschung und Lehre die Weiterbildung noch nicht den Stellenwert erreicht hat, den sie erreichen könnte. Sie ist zum Teil noch etwas stiefmütterlich entwickelt. Auch die Hochschulen müssen erkennen, dass hier lukrative Einnahmequellen bestehen, und der Staat muss erkennen, dass er bürokratische Hindernisse, die kontraproduktiv sind, abbauen muss. Ich erwähne etwa die Nebentätigkeit. Es ist natürlich ein Widerspruch, wenn einerseits, auch aus dem Parlament, Bestrebungen und Anträge zu verzeichnen sind, die Nebentätigkeit möglichst einzuschränken, zu gängeln, und andererseits ein Appell an die Hochschulen ergeht, das Know-how im Wege der Weiterbildung in die Gesellschaft rüberzubringen. Hier müssen wir ein sinnvolles Nebeneinander finden. Ich ermuntere dazu, nachzulesen, was etwa Dieter Dohmen in der „Deutschen Universitätszeitschrift“ Nr. 6 aus dem Jahr 2002 und Helmut Ruppert in der „Deutschen Universitätszeitschrift“ Nr. 23 von 2001 geschrieben haben. Das ist beherzigenswert. Ich hoffe sehr, dass uns das Ministerium dabei unterstützt und hier bürokratische Fesseln möglichst ablegt.

Der Appell geht natürlich auch an die Hochschulen selbst. Nachdem die grundsätzlichen Weichenstellungen erfolgt und die Möglichkeiten geschaffen sind, liegt es auch an ihnen, den Rahmen auszufüllen. Auch hier ist ein Ausbruch aus bürokratieverhaftetem Denken erforderlich. Es kann

nicht so sein, dass man vonseiten der Hochschule Geld vom Staat fordert, um dann Weiterbildungsangebote zu machen, sondern ein unternehmerisches Denken ist gefragt. Notwendig ist, dass man Weiterbildungsangebote am Markt macht, unternehmerisch denkt, sich dadurch die erforderlichen Ressourcen erschließt und dadurch auch die Motivation der Betroffenen weckt.

Insgesamt: Die Stellungnahme zu unserem Antrag zeigt, dass wir auf gutem Wege sind. Es ist aber noch viel zu tun. Packen wir es an.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dass wissenschaftliche Weiterbildung notwendig, sinnvoll und unumgänglich ist, ist sicher Konsens zwischen allen Parteien und allen Fraktionen. Ich will mir die Peinlichkeit ersparen, zu versuchen, andere in Bezug auf Aussagen zur gesellschaftlichen Bedeutung wissenschaftlicher Weiterbildung und zu ihrer Bedeutung für die Hochschulen zu übertreffen.

Ich möchte meine Ausführungen über die Zukunft der wissenschaftlichen Weiterbildung in nachdenklicher und differenzierter Form machen, und dies unter drei Thesen. Die erste These: Wissenschaftliche Weiterbildung muss mehr als marktorientiert sein. Die zweite These: Erstausbildung und Weiterbildung müssen sich ergänzen. Die dritte: Wissenschaftliche Weiterbildung über das Internet bringt neue Chancen in Bezug auf Anbieter und Kunden.

Zur ersten These: Es ist sicher nicht zu kritisieren und auch nicht verwerflich, wenn wissenschaftliche Weiterbildung von ökonomischen Faktoren bestimmt wird. Natürlich ist es sinnvoll, wenn sie sich interessanten Themen, aktuellen Fragestellungen, gesellschaftspolitischen Forderungen stellt und hierfür Angebote macht. Natürlich ist es sinnvoll, wenn wissenschaftliche Weiterbildung auch einen Blick auf zahlungsfähige Kunden wirft und Angebote macht, die auch entsprechend zu entlohnen sind, und natürlich ist es nachvollziehbar und nicht vom Grundsatz her falsch, wenn das vorsichtige Austesten der Marktgängigkeit von Angeboten zunächst in dem sicheren Raum einer Hochschule passiert und dann das Ausnützen und Ausschöpfen erfolgreicher lukrativer Angebote in privaten Einrichtungen erfolgt. Aber wissenschaftliche Weiterbildung muss auch dort erfolgen, wo gerade nicht der Mainstream fließt. Weil es zu den Kernaufgaben der Hochschulen gehört, ist es notwendig, dass alle Disziplinen und alle gesellschaftlichen Themenspektren angesprochen werden und dass es Angebote dafür gibt. Deshalb findet wissenschaftliche Weiterbildung zu Recht bisweilen auch außerhalb von Marktgängigkeit statt.

Zum anderen ist es wichtig, dass Transparenz und klare Kostenoffenlegung des Nutzens staatlicher Ressourcen erfolgen. Das ist unumgänglich, und zwar umso mehr, je en-

(Carla Bregenzler)

ger der finanzielle Gürtel der Hochschulen wird und je wichtiger es wird, wohin die Gelder fließen, die Staat und Private in diese Einrichtungen stecken. Und weil wissenschaftliche Weiterbildung Kernaufgabe der Hochschulen ist, muss sie in Zukunft auch bei den Zuweisungen zu den Hochschulhaushalten entsprechend berücksichtigt werden.

Die zweite These: Ergänzung von Erstausbildung und Weiterbildung als notwendige Umstellung in unserem Hochschulsystem. Herr Klunzinger, Sie haben es angesprochen: Da ist zu sehen, dass noch relativ wenig passiert, selbstverständlich abgesehen von dem kontinuierlichen Ausbau von Aufbaustudiengängen und nun von Bachelor- und Master-Studiengängen, die diesem Prinzip folgen. Aber die eigentlich angedachte Entlastung und damit Verkürzung der Erstausbildung durch Verlagerung von Anteilen in die Weiterbildung unter der Überschrift „Lebenslanges Lernen“ ist bisher nicht oder nur in geringem Maße erfolgt, vielleicht aus der Sorge um die wissenschaftliche Fundierung der Erstausbildung und um die Qualität derselben oder vielleicht auch, weil die Koordinierungs- und Kooperationsstellen der wissenschaftlichen Weiterbildung nicht oder nicht ausreichend an der Entwicklung von Studienplänen beteiligt sind und deshalb die Weiterbildungsangebote gar nicht in diesen Prozess einbezogen werden können. Wir sehen hier eine wichtige Zukunftsaufgabe, der sich die Hochschulen stellen müssen und sicher auch stellen werden.

Die dritte These: Die Bedeutung des Internets für die Veränderung der wissenschaftlichen Weiterbildung. In Zukunft wird diese viel mehr als in der Vergangenheit durch das Internet und dessen Handlungsmöglichkeiten bestimmt werden, die sich für Anbieter und Kunden stark verändern werden. Die Kunden schätzen die individuelle Planbarkeit, den umfassenden Zugriff, den sie haben, die internationale Konkurrenz, die sich natürlich auch auf Qualität und Preis auswirken wird.

Die Anbieter schätzen die flächendeckende Angebotsstruktur, die das Internet bietet, dass sie also ihren potenziellen Kundenkreis unermesslich erweitern können, dass sie international anbieten können. Sie leiden aber, so wie die Kunden auch, unter der Unüberschaubarkeit und unter fehlenden Prüfkriterien. Das heißt, die Anbieter müssen mehr denn je ihre Anerkennung sicherstellen, Qualitätssicherung betreiben, Akkreditierungen erwerben. Das ist ein schwieriges, ein aufwendiges und ein teures Geschäft. Da blüht inzwischen auch ein reger Markt.

Dennoch ist es richtig, dass die Hochschulen mit ihren Angeboten früh dabei sind; denn wer früh dabei ist, hat die Nase vorn. Aber nur wer mit guter Qualität dabei ist, wird die Nase vorn behalten. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Hochschulen in diesem Bereich. Wir begrüßen die Programme „Master Online“ und „Campus Online“ der Landesregierung, und wir unterstützen das, was hier in der Region Karlsruhe an wirklich vorbildlichen Angeboten bereits entwickelt und auch mit gutem Erfolg auf dem Markt platziert ist.

Ich will mit dem Dank an all jene schließen, die sich der sperrigen Aufgabe der wissenschaftlichen Weiterbildung seit mehr als 20 Jahren gewidmet haben, gerade auch hier in Karlsruhe, und wir wünschen uns sehr, dass das Engage-

ment anhält. Denn wie international anerkannt und akzeptiert unsere Hochschulen und ihre Absolventen sind, wird auch davon abhängen, wie erfolgreich sie sich den neuen Anforderungen bei der wissenschaftlichen Weiterbildung gestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! – Ich habe nur geschaut, ob es eine Frau Präsidentin ist.

(Abg. Fleischer CDU: Sieht zum Verwechselln ähnlich!)

Stellv. Präsident Birzele: Ich habe mein Geschlecht noch nicht geändert, Herr Abgeordneter.

(Abg. Sakellariou SPD: Noch nicht! – Heiterkeit)

Abg. Pfister FDP/DVP: In Baden-Württemberg ist seit zweieinhalb Jahren die wissenschaftliche Weiterbildung zu einer Kernaufgabe der Hochschulen erklärt worden. Das heißt, dass neben Forschung und Lehre die wissenschaftliche Weiterbildung eine dritte Säule der Hochschulaufgaben darstellt. Es ist meine Überzeugung, dass sich die Gewichte zwischen Weiterbildung und Erstausbildung in der Zukunft noch stärker zugunsten der Weiterbildung verschieben werden. Das hängt damit zusammen, dass tendenziell die Erstausbildungszeiten verkürzt und die Weiterbildungszeiten verlängert werden müssen. Es ist mein Eindruck, dass sich die Hochschulen trotz dieser im Gesetz definierten Kernaufgaben im Augenblick noch sehr stark, meines Erachtens zu stark am Leitbild einer umfassenden und zeitintensiven Erstausbildung orientieren.

Noch einmal: Die Erstausbildungszeiten werden tendenziell verkürzt; die Weiterbildungszeiten tendenziell verlängert werden. Das hängt damit zusammen, dass die Halbwertszeit des Wissens immer stärker zurückgeht. Das hängt mit der Explosion des Wissens insgesamt zusammen – Stichwort Wissensgesellschaft –, und es hängt damit zusammen, dass kein Bildungssystem der Welt in der Lage sein wird, diese Wissensexplosion gewissermaßen in die Curricula mit aufzunehmen.

Anders ausgedrückt, meine Damen und Herren: Wer über den Erfolg der baden-württembergischen Hochschulen im internationalen Wettbewerb spricht, muss wissen, dass dieser Erfolg zunehmend von der Fähigkeit unserer Hochschulen abhängig ist, schnell attraktive Angebote zur Weiterbildung unter den Gesichtspunkten Qualität, Bedarfsorientierung und Benutzerfreundlichkeit zur Verfügung zu stellen. Anders ausgedrückt: Der Erfolg einer Hochschule wird in der Zukunft entscheidend davon abhängen, ob sie die Fähigkeit hat, auch die Weiterbildungsaufgaben in hoher Qualität wahrzunehmen.

Deshalb ist es richtig, dass wir bei der Verkürzung der Erstausbildungszeiten schon eine ganze Menge tun. Gestern haben wir über konsekutive Studiengänge gesprochen;

(Pfister)

das ist ein wichtiger Ansatz. Wir haben die leistungsorientierte Mittelzuweisung an die Hochschulen eingeführt. Wenn es darum geht, in der Zukunft bei der leistungsorientierten Mittelzuweisung weitere Kriterien zu entwickeln, die geeignet sind, über die Mittelzuweisung zu entscheiden, dann spricht überhaupt nichts dagegen, meine Damen und Herren, gerade auch die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Weiterbildungsangeboten als eines der Kriterien zu etablieren.

Wir tun einiges in der Fortbildung und der wissenschaftlichen Weiterbildung. Sie wissen, dass eine ganze Reihe von Hochschulen – Fachhochschulen, Universitäten, Pädagogische Hochschulen und andere – ein sehr flexibles, wirtschaftlich erfolgreiches Angebot in Form von Akademien machen. Das ist übrigens auch für die Hochschullehrer gut, die auf diese Art und Weise via Nebentätigkeit einen Anreiz für ihr Engagement in der Weiterbildung, für die Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung haben. Dies ist auch über die Professoren gewährleistet. Dies alles ist sehr positiv, es gibt gute Erfahrungen. Die Zuwächse bei den Teilnehmerzahlen stimmen; es ist alles so weit in Ordnung.

Trotzdem hat der Wissenschaftsminister Recht, wenn er sagt, dass die Weiterbildung sowohl finanziell als auch strukturell hochschulintern noch wesentlich nachhaltiger gestärkt werden muss. Ich sehe das genauso. Das heißt, die Weiterbildung muss Teil einer Gesamtstrategie der Hochschulen werden. Weiterbildung muss zu einer wirklichen dritten Säule des Hochschulwesens gemacht werden. Ich sehe das genauso.

Die neuen Medien, die jetzt zur Verfügung stehen, bieten einen hervorragenden Ansatz. Das wird in der Tat ein Quantensprung für die Weiterbildung sein; denn diese neuen Medien erlauben, dass Weiterbildung in selbstbestimmten Schritten erfolgen kann, die zeitlich und örtlich absolut flexibel sind. Das Lernen über das Netz ist für die Weiterbildung eigentlich die Lernform der Zukunft. Ich glaube schon, dass die neuen Medien für die Weiterbildung einen Quantensprung darstellen werden.

Deshalb ist es völlig richtig, dass in der Konsequenz dieser Erkenntnis jetzt zwei Programme auf den Weg gebracht worden sind – Stichwort „Master Online“, mehr für Führungskräfte, sowie „Campus Online“, eher für die berufsbezogene Weiterbildung. Dies alles wird für die Hochschulen nicht zum Nulltarif möglich sein. Deshalb ist es auch richtig, dass aus Mitteln der Zukunftsoffensive rund 20 Millionen € für Weiterbildung im Rahmen dieser beiden Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassend darf ich zur Weiterbildung an den Hochschulen feststellen: Sie ist gesetzlich verankert, das ist gut. Richtig ist, dass der Anteil der Erstausbildung in Zukunft eher abnehmen und Weiterbildung eher zunehmen wird. Richtig ist, dass wir Projekte brauchen, um Weiterbildung an den Hochschulen strukturell und finanziell voranzubringen. Konkrete Projekte sind geeignet, um dem gesetzlichen Auftrag der Hochschulen zur Weiterbildung auf diese Art und Weise gerecht zu werden. Wir sind auf einem guten Weg, aber in der Tat muss noch eine Menge

geschehen, um dem besonderen Stellenwert von mehr Weiterbildung in der Zukunft gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der österreichische Soziologe Leopold Rosenmayr hat einmal gesagt: Der Wohlstand wird nicht mehr davon abhängen, was man gelernt hat, sondern davon, wie schnell man umlernen kann.

Wenn wir heute über wissenschaftliche Weiterbildung in Baden-Württemberg sprechen, tun wir dies in direkter Anknüpfung an die gestrige Diskussion in diesem Haus über die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen. In beiden Fällen ging es darum – Herr Kollege Klunzinger hat es schon gesagt –, dass in unserer Wissensgesellschaft die Verfallszeiten des Wissens immer kürzer werden und dass wir uns deshalb darauf einstellen müssen, dass wir nicht mehr nur eine Lebensphase haben, in der wir für den Rest des Lebens lernen, sondern dass sich die Lernzeiten in einer ganz neuen Weise über das Leben verteilen müssen. Wir sprechen deshalb von der Notwendigkeit lebenslangen Lernens und den Anforderungen, die sich daraus für unser Bildungssystem ergeben.

Das Thema Weiterbildung ist in Sonntagsreden besonders beliebt. Normalerweise sind sich in diesen Reden alle über die Bedeutung des Themas einig. In einer merkwürdigen Diskrepanz dazu steht der tatsächliche Stellenwert von Weiterbildung als Teil der Bildungspolitik. Das Problem gibt es auch in Baden-Württemberg. Der Landesregierung fehlt nach wie vor ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Weiterbildung. Von Frau Ministerin Schavan, die hierfür zuständig wäre, hören wir zu diesem Thema sehr wenig.

Im Gegensatz dazu ist zu sagen, dass die Landesregierung im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung durchaus große Anstrengungen unternommen hat, um die Hochschulen beim Aufbau von Weiterbildungsangeboten zu unterstützen. Dazu zählt insbesondere – das ist erwähnt worden – der Aufbau von Onlineangeboten, die die Landesregierung ebenso wie die Bundesregierung in den letzten Jahren massiv gefördert hat.

Das Hochschulrahmengesetz benennt Weiterbildung seit 1998 als eine gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe der Hochschulen, gleichrangig mit den beiden Aufgaben Lehre und Forschung. Entsprechend wurden in Baden-Württemberg die Landeshochschulgesetze erweitert. Die jetzt vorliegende Stellungnahme der Landesregierung belegt jedoch auch, dass trotz der unternommenen Anstrengungen die tatsächlich genutzten Handlungsspielräume noch lange nicht ausreichend entwickelt sind.

Auf der einen Seite boomt der Weiterbildungsmarkt. Es lässt sich auch feststellen, dass zunehmend internationale Konkurrenz auf den deutschen Bildungsmarkt strömt und Deutschland als Zielland wahrnimmt. Wir sehen auch, dass in Baden-Württemberg viele institutionell privatisierte

(Theresia Bauer)

Akademien entstanden sind. Doch trotz einer großen Bandbreite an Angeboten ist deren Anteil am Weiterbildungsmarkt nach wie vor sehr gering und steckt noch in den Kinderschuhen.

Die Landesregierung selbst stellt deshalb zu Recht fest, dass die Orientierung am tatsächlichen Bedarf noch ausgeweitet und deutlich verstärkt werden müsse. Sie hat auch festgestellt, dass die Anstrengungen zur wissenschaftlichen Weiterbildung hochschulintern sowohl strukturell als auch materiell insgesamt nachhaltiger gestärkt werden müssen.

Trotz der positiven Vorgaben aus den Hochschulgesetzen fehlt vielfach noch die genügende Einbindung der Weiterbildung in eine Gesamtstrategie. Deshalb ist zu fragen, woran es liegt, dass es trotz positiver Ausgangsvoraussetzungen in der Tat so wenig vorangeht. Man muss auch bedenken, dass der Bereich der Weiterbildung in finanzieller Hinsicht durchaus attraktive Möglichkeiten bietet, weil es die Möglichkeit gibt, für solche Angebote kostendeckende Gebühren zu erheben.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Ansatzpunkte nennen. Zum einen müssen die Rahmenbedingungen für die Lehrenden deutlich verbessert werden. Nach wie vor fehlt es nämlich an Anreizen für Hochschulangehörige, neben der schon bestehenden Lehrverpflichtung im Rahmen einer Nebentätigkeit zusätzlichen Aufgaben in der Weiterbildung nachzugehen. Wenn man sich die Probleme vor Ort anschaut, zum Beispiel an der in Freiburg geschaffenen Akademie – einem Kooperationsprojekt zwischen der Pädagogischen Hochschule und der Universität, bei dem die Pädagogische Hochschule derzeit mit einer Überlast von 260 % arbeiten muss –, kann man verstehen, dass den Lehrenden an der Hochschule de facto keine Möglichkeit bleibt, in der Weiterbildung aktiv zu werden. Man kann das gar nicht zulassen, weil das Tagesgeschäft in der Lehre keine zusätzlichen Energien mehr belässt.

Der zweite Punkt, den ich nennen will: Man muss sich vor Augen halten, dass die wissenschaftliche Weiterbildung in einem direkten Konkurrenzverhältnis zu den Angeboten vieler anderer Träger der Weiterbildung steht. Das sind private oder kirchliche Träger, die Bundesanstalt für Arbeit, Volkshochschulen, innerbetriebliche Angebote und nicht zuletzt auch die Industrie- und Handelskammern. Diese Vielfalt ist zu begrüßen; sie verlangt von den Hochschulen aber die Anstrengung, ihren spezifischen Beitrag auf dem Weiterbildungsmarkt genauer zu definieren und ihren Anteil dadurch zu erhöhen, dass sie sich auf ihr eigenes Profil und ihre eigenen Stärken konzentrieren.

Deswegen möchte ich abschließend bemerken, dass Hochschulen zukunftssträchtige und zukunftsfähige Weiterbildungsträger sind. Sie sind – anders als die anderen Anbieter – besonders geeignet, die Relevanz und Güte des gesellschaftlichen Wissens zu bewerten. Hochschulen besitzen die Möglichkeit, ausdifferenzierte Weiterbildungskurse auf höchstem Niveau anzubieten. Deshalb muss Weiterbildung als Standbein der jeweiligen Hochschulprofile ausgebaut werden. Die Landesregierung sollte diesen Prozess weiterhin mit allen Kräften stützen.

Ein Ansatzpunkt dazu wäre, die anstehenden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu nutzen und die Hochschu-

len aufzufordern, ein klares und schlüssiges Konzept zur Weiterbildung vorzulegen. Weitere Möglichkeiten wären auch finanzielle Incentives, zum Beispiel durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs für das innovativste und ambitionierteste Konzept wissenschaftlicher Weiterbildung an den Hochschulen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Klunzinger CDU und Marianne Wonnay SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Sieber.

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich zu Beginn meiner Ausführungen zunächst für die große Übereinstimmung bedanken, die bei diesem bedeutenden Thema quer durch alle Fraktionen herrscht. Die Bedeutung dieses Themas wird allein schon dadurch sichtbar, dass bereits heute fast jeder zweite Deutsche zwischen 19 und 64 Jahren im Laufe seines Berufslebens an mindestens einem Weiterbildungskurs teilnimmt. Weiterbildung ist also schon jetzt ein integrativer Bestandteil der Berufsausübung.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die wissenschaftliche Weiterbildung zu stärken. Dazu in aller Kürze einige Anmerkungen.

Vorab, meine Damen und Herren, möchte ich Sie um Verständnis dafür bitten, dass der Herr Wissenschaftsminister nicht selbst an dieser Debatte teilnehmen kann. Er ist inzwischen nach Mannheim aufgebrochen, wo heute Nachmittag der Wissenschaftsrat tagt. Da es auf der dortigen Tagesordnung einige für Baden-Württemberg relevante Punkte gibt, werden Sie mir zustimmen, dass es in unser aller Interesse liegt, wenn der Herr Wissenschaftsminister an dieser Tagung teilnimmt.

Zum Thema: Die Hochschulen haben inzwischen die Möglichkeit erhalten, eigene Weiterbildungsträger zu gründen und an diesen so genannten Akademien Weiterbildung anzubieten. Gleichzeitig wurden Koordinierungsstellen für die wissenschaftliche Weiterbildung eingerichtet und an elf Hochschulen Stellen geschaffen. In enger Abstimmung mit der Nachfrageseite sollen auf diese Weise strikt bedarfsorientierte Weiterbildungsangebote entwickelt werden. Die Hochschulen, die davon Gebrauch gemacht haben, haben auf diese Weise attraktive und wettbewerbsfähige Weiterbildungsangebote entwickelt und konnten damit ihr jeweiliges Profil schärfen.

Daneben haben wir – von einigen Rednern ist es genannt worden – die wissenschaftliche Weiterbildung mit der Hochschulreform im Jahre 2000 gestärkt. Das neue Recht macht die Bedeutung der wissenschaftlichen Weiterbildung als Kern- und Pflichtaufgabe der Hochschulen neben Forschung, Lehre und Studium deutlich. Den Hochschulen wurde die Wahrnehmung dieser Aufgabe wesentlich erleichtert, zum Beispiel mit der Möglichkeit, Externenprüfungen durchzuführen, oder mit der Möglichkeit zur Beteiligung an oder Gründung von Unternehmen zum Wissenstransfer.

(Staatssekretär Sieber)

Meine Damen und Herren, trotz dieser kontinuierlichen Verbesserungen – das ist von allen vier Rednern angeführt worden – bleibt die wissenschaftliche Weiterbildung in der Praxis an den Hochschulen in einigen Punkten hinter dem zurück, was Gesellschaft und was die Hochschulgesetze zu Recht fordern. So fehlt es nach wie vor an einem wettbewerbsfähigen Anreizsystem. Frau Bauer fragte vorhin, woran es liege, dass es damit nicht weitergehe. Ich meine mit Anreizsystem ein System, das den in der Weiterbildung Tätigen Optionen und Aussichten eröffnet, die wenigstens annähernd in die Richtung dessen gehen, was kommerzielle Einrichtungen ihren Dozenten bieten können.

Um die Motivation der Lehrenden zu fördern, Weiterbildung auch innerhalb der Hochschulen anzubieten, ist eine Reihe von Maßnahmen denkbar. Es gilt vor allem – ich sagte es –, an den fehlenden Anreizen für Hochschullehrer anzusetzen. Ohne diese Anreize – Herr Kollege Klunzinger hat darauf hingewiesen – wird die Weiterbildung weiterhin überwiegend als lukrative Nebentätigkeit außerhalb der Hochschulen durchgeführt. Ziel neuer Systeme muss es also sein, Weiterbildung als originäre Aufgabe der Hochschulen selbst zu etablieren.

Woran ist gedacht? In aller Kürze drei Überlegungen. Zu unseren Überlegungen gehört erstens, besondere Leistungen der Hochschule und der Hochschullehrer in der Weiterbildung entsprechend zu honorieren. Zu unseren Überlegungen gehört weiter eine Anrechenbarkeit von Unterrichtstätigkeiten in der Weiterbildung auf das Lehrerdeputat. Und schließlich: Mit der Aufnahme eines entsprechenden Kriteriums bei der leistungsorientierten Mittelvergabe ließe sich ein ernsthaftes Bekenntnis der Hochschulen zur wissenschaftlichen Weiterbildung honorieren.

Sprechen wir noch ganz kurz von den neuen Medien, deren Vorteile vorhin genannt wurden. Ein Hauptvorteil: Der einzelne Teilnehmer kann die Geschwindigkeit des Lernens selbst vorgeben. Mit den beiden geplanten Programmen „Campus Online Baden-Württemberg“ und „Master Online“ werden diese Vorteile genutzt und in die Praxis umgesetzt werden.

Ich fasse zusammen: Im Grunde genommen ist ein Punkt erforderlich, nämlich dass die Weiterbildung und auch der Multimediaeinsatz endlich zur Chefsache an den Hochschulen werden und diese insgesamt bereit sind, sich von Bildungseinrichtungen zusätzlich zu Aus- und Weiterbildungseinrichtungen zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und der bisher gemachten Fortschritte mit der Weiterbildung bin ich zuversichtlich, dass den Hochschulen dieser Schritt gelingen wird. Die Politik wird für Rahmenbedingungen sorgen, die die Durchführung der Weiterbildung innerhalb der Hochschulen attraktiv und konkurrenzfähig machen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück
FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Bei dem An-

trag Drucksache 13/211 handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich schlage vor, zu beschließen, dass er durch die Aussprache erledigt ist. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Bevor ich die Sitzung unterbreche, möchte ich Sie, weil wir hier in Karlsruhe etwas andere technische Umstände haben, darauf hinweisen, dass bei Tagesordnungspunkt 7 wegen der Bedeutung des Antrags eine namentliche Abstimmung vorgesehen ist.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:50 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:14 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen. Wir fahren mit der unterbrochenen Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/980

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Horst Glück FDP/DVP – Sprachkurse

Herr Abg. Dr. Glück, darf ich Sie bitten, Ihre Anfrage zu verlesen.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Trifft es zu, dass der Bund mit dem Jahresende 2002 sämtliche Zahlungen für Sprachkurse einstellen wird?
- Plant die Landesregierung für diesen Fall Überbrückungsprogramme?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Rech.

Staatssekretär Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Glück, Ihr Einverständnis voraussetzend, darf ich die beiden Fragen zusammenfassen und namens der Landesregierung wie folgt beantworten:

Nach schriftlicher Aussage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie nach fernmündlicher Aussage des Bundesministeriums des Innern trifft es nicht zu, dass der Bund mit dem Jahresende 2002 sämtliche Zahlungen für Sprachkurse einstellen wird. Überbrückungsmaßnahmen des Landes wären unabhängig davon auch nicht geplant, weil das Land Baden-Württemberg nicht beabsichtigt, den Bund von seiner integrationspolitischen Verantwortung zu entlasten.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Nachfrage, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist der Landesregierung bekannt, mit welcher Begründung der Bund diese Zahlungen einstellt?

Staatssekretär Rech: Er stellt sie nicht ein, habe ich gerade geantwortet, Frau Kollegin. Ich will auch nicht mutmaßen. Ich will nur sagen, dass das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nach dem SGB III bislang für die Sprachkurse für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge und für die Sprachkurse, die vom Sprachverband für ausländische Arbeitnehmer aus der EU und aus ehemaligen Anwerbestaaten durchgeführt werden, zuständig war. Jetzt ist es in der Tat so, dass diese Zuständigkeit auf das Bundesministerium des Innern übergeht. Das war wohl der Hintergrund dieser Frage.

Danke sehr.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Keine weiteren Nachfragen? – Damit ist die Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut

Abg. Behringer CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Thema „Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut“ frage ich die Landesregierung:

- a) Ist bekannt, ob und gegebenenfalls wie lange sich die zum 1. Januar 2003 geplante Einführung eines elektronischen Mautsystems zur Erhebung der Lkw-Maut verzögern wird?
- b) Ist bekannt, ob der Bund dadurch entstehende Einnahmeausfälle kompensieren kann, insbesondere, ob im Bundeshaushalt entsprechende Vorsorge getroffen ist?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich erteile zur Beantwortung Herrn Staatssekretär Mappus das Wort.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ministerium für Umwelt und Verkehr beantwortet die Mündliche Anfrage in Abstimmung mit dem Finanzministerium wie folgt:

Zu a: Im Rahmen der jüngsten Verkehrsministerkonferenz am 23. bzw. 24. April dieses Jahres in Berlin hat der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, ausgeführt, dass von einer Erhebung der streckenbezogenen Lkw-Maut – ich zitiere – „ab Frühjahr 2003“ auszugehen ist. Vergleichen Sie hierzu auch die entsprechende Niederschrift. Darüber hinausgehende Informationen liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu b: Der Entwurf des Bundeshaushalts 2003 liegt noch nicht vor. Es ist uns dementsprechend nicht bekannt, in welcher Weise die zu erwartenden Einnahmeausfälle ausgeglichen werden sollen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass der Ausgleich über eine zeitliche

Streckung des Antistauprogramms vorgenommen werden könnte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Nachfrage, Herr Abg. Behringer.

Abg. Behringer CDU: Ich habe noch eine Frage: Trifft es zu, dass dem Straßenbau im Land durch die Schlamperien des Bundesverkehrsministers Bodewig

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

bei der Vergabe des Mautsystems Mittel für den Autobahnbau verloren gehen, und in welcher Höhe ist dies gegebenenfalls der Fall?

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär Mappus, bitte.

Staatssekretär Mappus: In unserem Haus ist nicht bekannt, was alles konkret zu dieser Verzögerung beigetragen hat. Tatsache ist aber, dass das BMVBW durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf gezwungen wurde, bereits ausgeschiedene Bewerber wieder in das Vergabeverfahren einzubeziehen. Tatsache ist auch, dass diese Vergabeentscheidung bis zum heutigen Tag noch nicht stattgefunden hat, obwohl sie natürlich dringlich ist, weil ansonsten nicht die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden können. Rein statistisch betrachtet würde jede monatliche Verzögerung praktisch 6,5 Millionen € weniger bedeuten. Ich hoffe allerdings und gehe auch davon aus, dass diese Mittel – auf welchem Wege auch immer – dann im Bundeshaushalt 2003 zusätzlich eingebracht werden.

Tatsache ist, dass das Ministerium für Umwelt und Verkehr weiterhin alle Projekte so vorbereitet, dass sie zum 1. Januar des kommenden Jahres gestartet werden könnten, wenn denn die entsprechenden Finanzmittel im Bundeshaushalt eingestellt wären.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Gibt es denn eine Einschätzung der Landesregierung, wie lange es ab dem Vergabezeitpunkt dauern wird, bis die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, das heißt, wann eigentlich der späteste Zeitpunkt für diese Vergabe sein müsste, damit es noch rechtzeitig klappen könnte?

Staatssekretär Mappus: Sicher ist klar, dass wir spätestens nach der Sommerpause das Verfahren starten können sollten, damit in den ersten Monaten des Jahres 2003, sobald die Witterung dies zulässt, mit dem Bau begonnen werden kann. Ich glaube aber, darüber hinaus ist im jetzigen Stadium alles etwas ungewiss zu beantworten. Tatsache ist: Wir bräuchten diese Entscheidung so schnell wie möglich. Ich gehe doch davon aus, dass das Vergabeverfahren auf Bundesebene jetzt in Kürze auch rechtssicher durchgeführt wird.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Keine weiteren Fragen? – Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Umsetzung der EU-Richtlinie 93/43 EWG über Lebensmittelhygiene in Baden-Württemberg

Bitte schön, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist die EU-Richtlinie 93/43 EWG in Baden-Württemberg in allen durch die Verordnung erfassten Betrieben umgesetzt und gegebenenfalls seit wann?
- b) Wird durch den Wirtschaftskontrolldienst in allen einschlägigen Betrieben kontrolliert, ob auch die Eigenkontrollen gemäß § 4 (betriebseigene Maßnahmen und Kontrollen) stattfinden und gegebenenfalls inwieweit?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich diese Anfrage wie folgt:

Zum einen: In Baden-Württemberg werden die Lebensmittelbetriebe ja im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung regelmäßig überprüft, gerade auch im Hinblick auf die Einhaltung der lebensmittelhygienerechtlichen Bestimmungen. Mit der Verordnung über Lebensmittelhygiene vom August 1997 wurde die EU-Richtlinie 93/43 in nationales Recht umgesetzt. Mit diesem Inkrafttreten, kann man sagen, sind damals bestehende landesrechtliche Anforderungen zur Hygiene in Bäckereien, Konditoreien und Fleisch verarbeitenden Betrieben auf alle Lebensmittelbetriebe ausgedehnt worden. Seit diesem Zeitpunkt werden alle erfassten Betriebe regelmäßig durch die amtliche Lebensmittelüberwachung überprüft.

Zur Konkretisierung der teilweise allgemein gehaltenen und oft auch unbestimmt scheinenden Anforderungen der Lebensmittelhygieneverordnung werden zurzeit branchenspezifische Anforderungskataloge durch die Verbände erstellt, und zwar in einer Arbeitsteilung im Bundesgebiet von Land zu Land. Diese Richtlinien werden dann unter Beteiligung der Lebensmittelüberwachung erarbeitet.

Die Erstellung solcher Leitlinien, die ein wichtiger Bestandteil der einheitlichen Umsetzung der EU-Richtlinie sind, läuft derzeit noch. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Wenn ich „nicht abgeschlossen“ sage, dann bedeutet das: Zwölf sind fertig, zehn sind im Notifizierungsverfahren. Für das Ganze muss man wissen: Das ist ein fortwährender Prozess. Das heißt, auch Abgeschlossenes, Notifiziertes wird wieder an die neuen Bedürfnisse angepasst. Die Dinge sind im Gang, und zwar bundeseinheitlich und bundesweit. Sie sind in der Arbeit der Verbände und der Lebensmittelüberwachung.

Ich möchte Ihnen zur zweiten Frage sagen: Die Betriebe werden, wie gesagt, in Zusammenarbeit mit Lebensmittelüberwachungsbehörden und natürlich auch mit dem Wirt-

schaftskontrolldienst ständig überwacht. Wenn man einen besonderen Anlass dazu hat, ist es keine Frage, dass man dann auch Tierärzte oder Lebensmittelchemiker dazunimmt. Auch Humanmediziner werden als Sachverständige hinzugezogen, aber nur bei konkretem Anlass, bei konkreter Fragestellung.

Nach § 4 der Verordnung ist natürlich auch geboten, dass diese Betriebe Maßnahmen und Kontrollen eigener Art beschreiben und vorlegen. Diese Vorlagen oder Beschreibungen sind sicherlich problemlos. Sie sind ein geradezu integrativer Bestandteil bei größeren industriellen Betrieben. Dort werden betriebseigene Qualifizierungssysteme aufgebaut, die das beinhalten. Bei kleineren handwerklichen Betrieben müssen solche Eigenkontrollsysteme häufig selbst erarbeitet werden. Wir stehen dann beratend zur Verfügung, insbesondere die Lebensmittelüberwachung steht beratend zur Verfügung. Um aber für solche kleinen Betriebe solche Eigensysteme aufzubauen, bedarf es eines entsprechenden Zeitaufwands.

Wir haben immer wieder Schwerpunkte, gerade auch im Hinblick auf § 4. Das aktuelle Schwerpunktprogramm der Lebensmittelüberwachung ging in den Bereich der Großküchen und der Fruchtsaftbetriebe. So wird immer wieder überprüft, inwieweit die selbst gefundenen Maßnahmenkataloge auch eingehalten werden.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Minister, wie erklärt sich dann – oder ist das nur ein Zeitproblem? –, dass von mehreren WKD-Beamten zu hören war, dass sie diesen § 4, also diese Selbstkontrolle, eigentlich nicht richtig durchführen können, weil ihnen jegliche Vorgabe, jeglicher Leitfaden und Ähnliches, jetzt noch fehle? § 4 ist umgesetzt. Das ist klar, das weiß ich. Aber die Länder sollen den Kontrollierenden auch einen Leitfaden dazugeben. Habe ich Sie richtig verstanden, dass dieser Leitfaden unmittelbar vor der Vollendung steht? Oder ist er schon fertig? Dann frage ich mich: Warum wissen das die WKD-Beamten nicht?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Ich sagte es schon: Die Eigenkontrollen gemäß § 4 funktionieren in großen Betrieben. Die kleineren Betriebe haben Schwierigkeiten. Wir sind bundesweit in ständiger Zusammenarbeit, um solche Leitlinien zu erarbeiten.

Ich werde veranlassen, dass wir seitens des WKD in Erfahrung bringen, inwieweit Handreichungen fehlen. Denn uns liegt natürlich sehr daran, dass man die Umsetzung garantieren kann.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich gebe Ihnen gern dazu die Ergebnisse der Umfrage, inwieweit da Defizite vorhanden sind.

Vielleicht noch eine Zahl: Wir haben im Jahr 2001 rund 50 000 Betriebe überprüft. Dabei gab es 10 000 Beanstandungen. Allerdings muss man wissen – weil ich im ersten Moment, wie Sie vielleicht auch, aufgemerkt habe oder erschrocken war –, dass das Beanstandungen von ganz kleinen bis zugegebenermaßen auch einmal ganz großen Fällen

(Minister Stächele)

sind. Das ist ein regelmäßiger Vermerk in unserem Lebensmittelüberwachungsbericht, den ich zur Mitte des Jahres immer vorlege. Die ganz kleinen Beanstandungen beginnen, wenn irgendwo in einer KÜcheneinrichtung ein Zigarettenstummel gefunden wird oder in einem Kleiderschrank die Betriebskleider zusammen mit Zivilkleidern aufbewahrt sind. Das sind also Beanstandungen, die wirklich von ganz kleinen bis zu ganz großen reichen, die wir dann auch ausdrücklich im Bericht vermerken.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Keine weiteren Fragen? – Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Bau einer Biodieselanlage am Energiestandort Obrigheim – Drucksache 13/159

Mit aufgerufen ist der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Energiestandort Obrigheim –, Drucksache 13/993.

Wem darf ich zur Begründung das Wort erteilen? – Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In unserem Antrag geht es nicht um irgendetwas, was mit Kernkraft zu tun hätte – deswegen kann ich zu dem Ergänzungsantrag recht wenig sagen –, sondern um neue Konditionen für agrarische Produkte und Industrie- und Gewerbeansiedlungen in Baden-Württemberg.

Aus Gründen, die ich bei der Antragstellung noch gar nicht so genau beurteilen konnte, ist der Antrag hochaktuell. Seit wenigen Wochen ist klar, dass die Bundesregierung von dem Angebot der Europäischen Kommission, auf Mineralölsteuer für biogene Kraftstoffe zu verzichten, Gebrauch macht. Das ist eine wichtige Bedingung, wenn man überhaupt an das Wort Biodiesel denkt.

Als Weiteres gibt es einen Kommissionsbericht, der demnächst dann auch Richtlinie wird, dass bis zum Jahr 2010 5,75 % des gesamten Kraftstoffs aus nachwachsenden Rohstoffen und biogenen Stoffen kommen sollen. Wenn ich mich habe richtig informieren können, dann ist das bei Benzin über Methanol fast nicht zu leisten, sondern nur über Biodiesel. Das ist jetzt natürlich nicht die Revolution auf dem Dieselmotor, sondern das ist eine Marktnische. Aber wir sollten da hellhörig werden, weil die Zeit für diejenigen arbeitet, die jetzt schnell reagieren, und gegen die, die jetzt schlafen. Es herrscht also Handlungsbedarf.

Dazu kommt noch, dass sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Man kann sich ruhig einmal Folgendes merken: Aus vier Kilogramm Saatgut kann man 1 600 Liter Biodiesel machen. Das würde helfen, 5,4 Tonnen CO₂ pro Jahr gegenüber bisherigem Diesel zu verhindern.

Deswegen haben wir heute deutlich zu machen: Wir haben zwei wichtige Aspekte. Der erste Aspekt ist der agrarische Aspekt. Deswegen freue ich mich natürlich, dass der Landwirtschaftsminister darauf antworten wird. Er hat ja seine

Stellungnahme zu dem Antrag in Zusammenarbeit mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium abgegeben.

Erstens ist der Anbau von Raps für Landwirte relativ leicht. Es geht jetzt nicht nur um Non-Food-Raps auf stillgelegten Flächen, sondern es geht um Rapsanbau als solchen. Wir liegen ganz im Trend der Landwirte. Wer sich informiert, der kennt den Satz von Herrn Sonnleitner. Das ist kein Sozialdemokrat, sondern der Präsident des Deutschen Bauernverbands. Er hat gesagt: „Die Landwirte müssen zu Energiewirten werden.“ Das heißt jetzt nicht, dass alle Raps anbauen, sondern dass man überall da, wo man in der Fruchtfolge Raps etwa vierjährlich anbauen kann, es auch tun sollte. Also keine Angst, wir wollen den Boden nicht verdüngen, indem wir sagen: Jetzt müssen alle Raps in Monokultur anbauen. Man hat mir vielmehr sehr deutlich gemacht, dass es ohne Probleme möglich ist, Raps bevorzugt in die Fruchtkette mit einzubauen. Damit würden wir eine zuverlässige Einnahmequelle für unsere Landwirte gewinnen. Das muss man sich einfach einmal merken.

Herr Kiefl, ich nehme an, Sie nicken da innerlich, weil das beim Rapsmethylester, also beim Biodiesel, bedeutet, dass der Landwirt direkt an die Mühle liefert und der Zwischenhändler fehlt. Das bedeutet ein bis zwei Euro mehr pro Dezitonne. Das ist nicht viel. Aber wenn Sie die Mengen pro Landwirt hören, dann stellen Sie fest, dass sich das sehr wohl lohnt. Es muss dem Minister wie Öl, nur eben wie Rapsöl runtergehen,

(Heiterkeit der Abg. Ursula Haußmann SPD)

wenn man einfach sagt: Wir schaffen da ohne jede Steuerunterstützung eine zusätzlichen Einnahme, wenn wir diese Dieselanlage auf Rapsbasis bei uns in Baden-Württemberg auch fördern.

Das Ganze ist etwa vergleichbar mit dem Zuckerbereich. Dort haben wir auch keinen, der ohne Vertrag mit irgendeinem Zuckerwerk Zuckerrüben anbaut. Ein Vertragsanbau scheint mir sehr wichtig zu sein.

Der zweite Punkt ist, dass Biodiesel umweltfreundlich ist, weil Raps beim Verbrennen nur den CO₂-Gehalt ausgeben kann, den die Pflanze vorher der Luft entnommen hat – ein so genannter geschlossener Kreislauf. Seit etwa zwei Jahren fällt es mir leichter, das zu sagen, weil inzwischen die Energiebilanz verbessert worden ist. Diese hat nämlich vor fünf Jahren noch nicht gestimmt. Oder, wie man neudeutsch sagt: Der Output entspricht wirtschaftlich dem Input – wenn Sie das lieber so hören wollen.

Warum wollen wir das so forcieren? Ich bitte da um Unterstützung. Ziffer 1 des CDU-FDP/DVP-Antrags schließt das ja nicht nur nicht aus, sondern sogar direkt ein. Warum möchten wir das in Baden-Württemberg forcieren und warum gerade in Obrigheim?

Wir haben eine kleine Anlage im Schwarzwald-Baar-Kreis. Sie kennen das unter dem Schlagwort Baar-Gold. Das ist völlig richtig. Das ist eine relativ kleine regionale, in Zukunft wohl auch gut arbeitende Anlage mit Mühle. Die Mühle steht. Die RME-Anlage gibt es noch nicht. Im Augenblick kommt bei uns der Rapsdiesel aus dem Elsaß, aus Italien und aus Ochsenfurt, das bekanntlich in Bayern liegt.

(Teßmer)

Da muss man halt einmal sagen – Herr Minister, Sie können sagen, daran seien Sie nicht schuld; da haben Sie Recht –: Da kommt ein Baden-Württemberger, ein Tüftler, vor etwa sieben Jahren ins Ministerium und sagt: „Ich habe die Möglichkeit und die Intuition. Ich möchte aus Raps Biodiesel machen.“ Da wurde er ausgelacht und wieder nach Hause geschickt. Dann hat er drei Jahre gegrübelt und weitergemacht – es war übrigens ein Schwabe aus Nürtingen –, ist wieder ins Ministerium gegangen – inzwischen war Frau Staiblin Ministerin – und ist wieder abgeblitzt. Vier Wochen später – leider habe ich das nicht erfahren – ist er nach Bayern gegangen und hat dort eine Investitionshilfe in Höhe von 6 Millionen DM gekriegt. Diese Anlage steht jetzt hervorragend funktionierend in Ochsenfurt.

Jetzt will dieser Betrieb, will dieser Baden-Württemberger wieder nach Hause ins Land Baden-Württemberg. Er kommt aber nur, wenn wir ihm etwas anbieten. Deswegen brauche ich einfach die Unterstützung aller Parteien und der Regierung, sonst baut er die zweite Anlage in Ochsenfurt neben die erste.

Jetzt werden Sie etwas überrascht sein, warum man da Obrigheim nennt. Herr Hauk wartet jetzt darauf, dass ich sage: wegen des Kernkraftwerks. Da muss ich ihm wehtun.

(Zuruf von der CDU)

– Also zuhören tun wir uns schon. – Ich muss Sie da enttäuschen. Das hat mit dem Kernkraftwerk Obrigheim nur ganz gering zu tun. Die einzige Gemeinsamkeit ist der Name Obrigheim.

Warum wollen wir nach Obrigheim? Erstens: Es darf nicht zu weit von Ochsenfurt weg sein, weil dort die Stammfirma ist.

Das Zweite ist: Der Betreiber möchte den gesamten An- und Abtransport auf dem Wasserweg machen. Deswegen musste er an den Main. Ich habe ihm gesagt: „Auch wir haben einen Fluss. Das ist der Neckar, und er ist schiffbar. Gehen Sie da hin.“

Drittens: Wir brauchen auch den Raps. Also muss ich mitten ins Rapsanbaugebiet gehen. Das ist auch der mittlere bis untere Neckarraum, das ist auch Obrigheim.

Das Vierte ist: Dort hat das Land Baden-Württemberg – nämlich die EnBW, früher Badenwerk – vor ewigen Jahren einmal einen Hof gekauft. Dieser liegt da herum. Der frisst zwar kein Brot, aber er bringt auch nichts. Das ist eine Anlage, die an einem genehmigten Energiestandort brach rumliegt. Wenn die EnBW – die überlegt im Augenblick noch – Interesse hat, etwas, was nichts wert ist, ihr aber gehört, zu vergolden oder zumindest zu versilbern, dann sollte sie mitmachen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Jetzt kommt etwas ganz Wichtiges – das ist für uns Agrarpolitiker nicht unwichtig –: Diese Firma hat eine Konzeption, die schon fast Philosophie zu nennen ist, die besagt: Die Hälfte des Besitzes dieser Firma muss den Bauern gehören. Die müssen Anteilseigner sein. Das ist ihr Biodiesel, den sie anliefern als Raps und den sie zurückkriegen als Biodiesel.

Ich habe bei uns vier Firmen gefragt. Zwei machen ab Juni so schnell wie möglich mit. Sie würden ihre gesamte Lkw-Flotte auf Biodiesel umstellen. Bei der einen Firma sind das 1,5 Millionen Liter Diesel, die bisher jede Menge CO₂ ausgestoßen haben. Das könnten wir rübernehmen.

Worum bitte ich Sie eigentlich? Nichts Ideologisches. Es tut mir Leid, wenn Sie das von mir erwartet haben. Das kann ich Ihnen nicht liefern. Wir haben aber die einmalige Chance, in Baden-Württemberg auf die Angaben und Vorgaben der EU so zu reagieren, dass wir die Schnellsten sind. Wenn es nicht innerhalb von wenigen Monaten durch Förderung durch das Land Baden-Württemberg den Anreiz gibt, den auch Bayern dieser Firma gegeben hat, dann wird das Ding in Bayern gebaut, und wir sind in Zukunft abgehängt.

Herr Minister, ich weiß, dass Sie auch wollen, dass die Anlage bei uns gebaut wird. Ich weiß auch, dass Sie unseren Landwirten ein zusätzliches „Einkommensbein“, das natürlich nicht die Rettung für die Landwirte ist – das weiß ich auch –, bieten wollen. Das Wirtschaftsministerium hat mir signalisiert, dass es bei einer vernünftigen Finanzplanung – und die steht; ich sage Ihnen gleich, warum – eigentlich gar kein Problem bei der Förderung gebe.

Jetzt muss ich Ihnen noch sagen, wie die Finanzierung in Bayern geklappt hat. Dieser Baden-Württemberger ist zur L-Bank nach Stuttgart gegangen und hat gesagt: „Geben Sie mir dafür ein Darlehen.“ Dann hat die L-Bank getestet, ob sich das rechnet, und hat gesagt: „Wir geben Ihnen Geld. Das rechnet sich nämlich.“ Nur hat er unser baden-württembergisches Geld leider in Bayern investiert.

(Abg. Drexler SPD: Oh!)

Das muss in Zukunft zu uns,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil wir den Bedarf haben, weil wir die Notwendigkeit haben und weil wir mit Obrigheim auch einen geeigneten Gewerbe- und Landwirtschaftsstandort haben.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung.

Wenn nachher der Antrag der CDU zur Diskussion steht: Ziffer 1 des Antrags sagt eigentlich genau dasselbe. Nur haben Sie noch nicht gesagt, was Sie haben wollen. Ich biete es Ihnen hiermit an. Ich bitte um grünes Licht von allen Parteien für Rapsmethylester oder Biodiesel aus Baden-Württemberg, aus Obrigheim.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Biodiesel ist ein umweltfreundlicher Kraftstoff. Daran gibt es keinen Zweifel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Carmina Brenner)

Vor allem die Kinder lieben die Autos, die mit Biodiesel fahren, weil sie dann immer meinen, es sei eine Pommefrites-Bude in der Nähe.

(Heiterkeit)

Der Mineralölwirtschaftsverband schätzt, dass bis zum Jahr 2005 der Absatz von Dieselmotoren steigt und der Absatz von Ottomotoren leicht zurückgeht. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Biokraftstoffe gelten als kurzfristig einsetzbare Alternativkraftstoffe, vor allem im Verkehrsbereich. Das sagt sogar eine Studie des Ölmultis Shell.

Nun ein bisschen Chemie und Technik; denn wir müssen ja sehr genau wissen, wovon wir eigentlich reden.

Herr Teßmer, wenn Sie heute im Festzelt Biodiesel bestellen, was kriegen Sie dann?

(Abg. Teßmer SPD: Salatöl!)

Bananenweizen.

(Heiterkeit)

Deswegen müssen wir Biodiesel hier ein bisschen definieren. Grundsätzlich ist Pflanzenöl als Kraftstoff für Dieselmotoren geeignet. Es gibt aber eine Unterscheidung. Es gibt a) unbehandeltes Pflanzenöl, also so wie gepresst, und b) Biodiesel. Der Rohstoff ist für beide gleich. Das sind ölhaltige Samen. In Deutschland ist das aufgrund des Klimas hauptsächlich Raps, in Südeuropa sind das eher Sonnenblumen, und in den USA sind das Sojabohnen. Aus einem Hektar Raps kann man ca. 1 200 Liter Öl gewinnen.

Nun hat man also naturbelassenes Öl wie gepresst. Mit dem kann man schon einiges anfangen. Damit kann man zum Beispiel Motoren antreiben, aber man braucht spezielle Motoren, zum Beispiel den so genannten „Elsbeth-Motor“; die Landwirte wissen das.

Pflanzenöl hat eine hohe Viskosität und ist schwer zu zünden. Deswegen muss man diese Motoren mit normalem Dieselmotoren starten. Diesen braucht man also auch. Mit Pflanzenöl – das ist nun wieder interessant – kann man jedoch recht einfach Blockheizkraftwerke betreiben, die gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen. Diese laufen ja im Dauerbetrieb. Dann ist dieses Kaltstartproblem eigentlich nachrangig. Das ist für mich zum Beispiel eine sehr interessante Geschichte für kleinere kommunale Projekte.

Kommen wir jetzt zur vielfältiger einsetzbaren Alternative, zum Biodiesel. Er wird aus dem Öl, das wir jetzt schon haben, durch Veresterung hergestellt, das heißt, das Fettmolekül wird zerlegt. Dafür braucht man Alkohol, und man erhält neben Biodiesel auch noch Glycerin. Das Glycerin wird normalerweise von der chemischen Industrie gerne als Grundstoff abgenommen.

(Abg. Gall SPD: Machen wir jetzt was, oder machen wir nichts? – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Immer gemacht, gemacht! Ich möchte, dass wir sehr genau wissen, worüber wir reden.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Jetzt haben wir also Biodiesel, Herr Palmer. Den können Sie nicht einfach in Ihren Diesel-Pkw schütten; denn der Motor muss geeignet sein. Biodiesel ruft nämlich bei Polymeren – das sind Kunststoffe – und bei Elastomeren – das sind die ganzen Dichtungen und Leitungen – andere Reaktionen hervor als Dieselmotoren. Wenn Sie den geeigneten Motor haben, ist alles in Ordnung. Dann können Sie das eine oder das andere reinschütten oder sogar die Mischung.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Biodiesel emittiert weniger Ruß als Dieselmotoren, er ist vollständig biologisch abbaubar – das sind Vorteile, Herr Teßmer; das sehe ich auch so –, und er hat die Wassergefährdungsklasse 1, ist also nur schwach Wasser gefährdend.

Nun stellt sich tatsächlich die Frage, weshalb nicht jeder mit Biodiesel fährt oder weshalb nicht jeder Landwirt Raps anbaut.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wie so oft ist es auch hier eine Frage des Preises, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Das Entscheidungsfeld ist nun etwas diffus. Deshalb nur einige Aspekte.

Erstens: Um den Kraftstoffbedarf aller Dieselfahrzeuge in Deutschland mit Biodiesel zu decken, bräuchte man 26 Millionen Hektar Rapsfläche. Deutschland hat aber nur 17 Millionen Hektar Ackerland, und hier wird nicht allein Raps angebaut. Also selbst mit Stilllegungsflächen wäre das zu wenig. Darüber sind wir uns einig.

Zweitens: Beim Rapsanbau ist eine bestimmte Fruchtfolge einzuhalten. Raps kann nämlich höchstens alle vier Jahre auf derselben Ackerfläche angebaut werden. Verkürzt man diese Phase, kommt es zu Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall, sodass der Ertrag sinkt. Das wollen wir ja nicht. Das heißt aber, dass die Anbaufläche für Raps nicht beliebig vermehrbar ist – und schon gar nicht jedes Jahr.

Drittens: Die Flächenprämien der EU für Raps und Ölsaaten haben im letzten Jahr noch ca. 500 € pro Hektar erbracht, in diesem Jahr wurden sie auf ca. 300 € pro Hektar gesenkt. Wie hoch die Prämien sein werden, wenn die Agenda 2000 im Jahr 2006 ausläuft, weiß im Moment kein Mensch. Dann sind womöglich auch die neuen Beitrittskandidaten mit dabei, und dann ist sowieso alles anders.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Viertens: Der Pflanzenölmarkt ist ein Weltmarkt mit Global Players wie zum Beispiel den USA und Südamerika. Wir allein können hier – und das ist wichtig – keinen Preis bestimmen oder halten. In den letzten drei Jahren war an den Warenterminbörsen für Öle ein deutlicher Preisverfall zu verzeichnen. Das heißt: Immer noch ist Importpflanzöl günstig.

Fünftens: Die Kosten der Ölherstellung hängen wesentlich von der Anlagengröße ab. Eine Großanlage wie die in Mannheim hat Produktionskosten von ca. 20 Cent pro Liter, bei Kleinanlagen kann dieser Anteil auf bis zu 1,50 €

(Dr. Carmina Brenner)

pro Liter steigen. Dann wird es natürlich aufgrund des Preises schwieriger, Abnehmer zu finden.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, das ist Wirtschaft, nicht Parteipolitik. – Wenn allerdings, Herr Teßmer, bei der Mineralölsteuer etwas getan wird, ist das sicher richtig.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Zusammengefasst kann man sagen: Rapsanbau kann für die Landwirte ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein sein, muss es aber nicht, und vor allem nicht für alle, und zwar weil der erzielbare Preis schwer vorhersehbar ist, also auch das erzielbare Einkommen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das ist halt anders als bei den Beamten, die jeden Monat dasselbe bekommen.

Schwierigkeiten bereitet auch, dass der Weltmarkteinfluss hoch ist und dass die notwendige Fruchtfolge jedes Jahr unterschiedliche Mengen bringt und man, um den Preis zu halten, eigentlich über eine größere Region hinweg Absprachen treffen müsste.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der Rapsanbau für die Biodieselgewinnung ist sicher kein Allheilmittel für die landwirtschaftlichen Einkommen, aber für einige Landwirte sicher eine Möglichkeit.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wie passt jetzt die gewünschte Anlage in Obrigheim in dieses Konzept?

(Abg. Gall SPD: Jetzt sind wir beim Thema!)

Es gibt sicher Abnehmer für Raps, und es gibt sicher Abnehmer für Biodiesel.

(Zurufe von der SPD)

Das Angebot ist allerdings in der Region schon hoch. Auf den Preis hätte die zusätzliche Anlage kaum Einfluss. Die Großanlage in Mannheim bestimmt nämlich den Ankaufspreis und den Verkaufspreis.

Jetzt zu der Frage: Wie könnten beide Anlagen gefördert werden? Die Ölmühle könnte über das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, und zwar über die Agrarinvestitionsförderung, gefördert werden. Hierbei bekommt man 25 % Zuschuss, wenn die Kapazität zu 50 % durch Verträge mit Landwirten aus der Region belegt ist. Das scheint ja kein Problem zu sein.

Zweitens: Für die Veresterungsanlage, die Biodiesel herstellt, wäre eventuell eine einzelbetriebliche Fördermaßnahme im Wirtschaftsministerium denkbar. Hierzu muss ein betriebswirtschaftlich tragfähiges Konzept vorliegen. Das wäre zurzeit möglich – so schätze ich das ein –, kann sich aber wegen der externen Einflüsse jährlich ändern. Da wir uns nicht in einer Planwirtschaft befinden, sondern in einer Marktwirtschaft, muss natürlich ein privater Betreiber

gefunden werden. Herr Teßmer, Sie hatten gesagt, dies sei schon der Fall.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das MLR hat übrigens mit seiner Stellungnahme nicht mehr ganz Recht. In Donaueschingen ist eine Veresterungsanlage geplant, und zwar vom dortigen Maschinenring. Auch das wäre eine Möglichkeit, wie man beikommen könnte.

Wenn nun ein Betreiber für Obrigheim gefunden wird oder bereits gefunden ist, wird er zu gleichen Bedingungen wie die anderen eine Förderung bekommen: die Ölmühle durch das MLR und die Veresterungsanlage womöglich durch das WM.

Vielleicht noch ein Aspekt: Die CDU wurde von der SPD ja immer wieder wegen der Zukunftsoffensiven kritisiert, obwohl darin viele gute und zukunftsweisende Maßnahmen finanziert wurden. Es gibt in der ZOFF III zwei Projekte zum Thema Biodiesel, die ich für sehr sinnvoll halte. Das eine ist die Umrüstung von Pkws mit direkteinspritzenden Dieselmotoren auf Rapsöl. Bis jetzt rüstete man Pkws mit Vorkammermotoren um, aber die neuen Dieselmotoren haben ja eine Direkteinspritzung – man spricht auch von Common-Rail-System –, für die es bisher noch keine Technik für eine Umstellung gibt. Hieran forscht das Land über die ZOFF III.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Das Zweite wäre: Wir versuchen im Interesse des Gewässerschutzes die Umstellung der Binnenschifffahrt auf pflanzliche Treib- und Schmierstoffe.

Warum sage ich das? Wenn diese beiden Projekte funktionieren – und das hoffen wir –, schafft dies zusätzliche Nachfrage nach Biodiesel, also auch nach Raps von Landwirten.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist Marktwirtschaft, die mir gefällt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Energiestandort. Meine Damen und Herren, ein Gänseblümchen allein macht noch keinen englischen Park, und eine Ölmühle sichert noch keinen Energiestandort Obrigheim.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Obrigheim ist Energiestandort wegen des dortigen Kernkraftwerks, in dem viele hoch qualifizierte Mitarbeiter gute Arbeitsplätze haben. Wenn Sie etwas für den Energiestandort Obrigheim tun wollen, dann hören Sie doch einfach damit auf, das KWO ständig mit Nadelstichen oder noch heftigeren Querschlägern zu torpedieren,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und jagen Sie vor allem den Leuten, die dort arbeiten, nicht dauernd mit Kernenergieausstiegsgeschrei Angst um ihre Arbeitsplätze ein.

(Lebhafte Unruhe)

(Dr. Carmina Brenner)

Lassen Sie das KWO und seine vielen Mitarbeiter einfach in Ruhe arbeiten – bis zum Ende der Laufzeit, wann immer dies sein wird.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Dies fordern wir auch in dem Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 13/993.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Drautz FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion der SPD am heutigen Plenartag ist inhaltsgleich mit einem Antrag der Abg. Teßmer u. a. SPD, der in der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses behandelt wurde. Dort haben wir diesen Fall schon besprochen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber es ist natürlich legitim und steht der SPD zu, das noch einmal ins Plenum zu ziehen, obwohl Minister Stächele in der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses schon ganz klar erklärt hat, dass am Standort Obrigheim, wenn ein Investor gefunden werde und ein schlüssiges Konzept vorliege, einer Förderung seitens des Landes nichts im Wege stehe.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

– So ist es. Das ist doch eine eindeutige und klare Sprache. Ich weiß nicht, warum Sie das noch einmal bringen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Regt euch doch nicht so auf! Frau Haußmann, kommen Sie doch das nächste Mal in den Ausschuss, dann hören Sie das dort.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, dies gilt aber auch für jeden anderen Standort, sei es nun Obrigheim oder sonst wo in Baden-Württemberg.

Es ist lobenswert, dass sich Kollege Teßmer für den Energiestandort Obrigheim und damit für seinen Wahlkreis einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Es erscheint aber geradezu hilflos, wenn durch bundespolitische Entscheidungen von Rot-Grün hoch qualifizierte Arbeitsplätze im dortigen Kernkraftwerk verloren gehen

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

und vom SPD-Wahlkreisabgeordneten nun versucht wird, diese durch den Bau einer Ölmühle zu ersetzen, zumal in

Mannheim in unmittelbarer Nähe eine entsprechende Anlage bereits vorhanden ist, die noch Kapazitäten frei hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben diesen Sachverhalt – ich sagte es bereits – ausführlich im Landwirtschaftsausschuss erörtert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Kollege Teßmer hat sich auch mit der Stellungnahme der Landesregierung zufrieden gegeben und hat erklärt, dass sein Antrag erledigt sei.

(Abg. Teßmer SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP geht in die richtige Richtung, um die Arbeitsplätze in Obrigheim zu erhalten.

(Lebhafte Unruhe)

Gestatten Sie mir noch einige allgemeine Ausführungen zum Thema Biodiesel.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, Herr Teßmer, dass Sie das nicht mehr hören können.

(Abg. Teßmer SPD: Weil es falsch ist!)

Die FDP/DVP tritt seit langem für den verstärkten Einsatz von Biodiesel ein. Dem können Sie doch nicht widersprechen. Es war ein langer Kampf gegen das Umweltbundesamt, das die ökologische Beurteilung des Anbaus von Raps als Grundstoff für Biodiesel bis vor kurzem strittig gestellt hat.

(Lebhafte Unruhe)

Wir haben dies stets anders gesehen. Ich bin froh, dass sich zwischenzeitlich die Meinung des Umweltbundesamts geändert hat.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, die Verfahren haben sich geändert!)

Die FDP/DVP sieht nicht nur zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft, sondern neben der Produktion von Kraftstoffen im eigenen Land, also der Energieversorgungssicherheit, auf EU-Ebene auch das Ziel, bis zum Jahr 2020 20 % der herkömmlichen Kraftstoffe durch alternative Kraftstoffe zu ersetzen. Wir wollen einen substanziellen Beitrag zur Verringerung der Treibhausmissionen leisten. Biodiesel ist wie Holz CO₂-neutral und entlastet somit unsere Umwelt.

Die entsprechende Frage lautet jedoch: Wie können die bisherigen Mengenanteile gesteigert werden? Deutschland ist innerhalb der EU nicht nur größter Kraftstoffverbraucher, meine Damen und Herren, sondern mit 1 Million Tonnen auch weltweit größter Biodieselproduzent. Der Bau entsprechender Produktionsanlagen verlangt eine hohe Risikobereitschaft der Investoren. Deshalb war es längst überfällig, dass die Bundesregierung die Befreiung aller biologischen Kraft- und Heizstoffe von der Mineralölsteuer

(Drautz)

vorsehen will. Die vorgesehene Befristung der Steuerbefreiung bis zum Jahr 2007 gibt jedoch einem privaten Unternehmer keine Investitionssicherheit. Auch hier ist die Bundesregierung nur halb gesprungen, meine Damen und Herren.

Noch drastischer wird die Situation, wenn man die Untätigkeit der Bundesregierung auf EU-Ebene betrachtet. Bis auf Österreich haben praktisch alle Mitgliedsstaaten Bedenken hinsichtlich der von der EU-Kommission formulierten Mengenziele, insbesondere wegen des möglichen Steuerausfalls, aber auch der Umweltbilanzen. Doch anstatt ihre Bemühungen zu verstärken,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

um endlich einen Durchbruch zu erreichen, Frau Haußmann, hat die Bundesregierung zu erkennen gegeben, dass sie dieses Thema bis nach der Bundestagswahl zurückstellen will. Entlarvend!

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

– Doch, so ist es, Herr Drexler. Erkundigen Sie sich einmal. Sie sind zwar ein guter Lautsprecher, aber erkundigen Sie sich da einmal.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die Bundesregierung hat es auch hier versäumt, klare Verhältnisse zu schaffen.

(Abg. Drexler SPD: Gehen Sie doch in den Spiel-salon!)

Wir hoffen, dass wir nach der Bundestagswahl solche klaren Verhältnisse erreichen werden.

Meine Damen und Herren, die Motorentchnik erlaubt den problemlosen Einsatz von Biodiesel. Voraussetzung für einen weiteren Schub beim Einsatz von Biodiesel sind aber nicht, wie die SPD meint, Zuschüsse zum Bau von Produktionsanlagen, sondern vielmehr Entscheidungen in der Politik, die Investoren in die Lage versetzen, langfristig zu kalkulieren. Dazu zählt nicht nur die Befreiung von Biokraftstoffen und deren Mischformen von der Mineralölsteuer, sondern der Wegfall der Steuerbefreiungsbefristung, die keinerlei Investitionsanreize gibt, ist ebenso wichtig wie das klare Bekenntnis zum Biodiesel sowohl im umweltsensiblen Bereich als auch im Bereich des Schutzes von Boden und Gewässern. Biodiesel ist auch ein entscheidendes Mittel zur Reduktion von Schadstoffen und damit zum Klimaschutz.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Im gesamten Verkehrsbereich, bei der Schifffahrt, bei den Lkws, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr der Großstädte, ist das Potenzial für den Einsatz von Biodiesel bei weitem nicht ausgeschöpft.

(Abg. Teßmer SPD: Also!)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich feststellen: Die Landwirte sind bereit, in die Produktion der

entsprechenden Rohstoffe einzutreten. Was fehlt, sind eindeutige Zeichen vonseiten der Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Doch statt vehement für den Einsatz von Biodiesel einzutreten und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu Investitionen führen, begnügt sich Rot-Grün, das Solarzeitalter auszurufen, und vernachlässigt wirklich zukunftsträchtige regenerative Energien, die auch wirtschaftliches Potenzial haben. Dies gilt nicht nur für Biodiesel, sondern für die gesamte Biomasse ebenso wie für das Thema der großen Wasserkraft, das wir in der letzten Plenarsitzung erörtert haben.

Ich fordere Sie auf: Tun Sie mehr, und halten Sie hier nicht nur Fensterreden!

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp drei Wochen, am 27. April dieses Jahres, war ein denkwürdiger Tag. An diesem Tag trat das Gesetz über den Ausstieg aus der Atomenergie in Kraft, und gleichzeitig wurde der Tag der erneuerbaren Energien gefeiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beide Aspekte sind der Hintergrund, vor dem wir diesen Antrag – Bau einer Biodieselanlage am Energiestandort Obrigheim – betrachten. Denn dieser Antrag hat in der Tat zwei Aspekte: Zum einen ist es der Aspekt Energiestandort Obrigheim, und das ist für uns Grüne gleichbedeutend mit der Frage Atomkraftwerk Obrigheim. Wir freuen uns, dass dieses Kernkraftwerk voraussichtlich Ende dieses Jahres endgültig vom Netz geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ich darf daran erinnern, dass wir Grünen es waren, die dafür gesorgt haben, dass dieser Schrottreaktor in der Vergangenheit schon einmal vorübergehend stillgelegt wurde, und wir Grünen haben einen Untersuchungsausschuss zu diesem Kernkraftwerk eingesetzt, in dem gezeigt wurde, dass der Reaktor anders gebaut ist als geplant.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das ist ja nicht wahr! – Unruhe bei der CDU)

Und, Herr Hauk, es ist ein Erfolg unserer Politik, wenn das Kernkraftwerk Obrigheim Ende dieses Jahres endgültig vom Netz geht.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Hauk, jetzt kommen Sie mit einem Änderungsantrag und fordern darin, die Laufzeit des Kernkraftwerks Obrigheim zu verlängern. In der Tat: Es ist im Rahmen des Gesetzes möglich, die Strommenge von einem neueren Kraftwerk auf das ältere Kraftwerk Obrigheim zu übertragen.

(Dr. Witzel)

Diese Option ist im Gesetz vorgesehen. Aber wir Grünen wenden uns scharf dagegen, dass diese Möglichkeit genutzt wird. Denn, Herr Hauk, gerade jemand wie Sie, der sagt: „Wir wollen sichere Kernkraftwerke haben“, Sie, die für die Kernkraftwerke sind, Sie müssten doch im eigenen Interesse daran arbeiten, dass nur die sichersten Kernkraftwerke zum Einsatz kommen und dass man es in keinem Fall zulassen sollte, dass Strommengen von einem neueren Kraftwerk – in Klammern: sichereren Kraftwerk – sozusagen auf das Fossil der Atomenergie, nämlich auf das Atomkraftwerk Obrigheim, übertragen werden. Das wäre ein Verlust an Sicherheitskultur, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte jetzt zum zweiten Aspekt dieses Antrags kommen. Wir Grünen haben immer wieder betont, dass wir nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie wollen.

(Zuruf von der CDU: Warten Sie mal den September ab!)

Für uns gehört zum Ausstieg auch der Einstieg, nämlich der Einstieg in eine umweltverträglichere Energieversorgung, und die erneuerbaren Energien müssen einen zentralen Baustein dieser Energieversorgung bilden.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir alle erneuerbaren Energien brauchen. Wir haben neulich darüber debattiert. Wir brauchen dazu die Windkraft und auch die Wasserkraft – die kleine und die große –, wir werden die Solarenergie brauchen und die Geothermie. Aber eines ist unter Fachleuten, glaube ich, unbestritten:

(Zurufe von der CDU)

Wir werden vor allem die Biomasse brauchen, bei der hier im Land ein sehr großes Potenzial besteht, und zwar in verschiedener Form.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das gilt für Holz zum Beispiel, Herr Hauk. Es geht um Biogas, und es geht auch um die Frage der Energiepflanzen – damit sind wir beim Thema des SPD-Antrags –, also Raps, Biodiesel und diese Themen.

(Abg. Hauk CDU: Wie halten Sie es mit den fossilen Energieträgern?)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen? Das muss über die Frau Präsidentin erfolgen, Herr Hauk.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich gestatte gern eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Witzel, wie halten Sie es dann mit den fossilen Energieträgern, die ja eigentlich im Mittelpunkt Ihres Interesses stehen müssten, wenn es um das Thema Klimaschutz geht? Die Atomkraft leistet mit Sicherheit keinen Beitrag zur Klimaverschlechterung.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Hauk, ich beantworte Ihre Zwischenfrage wie folgt:

(Lachen bei der CDU – Beifall des Abg. Wieser CDU)

Selbst dann, wenn wir, was vielleicht nicht ganz das Wahrscheinlichste ist, nach der Bundestagswahl eine rein grüne Regierung bekämen, wäre es nicht zu schaffen, dass wir aus den fossilen Energieträgern und der Atomenergie völlig aussteigen und zur Kompensation gleichzeitig die erneuerbaren Energieträger ausbauen. Wir brauchen Zeit, um die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz auszubauen.

Wenn wir fossile Energieträger einsetzen – und das werden wir über 20, 30 Jahre noch in erheblichem Umfang machen –, dann wollen wir sie aber hocheffizient einsetzen, sprich die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung liefert dafür die geeignete Technik. Deswegen ist es auch richtig, dass die Bundesregierung gesagt hat: Wir müssen die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung im liberalisierten Markt stärken. Das KWK-Gesetz tut dies und bringt diese effiziente Technik voran. Sprich: Wir wollen die fossilen Energieträger nutzen, aber hocheffizient, damit wir das CO₂-Problem auf diese Weise entschärfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen natürlich auch einmal über die Arbeitsplätze sprechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Denn in der Region Obrigheim geht natürlich auch die Sorge um: Was passiert mit den Arbeitsplätzen?

(Abg. Wieser CDU: In ganz Deutschland geht die Frage um!)

– Ja, Herr Wieser. Um Ihren Arbeitsplatz brauchen Sie aber nicht zu bangen.

(Abg. Wieser CDU: In ganz Deutschland!)

Wir müssen eindeutig festhalten: Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Einstieg in die Solarenergiewirtschaft schaffen wesentlich mehr Arbeitsplätze, als beim Ausstieg aus der Kernenergie wegfallen. Wir wissen: Allein im Bereich der Windenergie sind bundesweit etwa 35 000 Arbeitsplätze entstanden. Das ist so viel, wie in allen Kernkraftwerken einschließlich Zulieferern derzeit vorhanden ist. Das heißt, hier gibt es ein großes Potenzial an Arbeitsplätzen. Der Einstieg in die erneuerbaren Energien und der Ausbau der Energieeffizienz sind ein Potenzial, welches bundesweit etwa 100 000 Arbeitsplätze gebracht hat. Die Zielrichtung geht noch weiter: 200 000 Arbeitsplätze sind bundesweit möglich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Dr. Witzel)

Es muss ein Ziel einer klugen Politik sein, dass diese Arbeitsplätze, die bundesweit entstehen, auch in der Region Neckar-Elz entstehen, dass auch ihr die positive Wirkung dieser Energiewende auf die Arbeitsplätze zugute kommt. Deshalb unterstützen wir Grünen alle Bemühungen zum Erhalt des Energiestandorts Obrigheim, aber nicht des Kraftwerks, welches jetzt dort steht, sondern den Aufbau einer anderen Energiekultur an diesem Ort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eines wird klar sein, Frau Brenner: Wir werden, wenn wir das Atomkraftwerk Obrigheim abschalten – das ist im Prinzip eine Maßnahme, ein Schalter –, keinen Schalter finden, mit dem wir die erneuerbaren Energien einschalten; das wird nicht ein Schalter sein, sondern das müssen viele Maßnahmen sein. Da muss eine vielfältige, dezentrale Form der Energieerzeugung gefördert werden. Dazu ist der Antrag der SPD – sprich das Rapsöl zu stärken, die Verarbeitung voranzubringen, die Vermarktung zu stärken – ein Schritt, der diese Sache voranbringt.

Wir haben uns in diesem Sinne ja auch dafür eingesetzt, dass in der Raumschaft Neckar-Elz eine Photovoltaikanlage gebaut werden kann. Wir unterstützen die Ansätze für eine Biodieselproduktion, und wir werden auch weitere Initiativen, die aus der Raumschaft kommen, unterstützen. Denn wir wissen: Die Energiewende besteht nicht nur aus einer einzelnen, zentralen Maßnahme, sondern wir brauchen vielfältige Maßnahmen. Wir wünschen der Region Neckar-Elz, dass sie hier gute Konzepte vorlegt, die man dann unterstützen kann und die die Energiewende vor Ort auch voranbringen.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort sagen: Es wurde hier immer sehr viel vom Biodiesel geredet. Frau Brenner hatte klar darauf hingewiesen: Wir können, wenn wir Raps anbauen, zunächst das Rapsöl herstellen. Auch das Rapsöl als solches kann schon energetisch genutzt werden, und zwar in stationären Anlagen. Der Bundestag beispielsweise wird durch ein rapsölbetriebenes Blockheizkraftwerk versorgt. Das ist eine Möglichkeit, die wir bei allem Gerede über Biodiesel auch im Auge behalten sollten, denn das ist gegenüber dem Biodiesel die umweltfreundlichere Variante. Damit sage ich nicht, dass Biodiesel umweltunverträglich wäre. Aber wir müssen beide Optionen betrachten und müssen festhalten: Die reine Rapsölverarbeitung ist die energetisch günstigere.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend festhalten: Wir Grünen sehen große Chancen für die energetische Nutzung von Biomasse, insbesondere deshalb, weil sie Landwirten ein zusätzliches Standbein als Energiewirt eröffnet. Damit dies vorankommt, brauchen wir vielfältige Maßnahmen. Das, was die SPD hier gefordert hat, ist ein Beitrag dazu, und wir können diese Initiative nur unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht. Ich habe gerade noch einmal auf die Tagesordnung geschaut und muss feststellen: Der Debatteinhalt hat sich doch merklich verändert gegenüber dem, was ursprünglich angesagt war.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Energiestandort Obrigheim!)

– Energiestandort Obrigheim, in der Tat. Aber nach der Tagesordnung geht es zunächst einmal um die Frage, was man mit Biodiesel und mit nachfolgenden Rohstoffen sinnvollerweise anfangen kann.

Ich bin gern bereit, über Kernenergie und Obrigheim zu reden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Verstehen Sie etwas davon?)

– Herr Abg. Palmer, wenn Sie von anständigen Zwischenrufen etwas verstünden, wäre ich schon dankbar.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zurufe der Abg. Bebbler SPD und Wieser CDU)

Das Thema Kernenergie ist so eine Sache. Wir alle wissen, was es mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie auf sich hat, so nach dem Motto: in 30, 40 Jahren. Bis dahin wird sich viel ändern; vor allem werden sich die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag wieder ändern.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass andere Industrienationen bereits an einer zweiten oder dritten Generation der Kernenergie arbeiten. Aber wir sind die grüne Oase Deutschlands, wir erlauben uns einen hohen sozialen und Wohlstandsstandard. Im Übrigen hängen wir uns ab und betreiben hier ein bisschen Beglückung für alle, zumindest für die grüne Ideologie. So geht es natürlich nicht. So geht es natürlich nicht!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn wir über den Ausstieg aus der Kernenergie reden, dann sagen wir den Leuten ehrlich: Der Ausstieg ist gleichzeitig ein Einstieg in die CO₂-Belastung. Das ist die Realität.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Ich will jetzt erst einmal meine Ausführungen zu Ende führen. Am Schluss kann jeder seine Fragen stellen. Dann bin ich gern bereit, sie zu beantworten.

(Minister Stächele)

Also kurzum: Ich will jetzt wirklich zu dem kommen, was an sich Ausgangspunkt des aufgerufenen Tagesordnungspunkts ist. Ausgehend vom Antrag des Kollegen Teßmer, den ich bereits im Ausschuss beantwortet habe, ist es nämlich die Frage, was wir in der Zukunft mit nachwachsenden Rohstoffen Sinnvolles anfangen können, wie wir das Ganze noch weiterentwickeln können.

Meine Damen und Herren, die ökologischen und volkswirtschaftlichen Vorteile sowie die Vorteile für die Landwirtschaft sind hier im Haus ganz unbestritten. Wir wissen, dass wir damit dazu beitragen können, CO₂-Emissionen zu vermindern, dass wir die gewerbliche Wirtschaft im ländlichen Raum stützen und dass wir vielleicht auch da und dort unsere Landwirtschaft mit weiteren Erwerbseinkommen ausstatten. All das ist richtig.

Die Landesregierung hat diese Situation und diese Chance ja schon seit vielen Jahren erkannt. Immerhin: In Baden-Württemberg werden – das ist nicht unbeachtlich – schon jetzt auf 3 bis 4 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nachwachsende Rohstoffe angebaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man dann noch weiß, was wir als walddreieiches Land beitragen – der Waldanteil beläuft sich immerhin auf 1,4 Millionen Hektar –, und wenn man weiß, was dort an Holz geerntet werden kann, dann ist klar, dass wir im Hinblick auf nachwachsende Rohstoffe überhaupt keinen Nachhilfeunterricht brauchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Es ist keine Frage – das ist unbestritten –, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst einmal einen Durchhänger gab. Man hat sich auf die Nahrungsmittelproduktion konzentriert – aus gutem Grund.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Zum anderen hat die Industrie auf das zurückgegriffen, was verfügbar war und was auch günstig und wirtschaftlich war, nämlich fossile Brennstoffe.

Nun zu der Frage, wie man weiterforschen kann. Zwischen uns und dem Bund besteht seit Jahren eine gute Arbeitsteilung. Der Bund betreibt die Grundlagenforschung bei den nachwachsenden Rohstoffen, und wir im Land versuchen, die Ergebnisse der angewandten Forschung möglichst zur Serienreife zu bringen.

Es gibt bei uns vielfältige Pilotprojekte. Ich will im Waldland Baden-Württemberg bewusst noch einmal unser besonderes Engagement bei der Holzhackschnitzelheizanlage erwähnen. Diese Anlagen werden seit 1995 gefördert.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Ein Zweites, was ich Ihnen sagen will – hören Sie gut zu, Herr Bebber; das ist auch für Sie interessant –:

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Wir reden gegenwärtig über nachwachsende Rohstoffe. Damit ich die Antwort, die ich im zuständigen Landtags-

ausschuss gegeben habe, nicht einfach nur nachvollziehe und wiederhole, sage ich ein bisschen mehr dazu. Wen es nicht interessiert, der soll dies bekunden; es ist auch eine politische Aussage, wenn man da nicht zuhören will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Noch einmal zu dem, was die Landwirtschaft zum Zweiten in besonderer Weise berührt und wo wir eine Vorreiterrolle übernommen haben: Das sind die Biogasanlagen. Was vielen nicht bekannt ist: Bereits seit 1978 werden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Biogasanlagen in Baden-Württemberg gefördert. Das heißt, seit 1978 wird dieser Bereich gefördert, seit einer Zeit, in der es viele, die heute über Umwelt und nachwachsende Rohstoffe diskutieren, noch nicht gab.

Wir wissen: Im Bereich der stofflichen Nutzung ist noch viel zu tun, insbesondere, wenn es um landwirtschaftliche Produkte geht. Da gibt es noch viel zu tun; das ist gar keine Frage. Da kann man auch einmal, wie etwa beim Flachsanbau, lieber Herr Witzel, einen kleinen Reinfall erleben. Wir in Baden-Württemberg haben hier eine Pionierleistung erbracht, wir haben ringsum geforscht. Wir haben Mittel bereitgestellt: seit 1990 etwa 10 Millionen DM, also 5 Millionen €. Wir müssen heute zugestehen: Das, was da investiert worden ist, hat sich nicht so gerechnet, wie man es erwartet hat. Aber das ist natürlich ein gewisses Risiko, das man immer dort eingeht, wo man forscht und sich entsprechende Marktchancen erhofft.

Der zweite Bereich sieht schon besser aus und hat sich erfolgreich entwickelt, nämlich die stoffliche Nutzung im Bereich des Forstes. Ich will das noch einmal erwähnen, weil darüber immer wieder gesprochen wird und die wahren Zahlen nicht bekannt sind. Natürlich haben wir viel Holz verfügbar – durch das Sturmholz aufgrund des Orkans Lothar nun doppelt so viel. Im Zusammenhang mit dem Borkenkäfer sind weitere 2 bis 3 Millionen Festmeter zu erwarten.

(Zurufe von der SPD)

Nun stellt sich die Frage: Was kann man da tun? Energetische Nutzung, beginnend beim Holz: Ich habe ausdrücklich an alle, die vor Ort Verantwortung tragen, appelliert, sie mögen die bestehenden Zuschussmöglichkeiten nutzen.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Immerhin sind seit 1995 auch hier etwa 140 Anlagen gefördert worden. Hier beträgt das Investitionsvolumen ca. 90 Millionen €, wobei wir eine Förderung in Höhe von 10 Millionen € leisten. Das bedeutet im Waldland Baden-Württemberg eine Investition in den nachwachsenden Rohstoff Holz mit einem klaren Ergebnis und einem klaren Erfolg – eine deutliche Aussage der Regierungspolitik.

(Abg. Göschel SPD: Sie sind doch auf dem Holzweg! – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Heiterkeit)

Der zweite Schwerpunkt: Biogasnutzung. Auch hier bestanden in Baden-Württemberg die ersten Anlagen schon Mitte der Siebzigerjahre. Das ist ohne Zweifel eine Zu-

(Minister Stächele)

kunsttechnologie. Die Vermeidungskosten – es gibt zwei Arten davon – sind bei Biogas ebenfalls besonders niedrig. Das ist ein Ansatz, der für uns in der Landwirtschaft besonders interessant ist, weil wir auf der Basis von Großvieheinheiten genau errechnen können, welche Einsparung eine solche Biogasanlage letztlich erbringt. Mit einer Biogasanlage in der Größenordnung von 100 Großvieheinheiten kann der Energiebedarf von 25 Einfamilienhäusern in Niedrigenergiebauweise gedeckt werden. Das entspricht einem Energiewert von ca. 6 000 Liter Heizöl.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ganz klar also: Die Biogasnutzung ist für die Landwirtschaft von Vorteil und soll ausgebaut werden. Wir haben in unseren Zukunftsprogrammen sowohl für 2002 als auch für 2003 entsprechende Mittel bereitgestellt. Die Kollegin Brenner hat das bereits angesprochen.

Das Dritte, um den Bogen über alle Punkte zu spannen, um die es dabei geht: pflanzliche Treibstoffe auf der Basis von Raps.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Gall: Jetzt sind wir beim Thema!)

– Ich glaube, das Denken in Zusammenhängen schadet niemandem, der hier zuhört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen ist es eindeutig richtig, noch einmal darzustellen, worum es geht. Man kann sich nicht gerade das herausuchen, was einem einfällt. Vielmehr muss man schon zuhören. Dann weiß man, welche umfangreiche, ordentliche Regierungspolitik hier betrieben wird.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Der dritte Schwerpunkt also, meine Damen und Herren – auch er ist wichtig –: Wir haben mit Fördermitteln über das Zukunftsprogramm II zusammen mit der Universität Hohenheim auch schon den Einsatz von kaltgepresstem Rapsöl in umgerüsteten Vorkammerdieselmotoren erfolgreich getestet – ein Ergebnis der Universität Hohenheim und ein Ergebnis unseres Mitteleinsatzes. Im Rahmen der Optimierung eines Pflanzenölmotors wurden zusammen mit dem Bund und Rheinland-Pfalz ebenfalls Untersuchungen zu Biodiesel durchgeführt. Insgesamt sind auch hier etwa 5 Millionen € investiert worden.

Eine weitere Steigerung ist sicherlich möglich. Aber, Kollege Teßmer, dazu bedarf es sicherlich noch der Öffentlichkeitsarbeit; das ist gar keine Frage. Ich möchte Ihnen ankündigen, dass wir hier in Karlsruhe im Oktober einen Biomassetag der Regionen durchführen und hier demnächst ein Symposium „Nachwachsende Rohstoffe“ veranstalten wollen.

Zu guter Letzt komme ich in diesem Bereich zum Antrag des Kollegen Teßmer. Ich habe schon im Ausschuss eine Antwort gegeben.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, haben Sie nicht!)

Es ist keine Frage, soweit es um das MLR geht – wir, Kollege Teßmer, sind uns ja einig, dass ich nur zur Ölmühle sprechen kann –

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– ja sicherlich, zur Ölmühle in diesem Fall –: Wir sind dann zur Förderung bereit, wenn ein schlüssiges Konzept vorliegt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Es geht um öffentliches Geld. Öffentliches Geld wiederum kann nur eingesetzt werden, wenn in einer schlüssigen Konzeption aufgezeigt wird, wie angeliefert und wie vermarktet wird. Man fordert also auf jeden Fall eine Marktstudie, eine Perspektivplanung. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann, wenn man öffentliche Mittel einsetzen möchte. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber Sie, lieber Herr Teßmer, haben ja zugesagt, dass dies so vorgetragen wird. Ich bin gern bereit, die Möglichkeit einer solchen Ölmühle zu prüfen.

Im Übrigen bin ich sicher – das Wirtschaftsministerium hat die Stellungnahme ja mit erarbeitet –, dass auch die größere Anlage, eine Rapsölmethylesteranlage, eine ganz andere Dimension, dort im Rahmen der Möglichkeiten gefördert werden kann – Frau Kollegin Brenner hat sogar einen Fördersatz angesprochen –, so denn wiederum ein schlüssig formulierter Antrag eingebracht wird.

Ich bin überzeugt, Herr Kollege Teßmer: Wenn ein engagierter Unternehmer bereit ist und er über ein schlüssiges, tragfähiges Konzept verfügt, wäre es ein Leichtes, ihn zum Wirtschaftsministerium zu geleiten. Ich bin gern bereit, ein Transportmittel vom Bahnhof Stuttgart bis zum Wirtschaftsministerium bereitzustellen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Abg. Teßmer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kollegen von der CDU, lieber Herr Drautz! Ich muss leider noch einmal ans Rednerpult treten, weil manche die Anträge anscheinend nicht lesen. Wir haben im Ausschuss den Antrag Drucksache 13/157 – „Förderung eines Energiezentrums alternativer Energieträger in Obrigheim“ – allgemein und in Bezug auf Obrigheim behandelt und verbeschieden. Wir reden heute über den Antrag Drucksache 13/159: ganz direkt zur Ölmühle und zu Rapsölmethylester in Obrigheim. Das ist etwas anderes. So oberflächlich, wie Sie geredet haben, haben Sie wohl auch gelesen. Das ist schade.

Herr Minister, ich bin tief enttäuscht. Sie sind doch Landwirtschaftsminister und nicht Atombefürwortungsminister.

(Teßmer)

Wo haben Sie denn eben Perspektiven für unsere Landwirte aufgezeigt?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie so weitermachen, dass Sie sagen: „Jetzt prüfen wir einmal“, muss ich mich fragen: Wie oft sollen wir denn noch prüfen? Dann wird die Anlage eben in Bayern gebaut, und dann haben wir etwas verpasst. Es geht hier nicht um lange Prüfungen. Das ärgert mich unheimlich. Frau Brenner war sehr, sehr objektiv und hat sich damit befasst.

(Zurufe von der CDU)

– Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Wenn Sie hier durch Wegreden Wirtschaftsplätze verhindern wollen, muss ich schon einmal etwas lauter werden. Dann möchte ich wenigstens sagen können: Ich war nicht schuld.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Hören Sie doch auf mit der Atomkraft. Es geht darum, dass wir im Mündungsraum der Elz eine Chance haben, und diese zerreden wir im Augenblick, weil Ihnen Ihre Ideologie wichtiger ist als eine kurzfristige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Noch einmal ganz langsam: Im Ausschuss ging es

(Zurufe von der CDU)

um Energiegetreide, um allgemeine Energieverstromung und Ähnliches. Dazu haben wir im Ausschuss gesprochen. Es ging nicht um eine Rapsölmethylesteranlage. Wer Frau Brenner zugehört hat, weiß – das wäre auch von mir schon zu hören gewesen –: Es geht nicht darum, kaltgepressten Raps, der sehr wohl energetisch ist, dadurch ersetzen zu können. Es geht mir darum, dass Daimler-Chrysler, Audi, VW ausdrücklich Biodiesel aus RME, also aus Umesterung, erlauben. Herr Hauk, ich biete Ihnen an: Stellen Sie sich einmal zehn Minuten hinter meinen Audi. Sie werden feststellen: Da riecht es nicht mehr nach einer Pommesfrites-Bude. Der Audi fährt vielmehr anstandslos. Alle Lkws können das. Wir sollten das auch tun. Frau Kollegin Brenner hat deutlich gemacht: Da fällt noch Glycerin an, ein Stoff, den man gut verkaufen kann. Es bleibt nichts Negatives übrig.

Nur: Ich glaube, Sie haben nicht kapiert, warum mir der Bericht heute so wichtig ist. Es geht darum: Wenn wir nichts tun, wird diese Anlage gebaut. Herr Stächele, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen: Bayern hat die Prüfung für das zweite Werk bereits abgeschlossen und sagt: „Wenn ihr das in Ochsenfurt noch einmal baut, helfen wir euch.“ Wir dagegen wollen noch einmal prüfen, was Bayern schon gemacht hat. Ich denke, dort ist Ihr Kanzlerkandidat Ministerpräsident. Da wird er sich bei den Ölmühlen und Ähnlichem im eigenen Land doch nicht irren können.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es geht nicht um die Ölmühle. Frau Brenner, das war Ihr einziger Fehler heute; vielleicht haben Sie sonst noch mehr, das weiß ich nicht.

(Zurufe von der CDU)

Es geht nicht um die Ölmühle. In Mannheim haben wir eine große Ölmühle. Aber wir haben in ganz Baden-Württemberg noch keine Rapsölmethylesteranlage, also eine Umesterungsanlage für Biodiesel. Ich hoffe, da sind wir uns einig.

Noch drei kleine Punkte, damit ich auch die noch loswerde.

Erstens: Das Risiko der Umwandlung von Raps in Biodiesel für Lkws und Pkws ist getestet. Da gibt es nichts Negatives mehr. Vor drei Jahren hätte ich das noch nicht gesagt. Da war die Energiebilanz nämlich negativ.

Zweiter Punkt: Es ist auch keine Frage des Preises mehr. Mir haben alle Spediteure im Neckar-Odenwald-Kreis gesagt: 8 Cent Ersparnis pro Liter rechnen sich auch, wenn man den negativen Fall – auf Neudeutsch Worst Case – nimmt und sagt: Ich habe im Gebirge einen Energieabfall von 4 %. Selbst dann lohnt es sich noch. Wo holen sich die Leute das? Dort, wo es Biodiesel gibt. Da können sie nicht nach Baden-Württemberg gehen. Ich bin baden-württembergischer Abgeordneter genauso wie Sie alle auch. Wir müssen dafür sorgen und sagen: Wenn unsere Landwirte Raps anbauen können – in vierjährigem Rhythmus, alles klar; da sind wir uns auch einig –, dann sollten wir ein Maximum an Bioester für Biodiesel aus baden-württembergischer Erzeugung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht wollen, reden wir in vier Wochen noch einmal und in sechs Monaten noch einmal darüber.

Jetzt noch ein Allerletztes zur Kernenergie. Man kann zu Obrigheim stehen, wie man will – egal, auch wenn Sie irgendwann wieder einmal regieren –: Das Obrigheimer Werk ist nun einmal das älteste. Warum soll ich da nicht sagen: „Solange das läuft, egal, wie lang, kann ich doch trotzdem nebenan, weil das ein ausgewiesener Energiestandort ist, eine Rapsölmethylesteranlage wollen und dazu beitragen, dass sie dort erstellt wird, egal, wann das KWO zugemacht wird – oder auch nicht“? Das hat doch gar nichts miteinander zu tun. Nur, Herr Hauk, an Sie und an die anderen gerichtet: Wenn wir nicht aufpassen, wird es so kommen, dass wir das nicht tun dürfen, damit man später beweisen kann, dass die alternativen Energieträger nicht ausreichen. Das möchte ich nicht zulassen.

Herr Minister, am Schluss ein dritter Satz an Sie: Treten Sie mit dem Wirtschaftsminister einmal in eine deutliche Diskussion ein, und sagen Sie: Wir müssen uns in wenigen Monaten – das darf kein halbes Jahr dauern – einfallen lassen, was wir tun können, damit eine Anlage, die ohne einmalige Hilfe des Landes nicht nach Baden-Württemberg kommen kann, nicht in Bayern gebaut wird. Wir haben das Material, wir haben den Erzeuger, und wir haben die Verbraucher. Das gehört zu uns, und da muss man sich etwas einfallen lassen und Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Kurz!)

Ich bin im Prinzip dagegen, dass man hier im Landtag Wahlkreisthemen erörtert, wenn es sich wirklich nur um lokale Themen handelt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch etwas dagegen, Herr Kollege Teßmer, wenn man wirklich lokal begrenzte Themen an einem vermeintlich landespolitischen Thema aufhängt.

(Beifall bei der CDU)

Es geht zum einen um die Frage der Produktionsmöglichkeiten in der Landwirtschaft. Die Kollegin Brenner hat zum Thema Raps, denke ich, das Notwendige gesagt.

Was wir in dem Zusammenhang zweifelsohne noch tun können und tun müssen – dazu gibt die Europäische Union in der Tat auch Perspektiven –, ist, die Frage zu prüfen, wie wir die Rapserezeuger, die Landwirte, in ihren Vermarktungsanstrengungen unterstützen und begleiten können, nämlich: im Aufbau von schlagkräftigen Erzeugergemeinschaften, die dann in der Tat ein echtes Marktpotenzial erreichen können. Das ist die eine Seite.

Damit ist das landesweite Thema auch schon weitestgehend erledigt. Wir alle – es wird keiner dagegen sein – sind mit Sicherheit der Meinung, möglichst viel Wertschöpfung im Land zu halten.

(Abg. Teßmer SPD: Aber?)

Aber, meine Damen und Herren, eines ist doch auch klar: Das Land Baden-Württemberg, der Staat – das ist unser Selbstverständnis in der CDU-Fraktion – ersetzt nicht den Unternehmer. Der Unternehmer muss die wirtschaftliche Entscheidung und die Standortentscheidung treffen – nicht der Staat. Wir werden alles tun, um die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Investoren auch vernünftige Rahmenbedingungen bekommen, aber wir werden nicht in Ungleichbehandlungen einsteigen, und wir werden nicht jedem Einzelnen die unternehmerische Entscheidung abnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich hielte das auch für überzogen, zumal es bei diesen Verfahren – das ist vielleicht der große Unterschied zu anderen Dingen – nicht um Pilotanlagen, nicht um die Neuentwicklung von Techniken geht. Da sieht es ganz anders aus.

(Abg. Teßmer SPD: Neueinführung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – und das wissen Sie, Herr Witzel, ebenso –, die CDU im Land und die Landesregierung, aber auch die Bundesregierung, aber bisher nur die grüne Seite, sind eigentlich in einem ganz anderen Projekt auf einem ganz ordentlichen Weg, nämlich bei Pilotanlagen, wenn es wirklich um neue Produkte, um Neuentwicklungen geht. Aber im normalen Wirtschaftsleben gilt das Thema Gleichbehandlung. Da hat jeder Investor,

der kommt, in diesem Land die gleichen Ansprüche. Wer eine Veresterungsanlage bauen will, wendet sich an das Wirtschaftsministerium und wird von dort Wirtschaftsförderung nach geltendem Recht bekommen, und jeder, der kommt und eine Ölmühle errichten will – dazu haben vorhin die Kollegin Brenner und der Minister das Notwendige gesagt –, bekommt 25 % Zuschuss, egal, ob das in Donaueschingen, in Obrigheim oder wo auch immer ist. Diese Bedingungen gelten für alle.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

Abg. Hauk CDU: Gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Kollege Hauk, nur noch einmal, damit Sie das klar formulieren: Habe ich richtig verstanden, dass Sie sagen: „Wir müssen warten, ob der unternehmerische Geist eines RME-Umwandlers ausreicht, nach Baden-Württemberg zu kommen“, oder heißt das auch, Sie sind nicht bereit, Anreize zu schaffen, damit jemand, der sonst nicht nach Baden-Württemberg käme, hierher kommt? Lehnen Sie Anreize dafür ab? Das haben Sie nämlich eben gesagt.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Teßmer, für alle Unternehmen in Baden-Württemberg gelten die gleichen Rahmenbedingungen. Genau das habe ich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir – Landesregierung, CDU- und FDP/DVP-Fraktion –, werden jeden unterstützen, der sich um eine Ansiedlung hier bemüht, aber unter gleichen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Witzel hat vorhin zu Recht, denke ich, noch einmal das Thema Kernenergie angesprochen. Das ist sein gutes Recht. Die Meinung der Grünen respektiere ich, aber ich bin froh, dass sie eine Minderheitenmeinung ist und das auch in Zukunft bleiben wird.

Herr Kollege Witzel, Sie haben das Thema Energiemix zu Recht angesprochen. Dazu muss ich sagen: Da sind wir – lassen wir einmal die Kernkraft außen vor – nicht so weit voneinander entfernt. Mit Ihnen gemeinsam sagen wir auch: Der Anteil der regenerativen Energiearten und -träger muss sich erhöhen. Das ist gar keine Frage. Die Schwerpunkte bei den regenerativen Energien setzen wir allerdings etwas anders. Der Schwerpunkt liegt nicht beim Wind, weil die Windenergie die unzuverlässigste Energiequelle überhaupt ist, die wir haben. Das ist die unzuverlässigste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Hauk)

Der Schwerpunkt liegt auch nicht bei der Solarenergie, weil das Potenzial in Deutschland, mit Ausnahmen, für die Photovoltaik breitengradbedingt eben sehr gering ist und auch auf absehbare Zeit sehr gering bleiben wird.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Der Schwerpunkt liegt bei Biomasse, Herr Hauk!)

Das heißt nicht, dass sich Photovoltaik nicht irgendwo anders auf der Welt in anderen Breitengraden rentiert. Unser größtes Potenzial liegt in der Tat im Bereich der Biomasse. Dort liegt auch der Schwerpunkt unserer Anstrengungen – und auch in ein paar anderen Feldern. Ich nenne einmal das Thema Geothermie, Erdwärme, wo wir ein wirkliches Potenzial haben, das für unser Land typisch ist und wo wir auch das Möglichste herausholen können.

Das Letzte noch dazu: Wasserkraft. Herr Kollege Witzel, die Töne höre ich wohl. Nur muss ich natürlich sagen: Bei der großen Wasserkraft – Sie sprechen das Thema in den letzten zwei oder drei Plenardebatten ständig an – frage ich mich, wer denn das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Berlin gemacht hat. Wer hat denn die große Wasserkraft außen vor gelassen?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wer war im Bundesrat dagegen?)

Die große Wasserkraft wäre der einzige verlässliche Energieträger, der überhaupt Kernkraftstrom kompensieren könnte, weil er Grundlaststrom produziert. Nur die große Wasserkraft wäre dazu in der Lage. Und dort haben Sie nichts getan.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Hauk CDU: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Kollege Hauk, wenn Sie hier schon herumpolemisieren, möchte ich Sie wirklich noch einmal fragen: Wie hat das Land Baden-Württemberg – CDU-FDP/DVP-Regierung – im Bundesrat zum Erneuerbare-Energien-Gesetz abgestimmt?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Dr. Witzel, ich bin nicht im Bundesrat.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Dort sind die Mitglieder der Landesregierung. Deshalb müssen Sie die Mitglieder der Landesregierung fragen, wie das Land abgestimmt hat. Ich verdeutliche Ihnen die Position der Fraktion. Ich denke, das haben Sie schon verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genau dasselbe billige Ablenkungsmanöver, das Sie ständig zu betreiben versuchen.

Ich muss noch einmal kurz auf den Kollegen Teßmer zurückkommen, damit wir einmal wissen, worüber wir arbeitsplatzmäßig bei den von ihm vorgeschlagenen Projekt reden. Im Augenblick sind beim Kernkraftwerk Obrigheim

gut 300 Menschen direkt beschäftigt, indirekt über 600, wenn wir alle zugekauften Leistungen einbeziehen. Wir reden andererseits bei der Biodieselanlage über Arbeitsplätze in der Größenordnung zwischen 5 und 15; Minimum fünf oder zwei oder drei, je nach Größe einer Anlage, Maximum 15. Ich sage das nur, damit der Streitwert einer solchen Debatte hier im Landtag einmal erkennbar wird.

Dasselbe Ablenkungsmanöver, Herr Kollege Dr. Witzel, betreiben Sie jetzt auch wieder.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch kein Ablenkungsmanöver!)

Sie sagen zu Recht, wir müssten die Wirkungsgrade fossiler Energieträger in diesem Energiemix erhöhen, und setzen zu Recht auf das Thema Kraft-Wärme-Kopplung. Dafür bin ich auch: dezentrale Anlagen, mehr und größere mit effizienterem Einsatz fossiler Energieträger. Sie verschweigen aber, dass der Anteil der regenerativen Energieträger den Kernkraftstrom nie auch nur annähernd wird ersetzen können.

(Zuruf von den Grünen: Falsch!)

Sie verschweigen aber auch, dass der technische Fortschritt im Bereich der fossilen Energieträger niemals diesen wegfallenden Anteil aus Kernkraftstrom wird ersetzen können. Sie streuen den Leuten Sand in die Augen. Herr Kollege Witzel, Sie verschweigen, dass sich in einem liberalisierten Strommarkt natürlich alle nach dem billigsten Anbieter ausrichten werden, der Grundlast liefert. Billigen Grundlaststrom kriegen Sie heute in Europa nachgeworfen aus dem Baltikum, aus Tschechien, aus Ungarn, aus Rumänien, aus Frankreich, und überall dort ist es Kernkraftstrom. Genau den werden Sie importieren. Wir importieren mehr Unsicherheit und nicht mehr Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb, Herr Kollege Dr. Witzel, geben Sie den Menschen hier in diesem Land Steine statt Brot. Das ist die Wahrheit. Sie streuen ihnen regelmäßig mit Vernebelungstaktiken Sand in die Augen. Aber ich habe den Eindruck, die Menschen haben das durchschaut. Deshalb werden wir uns auf einen spannenden Wahlkampf und auf ein spannendes Ergebnis freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will einfach noch einmal zu Protokoll geben: Bis jetzt liegt uns kein Antrag vor. Ich werde Sie alle unterrichten, wenn denn der Antrag endlich eingegangen ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich bekomme immer mehr den Eindruck – davor würde ich warnen, Herr Teßmer, weil Sie es gut meinen –: Man soll sich auch nicht vor den Karren eines Unternehmers span-

(Minister Stächele)

nen lassen, der vielleicht einmal da und dort die Förderkulisse austesten will.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch billig!)

– Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass das wohl überlegt sein will. Deswegen warten wir ab. Wenn der Antrag eingegangen ist, dann können wir ihn prüfen, was unsere Anlage anbelangt, im MLR, im anderen Fall im Wirtschaftsministerium. Das ist überhaupt keine Frage.

Nur um zu zeigen, dass in Baden-Württemberg die Dinge auch wirklich positiv begleitet und gefördert werden: Wir hatten gestern die Meldung, in Konstanz sei jetzt die größte Biogasanlage in Betrieb gegangen. Meldung vom 15. Mai 2002! Die Gesamtkapazität liegt bei 900 000 Kilowattstunden Strom. Deshalb dürfen Sie jetzt nicht einen Popanz nach dem Motto aufbauen: Dieses Land will nicht, tut nichts, hat keine Lust. Nein, wir brauchen Unternehmer. Wir können keine Planwirtschaft haben, sondern wir brauchen Unternehmer, die vorangehen, und dann sind wir bereit, fördernd zu begleiten. Aber jetzt, bitte schön, sollen zuerst die Unternehmer A sagen, und dann sagen wir B dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

Wir haben zunächst abzustimmen über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP betreffend Energiestandort Obrigheim, Drucksache 13/993.

(Abg. Teßmer SPD meldet sich zu Wort.)

– Herr Abg. Teßmer, wir sind in der Abstimmung.

(Abg. Teßmer SPD: Darf ich vorschlagen, über die Ziffern 1 und 2 dieses Antrags getrennt abzustimmen?)

– Gerne.

Ich rufe zunächst Ziffer 1 dieses Antrags zur Abstimmung auf. Wer der Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 2 dieses Antrags auf. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 2 ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag Drucksache 13/159 erledigt.

Damit haben wir Punkt 4 der Tagesordnung insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungszustellungsgesetzes – Drucksache 13/968

Meine Damen und Herren, hier ist keine Aussprache vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung der Landesregierung zur Revision des Regionalisierungsgesetzes im Bundesrat – Drucksache 13/981

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Im Zusammenhang damit rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Verbesserung statt Stillstand –, Drucksache 13/994, auf.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ist schon zu Ohren gekommen, dass einige Kollegen dieses Themas herzlich überdrüssig sind und nicht mehr über Regionalisierungsmittel debattieren möchten. Dafür gibt es eine einfache Lösung: Am 31. Mai 2002 findet im Bundesrat eine Abstimmung statt. Sorgen Sie dort dafür, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes endlich positiv erledigt wird. Dann müssen wir im Landtag nie mehr darüber diskutieren.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist völlig unstrittig, dass diese Debatte notwendig ist. Der Landtag hat vor einem halben Jahr einen Beschluss gefasst in einer Situation, die einer Tarifaueinandersetzung ähnelte. Als nämlich der Finanzminister harte Kürzungen durchsetzen wollte, haben wir im Landtag uns mit einer hohen Forderung gemeinsam an die Bundesregierung gewandt, um am Ende zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Jetzt liegt ein Ergebnis vor. Wie bei Tarifverhandlungen hat man sich in der Mitte getroffen, übrigens exakt an dem Punkt, den die grüne Bundestagsfraktion vorgeschlagen hat: 6,75 Milliarden € für alle Bundesländer gemeinsam.

Unstrittig ist auch, dass wir ein neues Gesetz benötigen, denn beim Regionalisierungsgesetz wurde eine Revision nach fünf Jahren vorgesehen. Diese sind mittlerweile verstrichen. Die Revision hat noch nicht stattgefunden; wir sind also ohnehin im Verzug und unter Zeitdruck. Es ist inhaltlich notwendig, ein neues Gesetz zu schaffen, denn die Kopplung an die Umsatzsteuer hat sich, meine Damen und Herren, als schwieriges Element der alten Regelung erwiesen. Mal geht es stark auf-, mal aber wieder abwärts. Es ist noch gar nicht klar, was im Falle einer Abwärtsentwicklung eigentlich geschehen soll. Wir brauchen hierfür eine Klärung.

Die Frage kann also nicht lauten: Ist diese Debatte oder das Gesetz notwendig? Die Frage ist nur: Ist der vorliegende Gesetzentwurf gut? Bringt er den öffentlichen Personennahverkehr voran?

Ich bin der Meinung, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Erfolgsgeschichte des öffentlichen Personennahverkehrs der letzten Jahre, seit 1996 fortsetzen wird. Das goldene Zeitalter liegt mit diesem Entwurf überhaupt erst vor uns, Herr Minister Müller.

(Boris Palmer)

Was umfasst der Gesetzentwurf? Er umfasst zunächst einmal – das war Vorschlag der grünen Bundestagsfraktion – 100 Millionen € pro Jahr zusätzlich für alle Bundesländer für die Übernahme des Interregioverkehrs. Dieser Vorschlag ist zielgenau auf das Problem gerichtet, dass sich die Bahn aus der Fläche zurückziehen will und die Länder eigentlich nicht zuständig sind. Nun erhalten die Länder die Zuständigkeit und die notwendigen Mittel. Damit kann der Interregio wieder aufs Gleis; er kann sogar besser werden als in der Vergangenheit.

Zweitens liegt der jetzt vorliegende Kompromiss 200 Millionen € über dem ursprünglich von Hans Eichel avisierten Wert. Mit 200 Millionen € Aufschlag lässt sich einiges anfangen. Der Kompromiss von 6,75 Milliarden € liegt ebenfalls 200 Millionen € über dem Wert, der den Ländern nach der geltenden Berechnungsformel, nämlich in Koppelung an die Umsatzsteuer, zusteht. Überdies liegt dieser Wert 600 Millionen € über den 12 Milliarden DM, die 1998, zu Beginn der rot-grünen Regierungszeit, an die Länder ausbezahlt wurden. Im Gegensatz zum Vorhaben von Hans Eichel, der die Beträge für die nächsten fünf Jahre festschreiben, nicht dynamisieren wollte, ist jedes Jahr eine 1,5-prozentige Erhöhung der Regionalisierungsmittel vorgesehen.

Sie sehen also: Dieses Gesetz ist gut für den öffentlichen Verkehr insgesamt; dieses Gesetz ist auch gut für das Land Baden-Württemberg. Baden-Württemberg erhält im Jahr 2002 nach dem Gesetzentwurf 706 Millionen € für den öffentlichen Personennahverkehr. Dieser Betrag steigt bis zum Jahr 2007 auf 760 Millionen €. Das sind für das laufende Jahr 2002, meine Damen und Herren, 55 Millionen € mehr, als Sie im vergangenen Jahr ausgeben konnten – 55 Millionen € freie Mittel für mehr Verkehr, zum Beispiel für den Interregio von Karlsruhe nach Konstanz, oder für die Verbesserung des Interregioverkehrs zwischen Karlsruhe und Stuttgart, der ebenfalls bedroht ist, oder für die Einrichtung eines schnellen Verkehrs im Stundentakt von Pforzheim nach Stuttgart und Karlsruhe. Bisher gibt es diese schnellen Verbindungen nur alle zwei Stunden.

Überdies ist der Kompromiss gut für das Land, weil für das Jahr 2001 eine Rückzahlungsforderung des Bundesfinanzministers in Höhe von 40 Millionen € nicht geltend gemacht wird. Die Rückzahlung ist über die Abschlagszahlungen bereits erfolgt. Es werden also 40 Millionen €, auf die es keinen rechtlichen Anspruch gibt, zusätzlich an das Land Baden-Württemberg überwiesen.

Schließlich und endlich bekommen wir Planungssicherheit. Auf vier oder fünf Anträge der Fraktion der Grünen haben wir in den letzten sechs Monaten nämlich immer dieselbe Antwort erhalten, wenn es um Verbesserungen für den öffentlichen Personennahverkehr ging: „Hierzu ist im Moment keine Aussage möglich, weil das Land keine Sicherheit über die zur Verfügung stehenden Mittel hat.“ Wir erhalten diese Planungssicherheit und können die Projekte in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf ist grüne Handschrift pur. Er ist die exakte Umsetzung unserer Idee zur Rettung des Interregioverkehrs. Es ist eine Punktlandung bei der finanziellen Ausstattung: 706 Millionen € für Baden-Württemberg sind auf die Kommastelle

genau der Betrag, den wir in den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister durchsetzen wollten. Herr Minister Müller, auch wenn Ihr Stellvertreter heute redet: Sie hatten uns eigentlich Lob zugesagt, wenn wir dieses große Ziel erreichen. Wir haben es erreicht. Ich verzichte auf das Lob, aber ich erwarte endlich Zustimmung im Bundesrat, damit es mit dem öffentlichen Personennahverkehr vorangehen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in diesem hohen Haus schon öfter über die Frage unterhalten, wie es mit den Regionalisierungsmitteln weitergehen soll. Bis jetzt stand am Ende der Debatten immer eine einmütige Entscheidung quer durch dieses hohe Haus.

Ich habe nichts dagegen, dass wir uns heute erneut über das Schicksal der Regionalisierungsmittel unterhalten, weil es jetzt, wenn ich das einmal so ausdrücken darf, um die Wurst geht. Herr Kollege Palmer, was Sie an Zahlen vorgetragen haben, ist alles in Ordnung. Sie haben nur verschwiegen, dass noch lange nicht ausgestanden ist, ob wir nicht noch mehr bekommen könnten, als Sie in Ihrer Rede eben dargestellt haben.

(Oh-Rufe von der SPD)

Worum geht es?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Geld!)

Herr Kollege Palmer hat über den Gesetzentwurf gesprochen, wie er auf Antrag des Landes Schleswig-Holstein aus dem Bundesrat kam und wohl in dieser Woche im Bundestag in zweiter und dritter Lesung mit der Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen verabschiedet wird. Danach sollen die Länder ab diesem Jahr insgesamt 6,745 Milliarden € an Regionalisierungsmitteln bekommen.

Im Gegensatz dazu gibt es den Antrag des Landes Bayern, dem Baden-Württemberg beigetreten ist. Dieser Antrag von Bayern und Baden-Württemberg enthält genau das, was die Verkehrsministerkonferenz im Herbst des vergangenen Jahres einstimmig vorgeschlagen hat. Danach betrügen die Regionalisierungsmittel nicht 6,745 Milliarden €, sondern 7,06 Milliarden €.

Bekanntlich bekommt Baden-Württemberg von den Regionalisierungsmitteln etwa 11 %, sodass wir uns für das Jahr 2002 darüber unterhalten, ob Baden-Württemberg 34,5 Millionen € mehr oder weniger bekommt. Diese 34,5 Millionen € unterlägen wie der Gesamtbetrag in den kommenden Jahren natürlich auch der Dynamisierung.

Ich stelle ganz einfach fest, Herr Palmer: Sie wollen mit Ihrem Antrag von uns die Zustimmung, freiwillig auf jährlich 34,5 Millionen € in Baden-Württemberg zu verzichten.

(Widerspruch bei den Grünen – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

(Scheuermann)

Diese Zustimmung, Herr Kollege Palmer, bekommen Sie von den Regierungsfractionen nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich bedauere ausdrücklich, dass Sie dann, wenn es um die Wurst geht, die Gemeinsamkeit in diesem hohen Hause aufkündigen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist nicht wahr! – Zuruf
des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen fünf Gründe dafür nennen,

(Abg. Capezzuto SPD: So wenig!)

warum wir von den regierungstragenden Fractionen nach wie vor an dem Vorschlag der B-Länder festhalten. Nun werden Sie mir nachher natürlich Folgendes entgegenhalten:

(Abg. Dr. Caroli SPD: Vorwerfen!)

Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. – Aber vielleicht haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Wenn wir im Bundesrat jetzt nicht so wollen, wie Sie es von uns verlangen, dann gibt es nur noch die Alternative, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Aber von der jüngsten Behandlung des Gesetzentwurfs im Bundesrat bis zur kommenden ist eine ganz wesentliche Änderung eingetreten. Wir haben nämlich eine neue Regierung in Sachsen-Anhalt, und damit haben die B-Länder plötzlich die Mehrheit. Von dieser Änderung haben Sie überhaupt nicht gesprochen, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Ber-
roth FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Jetzt sind wir
beim Rechnen!)

Zum Abschluss nenne ich die fünf Gründe, weshalb wir nach wie vor über den Weg des Vermittlungsausschusses versuchen wollen, 34 bis 35 Millionen € im Jahr mehr zu bekommen, als es der Antrag des Herrn Boris Palmer bzw. der Grünen von uns verlangt.

Erster Grund: Wir wollen für den ÖPNV so viel Geld wie nur irgend möglich. Deshalb haben wir überhaupt nichts zu verschenken. Ich gehöre nun im 14. Jahr diesem Parlament an, und es ist das erste Mal, dass eine grüne Fraktion freiwillig auf Geld für den öffentlichen Personennahverkehr verzichtet.

(Abg. Blenke CDU: Unglaublich!)

Zweitens: Wir sehen überhaupt keinen Anlass dafür, uns von dem einstimmigen Beschluss der Verkehrsminister vom Herbst vergangenen Jahres in Dresden zu verabschieden.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Drittens weiß Herr Palmer genauso gut wie wir alle: Wir haben bei uns im Land riesige Aufgaben im öffentlichen

Personennahverkehr vor uns. Um dieser riesigen Aufgaben willen können wir es uns nicht leisten – beinahe hätte ich gesagt: bis zum letzten Blutstropfen –, nicht um so viel Geld zu kämpfen, wie nur irgend möglich zu bekommen ist.

Viertens: Es ist jetzt klar – da gibt es zwischen den beiden Gesetzentwürfen keinen Dissens –, dass die Länder die Zuständigkeit für die Nachfolgeverkehre des Interregio bekommen. In beiden Gesetzentwürfen sind dafür 105 Millionen € vorgesehen. Davon entfallen wiederum etwa 11 % auf das Land Baden-Württemberg. Dieses Geld reicht bei weitem nicht aus, um die Nachfolgeverkehre in Baden-Württemberg zu organisieren, die für einen vollwertigen Ersatz des Interregioverkehrs erforderlich sind. Auch aus diesem Grund besteht überhaupt kein Anlass, freiwillig auf Geld zu verzichten.

Fünfter und letzter Grund: Weshalb ausgerechnet ein Land mit einem solchen finanziellen Hintergrund wie Schleswig-Holstein einen Kompromissvorschlag macht, der für die Länder weniger Geld bedeutet, verstehe, wer will. Das kann man anscheinend nur machen, wenn man voll am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt. Wenn das nicht der Fall wäre, wäre die Pleite des Landes Schleswig-Holstein schon längst offensichtlich, die jetzt eben nur verschleiert ist. Aber so ein Land kann nach meinem Dafürhalten noch viel weniger als Baden-Württemberg freiwillig auf Geld verzichten.

Alles zusammengenommen, meine Damen und Herren: Wir kämpfen vonseiten der Regierungsfractionen für so viel Geld für den ÖPNV wie nur irgend möglich. Wir sind nicht von vornherein bereit, auf einen gewissen Anteil zu verzichten, sondern wir meinen: Wir lassen es darauf ankommen.

Zum Schluss fordere ich Sie ausdrücklich auf: Kündigen Sie nicht dann, wenn es zum Schwur kommen soll, die bisherige Gemeinsamkeit in diesem hohen Hause auf.

Ich bin nun sehr gespannt, welche Haltung die SPD einnimmt – die Haltung Palmer oder die Haltung Scheuermann.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei
Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD:
Vorschusslorbeeren!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Vielen Dank, meine Kolleginnen und Kollegen, für den Vorab-Applaus.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, ich kann Ihnen, Herr Scheuermann, dazu eine sehr klare Antwort geben. Sie haben es erwähnt, und es ist richtig: Wir hatten uns schon in der Vergangenheit mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt. In der Tat hatten wir – zumindest was die Zielvorstellung betraf – hier einvernehmliche Lösungen angestrebt.

(Kaufmann)

Das heutige, etwas trockene Thema „Revision des Regionalisierungsgesetzes“ hat allerdings einen wichtigen Kern. Dieser wichtige Kern heißt: Schaffen wir es, die Finanzierung des regionalen Schienenpersonenverkehrs im Interessenausgleich zwischen Bund und Ländern für alle Beteiligten erfolgreich zu gestalten? Dazu, Herr Scheuermann, haben Sie nichts gesagt. Es ist nämlich nicht so, dass wir allein bestimmen könnten, in welche Richtung es geht, sondern wir sind darauf angewiesen, im Einvernehmen mit dem Bund und den übrigen Bundesländern zu einer sachgerechten Lösung zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Es darf Sie, meine Damen und Herren, ja auch nicht verwundern, dass es in einer Auseinandersetzung um die finanziellen Mittel, hier um den Anteil der Länder am Mineralölsteueraufkommen, zunächst einmal zwischen den Bundesländern und dem Bund unterschiedliche Ausgangspositionen gibt. Es kommt aber darauf an, dass man sich aufeinander zu bewegt. Was die Forderungen betrifft, so ist es sicher wichtig, dass wir hier gemeinsam Solidarität gezeigt haben. Aber wenn endlich ein Ergebnis da ist, wenn vernünftige Lösungen auf dem Tisch sind, dann, meine Damen und Herren, hat es keinen Sinn, sich denen zu verweigern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben unsere Aufgabe wahrgenommen. Das haben wir auch in der letzten Debatte gesagt, als wir über das Ergebnis der Verkehrsministerkonferenz gesprochen haben. Wir haben gesagt, wir sind mit dem Vorschlag des Bundesfinanzministers, der sicher einen guten Job macht und auch dafür sorgt, dass das Geld bei ihm in der Kasse bleibt, nicht einverstanden. Wir haben unsere baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten und die verkehrspolitischen Sprecher auf den Weg geschickt.

Herr Palmer, der neue Entwurf trägt nicht nur die grüne Handschrift. Wenn ich es richtig sehe, ist das ein Koalitionsentwurf, auf dem steht: SPD und Grüne.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich verstehe Ihre Position, aber es ist in der Tat ein gemeinsamer Entwurf der Koalitionsfraktionen.

Herr Scheuermann, diese Gemeinsamkeit geht wesentlich weiter. Sie geht auch über unsere Parteigrenzen hinaus. Deshalb wundert mich der Antrag der CDU-Fraktion, jetzt noch einmal den Vermittlungsausschuss anzurufen. Denn ich denke, Sie wissen auch, dass gestern zwei entscheidende Sitzungen stattgefunden haben.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Zunächst hat der Verkehrsausschuss des Bundesrates das Anliegen von Baden-Württemberg und Bayern beraten. Nur zwei Bundesländer haben diesem Entwurf zugestimmt, Bayern und Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Hört, hört!)

Alle anderen haben sich dem Kompromissvorschlag von Schleswig-Holstein, der dem der Koalitionsfraktionen im

Bundestag entspricht, angeschlossen. Das ist doch eine deutliche Sprache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Was soll also der Aufruf, den Streik weiter zu betreiben? Wenn sich die IG Metall so verhalten hätte, wäre auch bei den Tarifverhandlungen kein Ergebnis zustande gekommen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Man kann den Streit nicht unendlich fortsetzen.

Ich kann da noch eins draufsetzen. Gestern hat auch der Haushaltsausschuss des Bundestags getagt und sich mit dieser Thematik auseinander gesetzt. Der Koalitionsentwurf hat dort über alle Parteigrenzen hinweg einstimmige Zustimmung gefunden.

(Zurufe von der SPD zur CDU)

Was wollen Sie also jetzt noch mit Ihren Kampfaufrufen gegen die Bundesregierung? Natürlich sind 7 Milliarden immer besser als 6 Milliarden, 5 % sind immer besser als 2,5 %.

(Abg. Drexler SPD: 10 Milliarden sind mehr!)

Aber wir müssen heute mit dem politischen Taktieren aufhören. Wir müssen zu Lösungen kommen, denn unser Nahverkehr braucht sie dringend.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Wir möchten, dass der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Schiene vorangeht, damit wir zu einem qualitativ besseren Angebot kommen. Das, meine Damen und Herren, ist nur möglich, wenn wir auch mehr Wettbewerb auf der Schiene zulassen, als das bislang der Fall ist. Dazu fehlen meines Erachtens die notwendigen und hinreichenden Anstrengungen aufseiten der Landesregierung. Das darf man an dieser Stelle auch noch einmal festhalten. Es kann nicht sein, dass man einfach immer mehr Geld vom Bund fordert und die eigentlichen Aufgaben vor Ort vernachlässigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie haben möglicherweise alle bei Ihrem Besuch in Karlsruhe gesehen, welches Wagenmaterial auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Konstanz fährt. Da haben wir von den bisherigen Investitionen noch nichts gemerkt. Wir kennen in dieser Region allerdings die Beschwerden über museumsreifes Wagenmaterial, über überfüllte Züge im Nahverkehr und die Wünsche nach besseren Anbindungen. Das Thema Schwarzwaldbahn und die Klagen der betroffenen Gemeinden sind dem Haus und auch der Landesregierung bekannt. Deshalb muss hier etwas geschehen. Ich habe in einer Presseerklärung vom 13. Mai gelesen, Herr Mappus, dass die Ausschreibung für die Schwarzwaldbahn, die wir schon lange gefordert haben, jetzt endlich auf den Weg gebracht wird.

(Abg. Drexler SPD: Endlich! – Abg. Bebbler SPD: Wie lange hat das gedauert!)

(Kaufmann)

Das Land hat sehr viel Geld allein in die Modernisierung des Wagenmaterials von DB Regio gesteckt. Beim IR-Ersatzverkehr auf der Rheinschiene und im Schwarzwald haben wir davon allerdings noch nichts gemerkt. Wenn man sich im Karlsruher Hauptbahnhof umschaute, blickt man nur sehr neidisch auf die modernen Züge, die nach Rheinland-Pfalz fahren. Dort hat sich offensichtlich sehr viel mehr getan als hier bei uns im Lande.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Aus Niedersachsen hört man, dass dort ein landeseigener Fahrzeugpool angeschafft werden soll, der dann von den NE-Unternehmen gemietet werden kann. Den Wettbewerb muss man eben organisieren; dafür muss man etwas tun. Es wäre eine wichtige Aufgabe für Baden-Württemberg, mit solchen Einrichtungen den Wettbewerb zu unterstützen und zu fördern, sodass wir dann durch die Konkurrenz und den Wettbewerb zu besseren Angeboten kommen. Allein der Ruf nach mehr Geld genügt nicht.

Ich möchte deshalb abschließend noch einmal auf den Antrag und auf die finanziellen Dimensionen, die darin angesprochen werden, eingehen. Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen. Denn erstens: Mit den 6,745 Milliarden € erhalten alle Bundesländer mehr als in der Vergangenheit, und das sind über 200 Millionen € mehr als das ursprüngliche Angebot des Bundes.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zweitens: Bei der Dynamisierung handelt es sich um eine vertretbare Regelung. Wir erhalten jährlich 1,5 % mehr. Ursprünglich wollte der Bund überhaupt keine Dynamisierung zulassen. Ich denke, wir haben hier erfolgreich über die Fraktionen interveniert.

Schauen Sie sich den finanziellen Zuwachs einmal an: Der Zuwachs von 2002 bis 2007 beträgt etwa eine halbe Milliarde Euro. Der Zuwachs, den wir von 1997 bis 2002 hatten, lag in der gleichen Größenordnung. Insoweit, denke ich, kann man damit leben, zumal letztendlich der Bund auf die Rückforderung zu viel gezahlter Mittel aus den Jahren 1998 bis 2001 mit einem Volumen von rund 700 Millionen € verzichtet. Das ist ebenfalls ein enormer Zuwachs, der uns zur Verfügung steht. Damit können wir den Personennahverkehr auf der Schiene vernünftig gestalten.

(Abg. Drexler SPD: Vorher gab es gar nichts!)

Deshalb mein Appell: Angesichts der Entscheidungen im Bundesrat und in den entsprechenden Ausschüssen im Bundestag halte ich es für Ihre Pflicht und Schuldigkeit, dem vorliegenden Kompromiss zuzustimmen, damit wir die notwendige Planungssicherheit haben, damit das Verfahren nicht verzögert wird und wir nicht in die Sommerpause hineinkommen und gegebenenfalls in diesem Jahr zu keiner Regelung mehr kommen. Das wäre die schlechteste Lösung, meine Damen und Herren. Das können auch Sie nicht vertreten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Drexler SPD: Herr Scheuermann, die gleiche Rede haben Sie vor vier Jahren gehalten!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege Palmer hat schon das Richtige erahnt: Eigentlich ist es unnötig, diese Debatte noch zu führen, weil wir zu diesem Thema schon x-mal im Landtag geredet haben.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

Herr Kollege Kaufmann, wenn schon alles so in trockenen Tüchern ist, wie Sie sagen, dann hätten Sie auf diese Debatte auch verzichten können.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich frage mich allerdings: Warum führen wir diese Debatte?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wie armselig muss eine Bundesregierung dran sein, wenn die Grünen schon bei einem solchen Thema erwägen, eine namentliche Abstimmung zu beantragen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

und wenn sie damit das Verhalten der Landesregierung vorab zementieren wollen? Will man vielleicht mit der wortreichen Begründung davon ablenken, dass gerade die jetzige Bundesregierung im öffentlichen Nahverkehr nicht sehr viel zustande gebracht hat?

(Abg. Hillebrand CDU: Gar nichts!)

Gerade das Geschehen und die Diskussion um die Regionalisierungsmittel zeigen uns doch auf,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

wie nachteilig es für Baden-Württemberg sein könnte, sich schon jetzt festzulegen. Schließlich gab es schon einmal einen einstimmigen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz. Die Bundesregierung hat diesen damit abgeräumt, dass sie einzelne Länder aus der geschlossenen Phalanx herausgekauft hat.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Der Kollege Scheuermann hat darauf hingewiesen: Wir haben jetzt eine andere Situation im Bundesrat. Heute Mittag wurde Herr Böhmer in Sachsen-Anhalt zum Ministerpräsidenten einer CDU/FDP-Koalition gewählt. Jetzt warten wir doch einmal ab.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Warum soll sich nicht auch Baden-Württemberg einmal um Nachbesserungen bemühen? Die Ankoppelung der Dynamisierung an die Umsatzsteuer erscheint uns schon deshalb als die bessere Regelung, weil wir davon ausgehen, dass es im Herbst dieses Jahres auch in Berlin eine neue Regierung geben wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Heiderose Berroth)

Dass diese neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftsgeschehen verbessern und dass es damit auch wieder eine positivere Umsatzsteuerentwicklung geben wird, ist sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich bin auch zuversichtlich, dass eine neue Bundesregierung dem Bereich Verkehr wieder das richtige Gewicht gibt

(Abg. Drexler SPD: Wie früher!)

und dass es dabei nicht nur um eine Herausforderung an die Deutsche Bahn geht, sich endlich wieder ihren Aufgaben zuzuwenden

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine selbstständige AG!)

– aber die Bundesregierung ist im Aufsichtsrat vertreten; Sie vergessen das immer wieder –, sondern dass auch die Förderung von umweltfreundlichen und attraktiven Angeboten der Bahn im Fern- und Nahverkehr wieder eine herausragende Position einnehmen wird.

(Abg. Drexler SPD: Wie früher!)

Dass die Grünen und nun offensichtlich auch die SPD sich vorschnell mit kleinen Lösungen zufrieden geben, ist deren Sache. Wir wollen für Baden-Württemberg das Beste und fordern die Landesregierung auf, entsprechend zu verhandeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der SPD: Genau wie in Bonn! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Staatssekretär Mappus: Halt! Die Regierung gibt es auch noch!)

– Entschuldigung! Herr Staatssekretär Mappus, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Mappus: Frau Vizepräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war ganz interessant, wie die Diskussion jetzt geführt wurde. Herr Kaufmann, ich fand vor allem Ihr Argument schon bemerkenswert, man müsse jetzt zustimmen, ansonsten verzögere sich das Ganze bis nach der Sommerpause, und das wäre nicht zumutbar. Ich darf nur darauf hinweisen, dass im Regionalisierungsgesetz steht, bis zum 31. Dezember 2001 müsse eine Nachfolgeregelung gefunden werden. Das hat die Bundesregierung nicht geschafft.

(Zurufe der Abg. Birzele und Bebbler SPD)

Sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen: „Jetzt müssen wir das aber schnell beschließen, sonst wird das nichts“, das finde ich schon eine bemerkenswerte Argumentation. Das muss ich bei dieser Gelegenheit doch sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das Thema Revision ist deshalb kompliziert, weil es um die Finanz- und die Sachrevision, vor allem aber auch um sehr viel Geld geht. Insofern ist es interessant, dass seit der letzten Diskussion, die wir hier geführt haben, ein Schwenk erfolgt ist. Denn beim letzten Mal, meine Damen und Herren, haben wir in einem Antrag die Eckpunkte beschlossen, die im Regionalisierungsgesetz enthalten sein sollten. Vielleicht darf ich das noch einmal kurz ins Gedächtnis rufen: 7,06 Milliarden € pro Jahr, 100 Millionen € für den Interregio und eine Steigerung, gemessen an der Umsatzsteuer. Das haben alle hier einstimmig beschlossen. Und kein Vierteljahr später stellen Sie sich am heutigen Tag hier hin und sagen: Wir müssen jetzt einem Kompromiss, der uns deutlich benachteiligt, zustimmen,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

weil wir ansonsten keine Einigung mit der Bundesregierung erzielen können.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Am heutigen Tage – nur zu Ihrer Information – wurde die neueste Steuerschätzung, vorgenommen im Hause Eichel – dann muss sie ja stimmen –, veröffentlicht. Darin ist unter anderem die Entwicklung der Umsatzsteuer für die nächsten Jahre enthalten. Sie sieht im Schnitt 3,6 % vor. Sie schlagen eine Dynamisierung von 1,5 % vor. Das hieße, wir verlören pro Jahr mehr als 2 %, was allein in den nächsten fünf Jahren 400 Millionen € für Baden-Württemberg ausmache. Innerhalb von fünf Jahren wären das 400 Millionen € weniger Geld für Baden-Württemberg. Ich glaube, da ist es schon einmal erlaubt, hier darüber nachzudenken, ob es eine gute Idee wäre, diesem Vorschlag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Birzele und Bebbler SPD)

– Nein.

Jetzt kommen wir einmal zum Thema Bundesrat, weil das hier so nett angeschnitten wurde. Zunächst einmal komme ich zu der Verkehrsministerkonferenz im Oktober letzten Jahres. Der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der dann als Erster eingeknickt ist, hat damals das große Wort geführt, wie schwierig die Situation für die Länder sei und was wir da alles machen müssten. Genau diese Länder sind jetzt eingeknickt. Rufen Sie sich die Zahlen von gestern einmal in Erinnerung, wie die Abstimmungen gelaufen sind.

Übrigens, Herr Kaufmann, hat auch nicht gestimmt, was Sie dazu gesagt haben. Sie haben nämlich bei dem Antrag, den Sie maßgeblich zitiert haben, verschwiegen, dass im Bundesrat sechs Enthaltungen dabei waren, unter anderem auch von A-Ländern. Man kann sich auch einmal Gedanken darüber machen, warum das der Fall war. Wenn aber Bayern und Baden-Württemberg diejenigen sind, die hinstehen und das umsetzen, was Sie mit beschlossen haben, und Sie sich einen Tag später hier hinstellen und das kritisieren, ist das wirklich der Oberhammer, zumal vor dem Hintergrund, dass dem Land Baden-Württemberg dadurch wirklich jedes Jahr Hunderte von Millionen Euro verloren gehen.

(Staatssekretär Mappus)

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, dass es die Aufgabe eines Landesparlaments sein kann, die Politik anderer Bundesländer zu machen. Übrigens war das Land Schleswig-Holstein so großzügig, gleich einen Änderungsantrag mit dem Inhalt zu stellen, dass es in Zukunft trotzdem mehr Geld für Schleswig-Holstein geben sollte, nur für andere Länder weniger. Ich glaube nicht, dass es unsere Aufgabe ist, hier Beschlüsse zu fassen, die praktisch zu Lasten des Landes Baden-Württemberg gehen. Wenn das nach Ihrer Ansicht die Aufgabe eines Landtagsabgeordneten ist, dann kann ich nur sagen: Dann haben Sie andere Vorstellungen von diesem Amt, als ich sie habe.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Bei den Spielhallen macht ihr es doch auch!)

Herr Kaufmann, Sie haben – wenn ich Sie in einem Punkt zitieren darf – zu erkennen gegeben, dass Sie bestimmte Differenzierungen noch immer nicht so ganz begriffen haben. Ein Beispiel: Sie haben – ich zitiere Sie – gesagt, auf der Strecke Karlsruhe – Konstanz hätten wir altes Wagenmaterial, während wir in anderen Bereichen des Landes schönes neues Material im Regionalverkehr hätten. Das zeigt, dass Sie das nicht begriffen haben. Denn bisher war unstrittig, dass die Strecke Karlsruhe – Konstanz zum Fernverkehr zählt – deshalb fährt dort nämlich der Interregio – und dass wir jetzt gerade mit erreichen wollen, dass wir dafür endlich einmal auch die Zuständigkeit bekommen. Rechtlich haben wir sie nach dem Beschluss im Bundesrat nämlich noch immer nicht.

Deshalb zum Thema Interregio, meine Damen und Herren. In den 6,75 Milliarden €, die da hochstilisiert wurden, war der Interregio großzügigerweise gleich eingerechnet. Eigentlich wäre das null. Aber fiktiv eingerechnet wurden 100 Millionen €. Klar ist aber, dass er das Doppelte kostet und dass da noch nicht einmal das Wagenmaterial dabei ist. Das heißt, wir bekommen weniger Geld, fahren in Zukunft ein Produkt selbst und zahlen das Wagenmaterial, das wir dafür brauchen – das sind 50 Millionen € Anfangsinvestition –, auch noch, und zwar aus genau den Regionalisierungsmitteln, die immer dafür da waren, den Nahverkehr in Baden-Württemberg zu finanzieren.

Deshalb kann ich nur sagen: Ich bin gespannt, wie die Abstimmung im Bundestag in dieser Woche ausgehen wird. Eigentlich bin ich darauf weniger gespannt, denn es ist ziemlich klar, wie sie ausgehen wird. Gespannt bin ich aber, wie die Abstimmung am 31. dieses Monats im Bundesrat ausgehen wird. Ich habe die Hoffnung, dass sie anders ausgeht, als Sie das vielleicht prognostizieren. Die Mehrheitsverhältnisse dort sind bekanntermaßen inzwischen anders.

Ich kann nur sagen: Das Land Baden-Württemberg wird bei der Haltung bleiben, die Sie alle am Anfang dieses Jahres mit beschlossen haben, nämlich bei genau der Regelung, die die Verkehrsministerkonferenz im Oktober letzten Jahres gefordert hat. Deshalb werden wir im Zweifel, wenn wir die Mehrheit dafür bekommen, auch den Vermittlungsausschuss anrufen. Wir werden bis zum letzten

Moment um jeden Euro zugunsten Baden-Württembergs kämpfen, damit wir auch in Zukunft einen hervorragenden Nahverkehr bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt ein allerletztes Wort zum Thema „Ausschreibung und Interregio“, weil Sie das angesprochen haben, Herr Kaufmann. Sie reden immer von Wettbewerb. Es gibt kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren, das so viele nicht bundeseigene Eisenbahnen hat wie Baden-Württemberg. Bei uns sind das rund 20 %. Selbst Herr Palmer bestreitet dies nicht. Es gibt kein anderes Bundesland mit einem so hohen Anteil, im Gegenteil. Es gibt A-regierte Länder, die jetzt großzügigerweise Verkehrsverträge blanko mit der Deutschen Bahn AG abschließen, wo es gar nicht um Wettbewerb geht. Wir tun dies nicht, und weil wir ein Signal setzen wollen, dass wir dies auch in Zukunft nicht tun werden, werden wir die Ausschreibungen für die Schwarzwaldbahn und die Südbahn noch in diesem Jahr durchführen. Bei der Schwarzwaldbahn geht das. Bei der Südbahn haben wir das Problem, dass die DB Netz die Infrastruktur nicht rechtzeitig hinbekommt. Aber wir werden es ausschreiben.

Wir werden das übrigens nicht in einem Paket ausschreiben, auch nicht zusammen mit den anderen Interregios, weil es sonst nämlich nur einen Bewerber geben könnte, der anbietet. Genau dies wollen wir nicht. Wir werden mittelstandsfreundlich ausschreiben. Ich bin guter Dinge, dass wir dann, wie zum Beispiel auch im Bereich der Wieslautalbahn, den NE-Anteil weiter nach oben schrauben können.

Klar ist aber auch: Wir brauchen bei der Masse an Projekten, die in diesem Land anstehen, auch in den nächsten Jahren eine solide, berechenbare und vor allem vorhersehbare Finanzbasis. Deshalb kämpfen wir im Bundesrat dafür, dass diese gewährleistet ist. Mit dem, was Rot-Grün vorschlägt, ist dies nicht möglich. Deshalb kämpfen wir zum Wohle des Landes Baden-Württemberg für genau das, wofür Sie alle Anfang dieses Jahres gestimmt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Oh-Rufe von der CDU)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie müssen das aushalten. Sie hätten vielleicht heute Morgen Herrn Vetter bei der halbstündigen Vorlesung nicht so intensiv lauschen sollen. Dann hätten wir jetzt noch mehr Zeit für Wichtiges.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Herrmann CDU: Der hat besser gesprochen als Sie! – Unruhe)

Herr Kaufmann, zuerst zu Ihnen. Dass wir uns um den Erfolg streiten, zeigt, dass es ein Erfolg ist.

(Zurufe)

(Boris Palmer)

Ich weiß, dass die Kabinettsvorlage des Finanzministers Eichel, die eine Senkung vorgesehen hatte, durch eine Intervention des Kabinettsmitglieds Jürgen Trittin gestoppt wurde.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Caroli)

Ich behaupte, dass so viel herausgekommen ist, war ein grüner Erfolg. Ansonsten sind wir uns einig. Wir können über Akten dokumentieren, wer da im Recht ist.

Herr Scheuermann, Sie haben ein bisschen Großmuttermathematik betrieben. Meine Großmutter kommt auch immer zu mir und erzählt mir, wie viel Geld sie im Sommerchlussverkauf durch den Differenzbetrag zwischen dem Originalpreis und dem gezahlten Preis gespart habe. Sie erzählen mir hier von 40 Millionen €, 34 Millionen € und 400 Millionen €, riesigen Beträgen, die dem Land angeblich verloren gingen, wenn man jetzt dem Kompromiss zustimmte, bezogen auf Forderungen, die Sie gestellt haben und die nie erfüllt werden können.

(Zurufe)

Die richtige Rechnung lautet doch: Was bekommen wir jetzt? Was bekommen wir ohne Neuregelung, und was bekommen wir mit Neuregelung? Mit Neuregelung bekommen wir, wie von mir ausführlich dargestellt wurde, erheblich mehr Geld als jetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, selbstverständlich.

(Zurufe)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Palmer, können Sie mir einmal erklären, warum Sie vor wenigen Wochen noch einem etwa gleich lautenden Antrag zugestimmt haben und jetzt davon abrücken?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ich kann Ihnen das selbstverständlich erklären. Ich habe das vorhin schon kurz versucht. Erstens ist das nicht wenige Wochen her, sondern mehrere Monate. Das war im November letzten Jahres. Zweitens haben wir uns damals in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister befunden. Wir wollten mit Ihrer Hilfe Druck auf den roten Finanzminister ausüben, damit möglichst viel Geld herauskommt.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Was?)

Das haben wir jetzt geschafft. Jetzt ist Schluss. Das ist wie in Tarifverhandlungen: Wenn man einmal ein Angebot des Schlichters hat, das gut ist, muss man einschlagen, sonst bekommt man gar nichts. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt finde ich das Argument von Herrn Scheuermann interessant, er sei der Einzige, der noch für mehr Geld für den Nahverkehr einstehe, die Grünen hätten sich davon verabschiedet.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Untersuchen wir jetzt einmal, ob das eigentlich eine glaubwürdige Argumentation der CDU-Landtagsfraktion ist.

Erstens waren Sie diejenigen, die sich furchtbar darüber beklagt haben, dass wir Grünen verhinderten, dass Mittel, die für die Bahn gedacht sind, zur Straße umgeschichtet werden. Das ist genau das Gegenteil dieser Politik: Sie wollen mehr Geld für die Straße und weniger für die Schiene.

Zweitens ist Ihre Forderung unglaubwürdig, weil Sie ja gar nicht wissen wohin mit dem Geld. Sie haben in den letzten Jahren 220 Millionen € in einer Sparkasse auflaufen lassen, weil Sie nicht genügend ausgeben konnten. Sie wissen gar nicht wohin mit dem Geld.

Das heißt – drittens –, Sie wissen es vielleicht doch. Denn das, was Sie in den letzten Jahren konsequent gemacht haben, waren Umschichtungen weg vom ÖPNV hin zur Straße, allein im laufenden Doppelhaushalt 30 Millionen €. Sie wollen in Wahrheit nicht mehr Geld für den ÖPNV, sondern Sie wollen mehr Geld aus fremder Leute Tasche, solange es eine rot-grüne Regierung gibt. Und am Ende wollen Sie das für den Straßenbau umschichten. Sie brauchen sich nicht als Retter des Nahverkehrs aufzuspielen. Das ist eine völlig lächerliche Argumentation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt, Herr Mappus und Herr Scheuermann, tue ich Ihnen einmal einen Gefallen. Sie gehen ja davon aus, wie ich weiß, dass Sie im Herbst die Bundesregierung übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Da erwarte ich etwas mehr Beifall.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Seien Sie vorsichtig. Ich gestehe Ihnen zu, dass die Gefahr eines solchen Regierungswechsels entfernt besteht.

(Beifall bei der CDU – Ah-Rufe von der CDU)

Deswegen wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig. Mir ist nicht bekannt, wer in diesem Kompetenz-Blablabla-Team den Finanzminister stellen wird. Aber stellen Sie sich einmal vor, nach der Wahl müssten Sie Ihre überzogenen Begehren bei einem schwarzen Finanzminister einfordern. Was glauben Sie, wie Sie da auflaufen? Das können Sie völlig vergessen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Wenn ich Ihre Argumentation zu Ende führe, heißt das: Sie hoffen darauf, dass auch weiterhin ein roter Finanzminister

(Boris Palmer)

mit grüner Unterstützung viel Geld für den Nahverkehr bereitstellt. Sie selbst würden das nie zustande bringen. Es darf also jetzt auf gar keinen Fall zum Regierungswechsel kommen, jedenfalls wenn man den öffentlichen Verkehr zum Maßstab macht.

Nun haben Sie noch gefragt, Herr Scheuermann, wie eigentlich das Land Schleswig-Holstein dazu kommt, einen solchen Kompromiss zu unterstützen. Das kann ich Ihnen erklären. Das Land Schleswig-Holstein hat einen Zehnjahresplan aufgestellt: Alle Leistungen werden in Schleswig-Holstein ausgeschrieben. Dadurch holen die so viel Effizienzreserven heraus, dass sie mit der Steigerungsrate von 1,5 % noch viel Geld übrig haben, während Sie unbedingt, weil Sie borniert an Stuttgart 21 festhalten, die DB als Monopolunternehmer halten wollen und damit auf Rationalisierungsgewinne verzichten.

(Widerspruch bei der CDU)

Deswegen können die sich das leisten und Sie nicht. Also, geben Sie das Geld einmal für den Zweck aus, für den es gedacht ist. Schreiben Sie ordentlich aus. Dann reicht das Geld weithin, und wir können noch viele neue Sachen beginnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Da hat er Recht!)

Jetzt, Herr Mappus, muss ich sagen: Sie haben ja immerhin doch einen neuen Aspekt in die Debatte eingebracht. Das fand ich interessant. Sie haben uns endlich zugesagt – was wir seit zwei Jahren einfordern –, dass Sie den Interregioverkehr auf der Schwarzwaldbahn ausschreiben werden.

Dazu stelle ich erstens fest: Ihr Gegenargument in der Vergangenheit, das Sie gehindert hat auszuschreiben, muss Unsinn gewesen sein. Denn Sie haben immer argumentiert, Sie seien aus verfassungsrechtlichen Gründen gehindert auszuschreiben. Mir ist nicht bekannt, dass eine Verfassungsänderung angestrebt oder umgesetzt wurde, und trotzdem werden Sie dieses Jahr ausschreiben. Das war Ihre Ankündigung. Sie haben also Verfassungsbruch angekündigt, wenn ich Ihre Aussagen aus der Vergangenheit ernst nehme.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich wissen wir, dass eine Verfassungsänderung nicht nötig ist. Die Verfassung erlaubt die Ausschreibung. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich fordere Sie auf, am 31. Mai dem Gesetz zuzustimmen und am 1. Juni auszuschreiben. Dann kommt endlich wieder Bewegung in den Bahnverkehr in Baden-Württemberg. Haben Sie Erbarmen mit einem möglichen CDU-Finanzminister! Stellen Sie Ihre überzogenen Forderungen ein, und gehen Sie jetzt nicht mehr mit dieser blödsinnigen Blockadehaltung in den Bundesrat, die ein einziges Ziel hat: Opposition pur.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort hat Herr Abg. Göschel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Abg. Göschel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir Sozialdemokraten hätten uns natürlich gewünscht, dass die Forderungen, die wir hier mehrfach einstimmig aufgestellt haben, voll hätten umgesetzt werden können.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Aber ich habe den Eindruck, Sie wissen nicht, was ein Kompromiss ist, meine Damen und Herren von der Koalition. Denn in der Natur eines Kompromisses liegt es, dass beide Seiten aufeinander zugehen. Ein Kompromiss à la CDU scheint zu sein, immer 100 % Ihrer Forderung durchzusetzen. Aber das funktioniert in der Wirklichkeit nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Kommen Sie herunter von Ihrem Traum, die Taube auf dem Dach bekommen zu können. Die Wirklichkeit ist anders.

(Abg. Teßmer SPD: Die Taube ist schon weggefliegen!)

Dann komme ich zu der Argumentation des Herrn Staatssekretärs. Herr Mappus, Sie haben gesagt, Baden-Württemberg habe soundso viele Millionen verloren. Sie müssen das umgekehrt sehen: Durch diesen Kompromiss hat Baden-Württemberg über 20 Millionen € im Jahr gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die IG Metall so argumentiert hätte, dann müssten wir jetzt sagen: „Die IG Metall hat für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht 4,1 % gewonnen, sondern 2,4 Prozentpunkte verloren.“ Diese hanebüchene Argumentation können wir nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Hauk CDU und Hofer FDP/DVP)

Noch etwas: Ich verstehe die Aufgeregtheit seitens der Union und der FDP/DVP überhaupt nicht. Sie sind doch so sicher, dass im Herbst Ihre Parteien die Bundestagswahl gewinnen werden.

(Abg. Mack CDU: Aufregung ist freudige Erwartung! – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth und Hofer FDP/DVP)

Dann können Sie das, was Sie heute fordern, alles durchsetzen. Aber ich glaube, Sie haben aus zwei Gründen Befürchtungen: Der eine Grund ist, dass Sie selbst nicht an diesen Wahlerfolg glauben,

(Beifall bei der SPD)

und der andere ist, dass Sie sich überhaupt nicht vorstellen können, dass eine eventuell von der Union geführte Bundesregierung diesen Regionalisierungskompromiss noch einmal wenden wird, nachdem er gestern im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags einstimmig gebilligt worden ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Göschel)

Da waren doch auch Abgeordnete von CDU und FDP dabei, wenn ich das richtig sehe.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Haben die denn alle irgendwie die Interessen der Länder Baden-Württemberg und Bayern verkauft? Oder wie ist das mit der FDP, Herr Kollege Pfister?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir haben hier über Baden-Württemberg gesprochen! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Ich will zum Schluss noch einmal auf die Überschrift Ihres Änderungsantrags kommen. Da heißt es so schön: „Verbesserung statt Stillstand“. Dieser Forderung stimmen wir uneingeschränkt zu. Nur: Das, was Sie darunter beantragen, stellt das Ganze auf den Kopf. Denn das, was Sie da machen, ist Blockadehaltung aus ideologischen Gründen – obwohl Sie selber gar nicht daran glauben, dass Ihre Forderungen mehrheitsfähig sind –, rein deshalb, weil der Bundestagswahlkampf bevorsteht und Sie damit Wahlkampf betreiben wollen. Das, was Sie da beantragen, würde Stillstand bewirken. Denn wenn wir zu keiner Lösung kämen, ginge es uns schlechter als nach dem, was uns der Kompromiss beschert. Zum anderen bewirkt dieser Kompromiss eine Verbesserung. Deswegen stimmen wir ihm zu und lehnen Ihre Forderungen ab.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Kollege Palmer, ein kleines Mädchen hatte gegenüber seiner Mutter immer das letzte Wort. Schließlich hat die Mutter das Mädchen gefragt: „Warum bist du so rechthaberisch?“ Dann hat das Mädchen gesagt: „Ich kann doch nichts dafür, wenn dir nichts mehr einfällt.“ Damit Sie nicht behaupten können: „Ich kann doch nichts dafür, wenn dem Scheuermann nichts mehr einfällt“, bin ich ganz schnell noch einmal ans Rednerpult gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Palmer, Ihr erstes Argument, zu dem ich etwas sagen will: Sie wissen ganz genau, dass wir bei der Frage der Umschichtung von Geld zur Straße, Geld, das nicht für die Schiene ausgegeben worden ist, immer gesagt haben, dass der Bahn das Geld, wenn sie es ausgeben kann, wieder zurückgegeben wird. Es ist also mitnichten so, dass wir der Bahn endgültig etwas wegnehmen wollen.

Zweitens: Herr Palmer, ich bitte Sie, wenigstens an einem Tag einmal für eine einmütige Haltung Ihrer Sprecher zu sorgen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Heute Morgen hat Frau Rastätter gesagt, wir würden bei Stuttgart 21 unberechtigtweise Geld ausgeben, Geld, das uns dann in anderen Teilen des Landes fehlen würde. Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie wüssten gar nicht, was

wir mit dem Geld machen wollten, wir hätten so viel auf der hohen Kante. Was stimmt denn jetzt?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Beides!)

– Beides stimmt. Dann – das sage ich Ihnen, Herr Palmer – habe ich eine andere Vorstellung von Logik als die Grünen.

(Abg. Drexler SPD: Die können mit Geld nicht umgehen!)

Jetzt noch zwei Worte zu der Argumentation von Herrn Göschel. Herr Göschel, Sie haben gesagt, wir verstünden nicht, was ein Kompromiss sei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es!)

Sie wissen aber, dass der Ausgangspunkt dieser ganzen Debatte um eine Novellierung des Regionalisierungsgesetzes doch schon ein Kompromiss ist. Man hat nicht einfach auf dem, was Ende des Jahres 2001 war, aufgebaut, sondern man ist doch zurückgegangen. Sie wollen den Kompromiss des Kompromisses, wir wollen nur den Kompromiss.

(Abg. Drexler SPD: Nein! – Abg. Bebbler SPD: Sind das Dummköpfe, die Berliner CDUler?)

– Mit der Berliner CDU hat das überhaupt nichts zu tun.

Zum Schluss, Herr Kollege Göschel: Niemand von uns hat in dieser Frage die Bundestagswahl und ein mögliches Ergebnis der Bundestagswahl mit einbezogen. Das haben Herr Palmer und Sie gemacht. Schon gar nicht reflektieren wir auf eine Politik, bei der wir heute einfach etwas beschließen würden, was wir am 22. September oder danach wieder rückgängig machen wollten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das haben Sie 1998 gemacht. Das wollen wir nicht machen. Deswegen schielen wir nicht auf den Bundestag, sondern wir schielen danach, dass wir so viel Geld wie nur irgend möglich für den ÖPNV in Baden-Württemberg bekommen. Wir wissen auch, was wir mit dem Geld machen wollen. Keineswegs stünden wir hier unschlüssig, wenn wir tatsächlich das bekämen, was wir heute fordern.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin beeindruckt, Herr Palmer, wie optimistisch Sie in Richtung Bundestagswahl schauen, nachdem Sie schon einen CDU-Finanzminister prognostizieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das gäbe ein Desaster für den ÖPNV!)

– Immer ruhig Blut, Spaß beiseite. – Ich wollte noch zwei Bemerkungen zu dem machen, was Sie angesprochen haben.

(Staatsekretär Mappus)

Zunächst einmal das berühmte Palmer'sche Thema: die Sparkasse des Landes bei den Regionalisierungsmitteln. Es reicht jetzt zeitlich nicht, darauf einzugehen, weil es zu weit führen würde. Ich will meinen Beliebtheitsgrad bei den Kollegen auch nicht endlos nach unten treiben, was die Redezeit angeht.

Ich sage nur eines: Herr Palmer, wenn Sie die Projekte, die wir jetzt schon haben, zusammenzählen – Ringzug, Regio-S-Bahn Rhein-Neckar, Regio-S-Bahn im Bereich Freiburg; hier in Karlsruhe übrigens geht es wahrscheinlich in absehbarer Zeit um einige Hundert Millionen für ein ganz bestimmtes Projekt; Sie kennen es; da ist überhaupt nicht die Frage, in welcher Region Sie beheimatet sind –, dann werden Sie ganz schnell feststellen, dass das Geld verdammt knapp ist. Auch wenn Sie noch so viel Effizienzgewinne haben – die sind dank Wettbewerb zweifelsohne drin; das haben wir bei der Wieslaufalbahn gesehen –, können Sie bei einer Dynamisierungsrate von 1,5 % in einem Spektrum, in dem die Preissteigerung deutlich darüber liegt,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

in einem Bereich, in dem immer mehr Projekte angemeldet werden, nicht alle Projekte bedienen, die Sie bedienen wollen.

Insofern ist die Argumentation einfach unehrlich. Es ist keine Frage von Schwarz, Grün, Rot oder Gelb. Wenn Sie die Projekte addieren, wird klar, dass das Geld in zwei bis drei Jahren nicht mehr reichen wird. Dann werden wir hierüber gerne einmal diskutieren, Herr Palmer. Dann können Sie die Sparkasse lange suchen. Dann werden wir darangehen, Prioritätenlisten zu machen – wie in Kürze bei dem Thema Straßenbau –, und werden ganz bestimmte Projekte einfach abhaken können, weil wir das Geld dazu nicht haben. Darum geht es.

Deshalb noch ein letztes Wort – Stichwort Verfassungsbruch –: Ich heiße nicht Wowereit, in verschiedenerlei Hinsicht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb kann ich nur sagen: Wir haben auch die Argumentation nicht geändert. Sie wissen ganz genau, dass es zwei Punkte waren: zum einen der finanzpolitische Aspekt, dass wir nicht ausschreiben können, wenn wir dafür gesetzlich nicht zuständig sind, und zum anderen, weil wir die Finanzen insofern nicht kannten.

Klar ist – das haben wir immer gesagt –: Wir werden sofort ausschreiben, wenn das entsprechende Gesetz verabschiedet ist. Ich habe ja vorhin zugegeben, dass ich die Prognose wage, dass wir im Bundesrat vielleicht keine Mehrheit bekommen. In diesem Fall werden wir ausschreiben. Aber klar ist: Auf der Basis der jetzigen Gesetzgebung können wir dies ganz eindeutig nicht. Sobald es geht, machen wir

es. Wir machen es gern. Aber geben Sie uns das Geld dazu, das wir dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmaßige Behandlung der Anträge.

Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/994, ab. Wer stimmt für diesen Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit.

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe)

Wir wiederholen die Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das Erstere war eindeutig die Mehrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, damit hat sich der Antrag Drucksache 13/981 erledigt und die namentliche Abstimmung auch.

(Lebhafte Unruhe)

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 8:**

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/961, 13/970, 13/982, 13/983

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. Es ist so beschlossen.

(Anhaltende Unruhe)

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 9:**

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/955

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 19. Juni 2002, um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugehen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:40 Uhr